

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



14. Januar 1984
Jg. 5 Nr. 1

G 7756 D Preis:
2,50



Tariffbewegung Metall: Morgenluft für „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“? Seite 7



Bundeswehr: ÖTV gegen weibliches Militärpersonal Seite 12



Südafrika/Azania: Das Siedlerregime versucht, die unabhängigen Gewerkschaften zu zerschlagen Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

<i>Naher Osten:</i> BRD-Imperialisten „friedenssichernd“ tätig – mit Rüstungsexporten, Unterstützung für Grenzschutz ...	Seite 3
In der Tradition der Bagdad-Bahn: Der deutsche Imperialismus in Nahost ...	Seite 4
Die Nahostpolitik der EG: Von Anfang an auf Intervention ausgerichtet ...	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Tariffbewegung Metall:</i> Morgenluft für „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“?	Seite 7
<i>Arbeitszeitgesetz:</i> Erste Stellungnahmen von Gewerkschaften	Seite 7
<i>Konsulatsbesetzer-Prozeß:</i> Zimmermann gegen Dev-Sol-Anhänger: Hier verurteilen, in der Türkei hinrichten ...	Seite 8
<i>DGB:</i> Schmutzige Aktion gegen Türkeisolidarität	Seite 9
<i>Liberale Hochschulpolitik:</i> Privatuniversitäten als „Hecht im Karpfenteich“	Seite 9
<i>Krankenhäuser:</i> Die Kostendämpfung soll über den Pflegesatz verschärft werden	Seite 10
Kostendämpfungsvorschläge für Krankenhäuser aus dem Ministerium Blüm	Seite 11
<i>Bundesverfassungsgericht:</i> Stationierung erlaubt – Feind fixiert	Seite 11
<i>Bundeswehr:</i> ÖTV gegen weibliches Militärpersonal	Seite 12
<i>Steuerreform:</i> „Leistung muß sich wieder lohnen“, „Wer Kinder hat, zahlt weniger“ – Unionsregierung brütet an Steuerreformbetrug	Seite 13
Traditionell: Rüstungsfinanzierung durch Steuerplünderung	Seite 14
Weitere Füllung der Staatskasse sichergestellt – „Progressionsfalle“ bleibt bestehen	Seite 15
Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die beständig höhere Besteuerung der Löhne und Gehälter	Seite 16
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Jungheinrich Norderstedt:</i> Arbeitsintensivierung, Entlassungen – Draufgezahlt hat die Belegschaft genug!	Seite 19
<i>IG Metall:</i> Umfrageergebnisse zur 35-Stunden-Woche	Seite 19
<i>Baden-Württemberg:</i> Sozialminister Schlee: „Alter ist nicht gleich Armut“	Seite 20
<i>Betriebsrenten:</i> Arbeiter gegen Angestellte ausgespielt	Seite 21
<i>Bauern:</i> Niedrigeinkommen trotz „Rekordergebnis“	Seite 21
<i>Asylpraxis in Westberlin:</i> „Normales Leben minus Freiheit“ – sieben Tote in vier Monaten	Seite 22

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrike Detjen; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Abschiebep Praxis des Westberliner Senats	Seite 22
---	----------

<i>Nahverkehr Rhein-Ruhr:</i> Fahrpreiserhöhungen – weitere Plünderung	Seite 23
<i>NATO-Truppenstatut:</i> Gemeinde protestiert gegen Übungsanlage	Seite 23
<i>Niedersachsen:</i> CDU erschwert politische Bildung	Seite 24
<i>Sozialhilfe:</i> ÖTV gegen Zwangsarbeit	Seite 24
<i>Buchhandel:</i> Mit Kreuzschmerzen und kaputten Füßen im Dienst der abendländischen Kultur	Seite 25
„Leben im Jahrhundert der Weltkriege“ / Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1983	Seite 26
Stichwort: Buchhandel/Verlage	Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

<i>Südafrika/Azania:</i> Das Siedlerregime versucht, die unabhängigen Gewerkschaften zu zerschlagen	Seite 29
<i>Türkei:</i> Armut wächst – Imperialisten erfreut	Seite 29
<i>Grenada:</i> Anbindung an US-Bedürfnisse	Seite 30
<i>Jugoslawien:</i> Schulreform gescheitert?	Seite 30
<i>UdSSR:</i> Andropow fordert höhere Arbeitsleistungen	Seite 31
<i>Neuwahlen in Dänemark:</i> Gewerkschaften unterstützen Sozialdemokraten	Seite 31
<i>Italien:</i> Kapitalisten wollen Niedriglohnzonen auch in der großen Industrie	Seite 32
Stichwort: Inflationszuschläge – Scala mobile nutzt vor allem den unteren Lohngruppen	Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

<i>Gerhard Polt und Hanns Christian Müller: Kehraus:</i> Böse Kritik an alltäglichen rückständigen Verhaltensweisen und Meinungen	Seite 34
Die erste Umseglung der Welt	Seite 34
Impressionen Scholl-Latours	Seite 35
Die Reisen Marco Polos	Seite 35
<i>Spider Murphy Gang:</i> Weiß-blauer Rock'n Roll mit einem Schuß missionarischem Eifer	Seite 35
<i>VR China:</i> Thesen zur Veränderung der Klassenverhältnisse und -bündnisse	Seite 36
Kunst aus Azania	Seite 37
Arbeitsintensität steigt durch Verkürzung der Verweildauer	Seite 39
Müllabfuhr: Jahrelange Steigerung der Arbeitsintensität plus Stellenabbau	Seite 39

BRD-Imperialisten „friedenssichernd“ tätig – mit Rüstungsexporten, Unterstützung für Grenzschutz ...

Die BRD-Imperialisten können nicht mit eigenen Truppen zur Befriedung des Nahen Ostens beitragen, wie dies die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien tun. Sie sind aber fest entschlossen, alle anderen Mittel, die sie haben, zu nutzen, um ihre Positionen in den arabischen Nahost-Staaten und die Existenz des Siedlerstaates Israel zu sichern. Vom 24. bis 29. Januar wird Bundeskanzler Kohl nach Israel reisen. Ursprünglich war geplant, daß er vor seiner Reise nach Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien die Siedlerfestung besuchen sollte. Die israelische Regierung setzte den Besuch ab, offizieller Grund war der plötzliche Rücktritt Begin einen Tag vor dem Kohl-Besuch. Die israelische Regierung hat mehrmals Kritik geübt an den Versuchen der westdeutschen Imperialisten, sowohl zum Siedlerstaat wie auch zu den arabischen Nahost-Staaten gute Beziehungen herzustellen, insbesondere an den bekanntgewordenen Planungen der Bundesregierung, arabische Regierungen des Nahen Ostens mit Waffen auszustatten. Immerhin gingen zwischen 1976 und 1980 24,75% der BRD-Rüstungsexporte in die arabischen Staaten des Nahen Ostens. Kohl wird die israelische Regierung zu beruhigen suchen. Die Bemühungen der BRD sind keinesfalls darauf gerichtet, die Siedlerbastion der Imperialisten in Gefahr zu bringen. Sie haben inzwischen vielmehr ein Netz von wirtschaftlichen und auch militärischen Beziehungen zu den arabischen Staaten im Nahen Osten geknüpft, daß ihnen selbständige Interessensicherung geboten und möglich scheint. Dies geht aus der offiziellen Ankündigung der Nahost-Reise Kohls hervor. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt Möllemann erklärte:

„Nach Lage der Dinge wird es den Vereinigten Staaten in den nächsten Monaten schwerfallen, im Nahen Osten die Rolle zu spielen, die die arabischen Staaten von ihnen erwarten ... die Reise dient auch dazu, unseren Gesprächspartnern unsere Nahost-Politik zu erläutern ... Wir werden deshalb darlegen, daß wir dort, wo dies von den Parteien gewünscht wird, bereit sind, durch eigene konkrete Beiträge den Frieden zu unterstützen. Wir Europäer können allerdings den Konflikt selbst nicht lösen. Dafür sind unsere Schultern zu schmal ...“

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hatte nach der Nahost-Reise Kohls eine Kleine Anfrage zum Thema „Rüstungshandel und militärische Zusammenarbeit mit Ländern des Nahen Ostens“ gestellt. Auch wenn die Bun-

desregierung auf die Frage nach dem Gesamtumfang des BRD-Rüstungsgeschäftes die Antwort verweigerte, so mußte sie doch auf einige Fragen öffentlich Auskunft geben. Der Antwort ist zu entnehmen:

– Westdeutsche Kapitalisten liefern Schnellboote an Kuwait und Bahrain. Ende Dezember war eine saudi-arabische Rüstungskommission in der BRD, um sich einen Überblick zu verschaffen, „welche Möglichkeiten der Lieferung deutscher Rüstungsgüter ... bestehen“. Saudi-Arabien will, nachdem die letzte Bundesregierung die Liefere-

BRD-Anteil an Waffenimporten im Nahen Osten
(Summe der Importe 1976-80, Mrd. \$)

Staat	Waffen-davon aus BRD	importe absolut	Anteil
	gesamt		v. Imp.
Ägypten	1,905	0,370	19,40%
Bahrain	0,040	—	—
Iran*	8,220	0,380	4,60%
Irak	7,800	0,160	2,05%
Jordanien	1,055	0,005	0,47%
Kuwait	0,800	—	—
Libanon	0,090	0,005	5,56%
Oman	0,440	—	—
Quatar	0,170	—	—
Saudi-Arabien	4,740	0,350	7,38%
Syrien	6,575	0,100	1,52%
Ver. Arab. Emir.	0,580	0,040	6,89%
Yemen (VR)	0,790	—	—
Yemen (D. Rep.)	1,080	0,010	0,92%
Gesamt	34,645	1,420	4,09%

* diese Importe stammen zu 95% aus der Zeit vor der Revolution 1979

Quelle: US Arms Control and Disarmament Agency (ACDA), World Military Expenditures and Arms Transfers 1971 bis 1980; März 1983

derung von 300 Leopard 2 Panzern nicht genehmigt hatte, nun angeblich Panzer vom Typ Gepard, von der Bundesregierung ist schon die Lieferung einer unbekannten Anzahl 155-mm-Haubitzen genehmigt. Z. Zt. befinden sich zwei ägyptische Offiziere, Marineangehörige aus Kuwait und Angehörige der iranischen und irakischen Streitkräfte zwecks Ausbildung an Hochschulen und bei Truppenteilen der Bundeswehr.

Die westdeutschen Imperialisten haben sich also mit den Waffenexporten die Möglichkeit verschafft, direkt Einfluß auf das Offizierskorps verschiedener Staaten des Nahen Ostens zu nehmen. Ausbilder oder Berater in den importierenden Staaten selbst sind darüberhinaus die unvermeidlichen Begleiter von Waffenexporten. Diese ha-

ben dann Gelegenheit, nicht nur den technischen Gebrauch der Waffen zu erläutern, sondern auch Armee und Land im anderen Staat zu erkunden und weitere Geschäfte vorzubereiten.

– Im Libanon will die Bundesregierung durch Unterstützung der sog. Multinationalen Friedenstruppe und durch Unterstützung der libanesischen Regierung beim Aufbau einer „Grenzschutztruppe“ zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Vorherrschaft über den Libanon beitragen. Im Haushalt des Auswärtigen Amtes sind 6,6 Mio. DM für die „logistische Unter-



Bundeskanzler Kohl, neue Rüstungsgeschäfte in Saudi-Arabien vorbereitend.

stützung der Multinationalen Friedenstruppe“ und 0,4 Mio. DM für den Aufbau des libanesischen Grenzschutzes vorgesehen. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat den Beitrag für die Multinationale Friedenstruppe „qualifiziert gesperrt“, teilt die Bundesregierung in der Antwort mit. Nach Auskunft des Auswärtigen-Amtes wird die Sperre aufgehoben, wenn eine „Lageberuhigung“ eingetreten ist. Die Unterstützung für den Aufbau eines libanesischen Grenzschutzes ist nicht gesperrt. Hier prüft die Bundesregierung gegenwärtig „die konkreten libanesischen Bedürfnisse“.

Sollte die israelische Regierung noch immer Zweifel an den Zielen der westdeutschen Militärpolitik im Nahen Osten äußern, kann Kohl jetzt darauf verweisen, daß in Zukunft von west-

In der Tradition der Bagdad-Bahn: Der deutsche Imperialismus in Nahost

Während seiner Nahostreise im vergangenen Herbst erklärte Helmut Kohl dem jordanischen König Hussein auf einem Bankett in Amman:

„Unsere Wirtschaftsbeziehungen konnten ... anknüpfen an deutsche Kontakte mit dem Gebiet, das heute Jordanien ist, schon zu Beginn des Jahrhunderts. Die 1908 fertiggestellte Hedschas-Bahn ... gehörte zu den bedeutendsten Eisenbahnprojekten der damaligen Zeit ... Heute sind solche kühnen, die Phantasie beflügelnden Projekte selten geworden.“

Zu Beginn des Jahrhunderts war Jordanien eine Kolonie des Osmanischen Reiches, dieses wiederum bei den Imperialisten, besonders beim Deutschen Reich, hoch verschuldet. Die „Kontakte“ des Deutschen Reiches, an denen Kohl anknüpfen will, waren also die eines imperialistischen Kolonialräubers mit seinem Opfer. Die Hedschas-Bahn wurde auf Betreiben des Deutschen Reiches und unter deutscher Bauleitung zwischen Damaskus und Medina im heutigen Saudi-Arabien gebaut. Sie sollte die Bagdadbahn, die die deutschen Imperialisten zur gleichen Zeit an den Persischen Golf voranzutreiben versuchten, ergänzen. Wirtschaftlich nutzte die Bahn einzig den deutschen Banken, die enorme Zinsen für ihre Kredite für den Bahnbau kassierten. Ansonsten diente die Bahn militärischen Zwecken: Die osmanische Regierung wollte rasch Truppen auf die arabische Halbinsel verlegen können, um Aufstände niederzuschlagen, das Deutsche Reich wünschte, auf dem Landweg Truppen nahe an den Suez-Kanal verlegen zu können. Nach ihrer Zerstörung im Ersten Weltkrieg wurde die Bahn nie wieder eröffnet.

Schon 1902 hatte ein Beamter des Auswärtigen Amtes, Paul Rohrbach, in seinem Buch „Die Bagdad-Bahn“ „die großen Aussichten, welche sich in den Ländern der Euphrat und Tigris für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten“, gepriesen und die rasche Vorantreibung des Baus der Bagdadbahn verlangt, um „für die Zukunft unseren Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln, an Metallen, an Petroleum, an Baumwolle, an Wolle, an Ölfrüchten ... usw. durch Aufschließung des Orients und Ausnutzung unserer Verbindungen dorthin zu sichern.“

Bekanntlich verloren die deutschen Imperialisten den Ersten Weltkrieg. Ihr Ziel der „Aufschließung“ des Nahen Ostens für ihre Plünderungsfeldzüge, der Unterdrückung der

Völker der Region und der Kontrolle dieser strategischen Landzone zwischen Europa, Asien und Afrika gaben sie deshalb keinen Augenblick auf. 1943 – der Afrikafeldzug der faschistischen deutschen Truppen in Richtung auf Suez war noch nicht verloren – schrieb der faschistische Ökonom F. Friedensburg vom „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ in Berlin in seinem Buch „Rohstoffe und Energiequellen im neuen Europa“:

„Vorderasien gibt neben dem karibischen Raum eines der beiden großen Erdölüberschußgebiete der Erde ab. Die Länder Iran, Irak, Arabien, Bahrain ... förderten im Jahre 1938 rund 17 Mio. Tonnen ... und lieferten ... an den Weltmarkt reichlich 15 Mio. Tonnen, mehr als die Hälfte des europäischen Zuschußbedarfs.“ Die künftige, unter faschistischer deutscher Vorherrschaft zu errichtende „europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ müsse deshalb „wenigstens die uralte Einheit des Mittelmeerraumes fortzuführen“ bestrebt sein: „Schon nach den Ziffern von 1938 würde der europäisch-vorderasiatische Raum zu etwa zwei Dritteln Selbstversorger in diesem besonders wichtigen Rohstoff der neuzeitlichen Zivilisation werden“.

Daß diese so umschriebene Plünderung und Unterdrückung der Völker des Nahen Ostens auch heute noch das Ziel der westdeutschen Imperialisten ist, betonte 1981 auch Lothar Rühl. In der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ schrieb er unter der Überschrift „Die Sicherheit Westeuropas und die geopolitische Verbindung zum Mittleren Osten“:

„Die strategische Herausforderung ist unabweislich: Am Golf liegen die größten bekannten Erdölreserven der Welt auf politisch unsicherem und sozial beweglichem Boden ... Niemals in der Geschichte ist es bis heute einer kleinen Minderheit gelungen, einen für die Welt zu ihrer Zeit unwiderstehlich die Rivalitäten auf sich ziehenden Schatz zu bewahren, jedenfalls allein gegen alle übrigen Kräfte, die von der Aussicht auf Gewinn bewegt werden ...“ Diese Lage verlange „nach einer breit angelegten westlichen Sicherheitspolitik in diesem Gebiet. Dafür müssen arabische, amerikanische, europäische und japanische Interessen auf einen Nenner gebracht, Beiträge geleistet und Kräfte kombiniert werden.“ Heute ist Lothar Rühl Staatssekretär im Verteidigungsministerium Wörner.

Quellenhinweis: Europäische Wehrkunde 1/1981; R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1977; Bulletin der Bundesregierung vom 12.10.1983

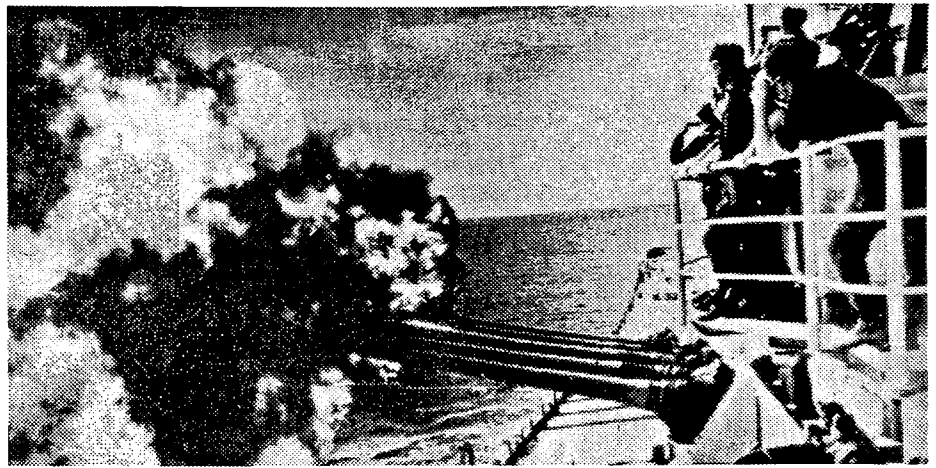
deutschen BGS-Offizieren ausgebildete und betreute libanesischen Grenzschützer die Nordgrenze Israels gegen palästinensische Befreiungskämpfer schützen und die syrisch-libanesischen Grenze kontrollieren. Daß diese Grenzschutztruppe auch zur Unterdrückung der libanesischen Arbeiter und Bauern taugt, ist sicher. Auch in anderen Staaten des Nahen Ostens ist die Bundesregierung emsig, zur Niederhaltung der Bauern und Arbeiter und der palästinensischen Flüchtlinge beizutragen. Nach Berichten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unterstützt die Bundesregierung inzwischen den Aufbau von „Anti-Terror-Einheiten“ in Saudi-Arabien, mit der Regierung von Bahrain ist ein Treffen zwecks Zusammenarbeit in der „Terroristenbekämpfung“ vereinbart. Wenige Tage nach dem Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Kuwait reiste Möllemann in die Vereinigten Arabischen Emirate und nach Kuwait, um auch dort den Wunsch der Bundesregierung nach Beteiligung bei der „Terroristenbekämpfung“ vorzutragen.

Die Vorherrschaft über diese Region ist von strategischer Bedeutung für die Imperialisten, selbstverständlich auch für die westdeutschen (s. Kasten S. 4). Für westdeutsches Kapital ist der Nahe Osten zudem ein wichtiger Exportmarkt. In allen Ländern sind sie die zweit- bzw. drittgrößten Importeure. Sie führen in diese Länder vor allem Maschinen, Anlagen, Straßen- und Großbauten ein, Anlagen, die ihnen die weitere Abhängigkeit der Staaten sichern. Wer ein westdeutsches Stahlwerk kauft, muß auch die Ersatzteile in der BRD kaufen, wer es erweitern will, greift meist auf den Lieferanten zurück. Die westdeutschen Kapitalisten haben jede Gelegenheit beim Schopf ergriffen, um sich den Regierungen als der passende Partner für die Erschließung und die Förderung neuer Ölfelder anzubieten, als im Gefolge der Verstaatlichung der Ölquellen Ölkonzerne aus anderen Staaten ihre Förderung einstellen mußten oder nicht bereit waren, die Forderungen der arabischen Regierungen nach Bereitstellung von Erschließungs- und Fördergerät zu erfüllen. 1977 hatte die Wintershall 42,5 Mio. DM in den Vereinigten Arabischen Emiraten investiert, die Deminex in Oman 12 Mio. Westdeutsche Kapitalisten sind beteiligt an der Erschließung von Ölfeldern in Syrien und Nordjemen. In Ägypten hat die Deminex gemeinsam mit anderen Ölkonzernen die Erschließung von Ölfeldern übernommen und zugesagt, innerhalb von acht Jahren mind. 52 Mio. \$ (1 \$ = 2,70 DM) zu investieren. Die Deminex erhält dafür 40% der gefördert Ölmenge, bis alle für die Erschließung und Produktion aufgewandten Mittel zurückgezahlt sind, weitere 11% erhält

sie zur freien Verfügung, der Rest gehört dem ägyptischen Staat.

Die Positionen der BRD-Imperialisten sind ausbaufähig, aber der Ausbau ist mit hohem Risiko verbunden. Der Verlust des Suez-Kanals, die Entdeckung der Ölfelder um 1974, die iranische Revolution, der noch nicht geschlagene Befreiungskampf der Palästinenser: die Imperialisten haben in dieser Region mehrfache Niederlagen gegen die antiimperialistischen Kämpfe der arabischen Völker hinnehmen müssen. Angesichts dieser Risiken plädierte 1981 der jetzige Staatssekretär im Verteidigungsministerium Lothar Ruehl für ein gemeinsames Vorgehen von US-, BRD- und anderen europäischen Imperialisten. Die Löcher des imperialistischen Netzwerks im Nahen Osten, die durch Niederlagen der US-Imperialisten entstanden sind, sollen von der BRD und anderen europäischen Imperialisten gestopft werden:

„Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg erscheinen Westeuropa – oder westeuropäische Staaten – im Nahen und Mittleren Osten wieder als ein potentieller Verbündeter bei der Wahrung der eigenen Unabhängigkeit und selbst in der Verteidigung gegen fremde Bedrohungen oder gegen in-



Im Februar dementierte die Bundesregierung Möllemanns Ankündigung, die Bundesregierung werde die „multinationale Friedenstruppe“ (Bild) logistisch unterstützen und einen libanesischen Grenzschutz aufbauen. Inzwischen ist die Grenzschutz-Unterstützung beschlossen, die logistische Unterstützung gesperert. Beide Maßnahmen sollen in aller Stille durchgeführt werden. Das muß nicht sein.

neren Umsturz ... Keiner dieser Risikofaktoren kann durch europäische Politik oder mit Hilfe europäischer Waffen und sonstiger Hilfsmittel zuverlässig beseitigt werden – in diesem Sinne wird jede europäische (oder deutsche) Politik am Golf wie überall auf arabischem Boden riskant sein ... Die realpolitische Frage, die sich stellt, lautet

... unter welchen Bedingungen diese Risiken getragen, begrenzt, kalkuliert und kontrolliert werden können.“

Quellenhinweis: Antwort zur Kleinen Anfrage der GRÜNEN zu „Rüstungshandel und militärische Zusammenarbeit mit Ländern des Nahen Ostens“, Bundestagsdrucksache Nr. 10/815; Bulletin der Bundesregierung, Nr. 103, 105, 140; Archiv der Gegenwart v. 12.10.83; FAZ v. 20. 12.83; Karl Kaiser, Udo Steinbach (Hrsg.), Deutsch-arabische Beziehungen, München, Wien 1981 – (uld, cog, rül)

Die Nahostpolitik der EG: Von Anfang an auf Intervention ausgerichtet

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft bemühen in ihren – unten auszugsweise dokumentierten – Erklärungen häufig die „traditionellen Bindungen“ zu den Ländern des Nahen Ostens.

Bekanntlich können Frankreich (im Libanon und in Syrien), England (in Palästina und Ägypten) und auch das damalige Deutsche Reich (Bagdad-Bahn) auf eine längere Tradition als Kolonialmächte in dieser Region zurückblicken. Ein letzter Versuch 1956, diese Kolonialposition aufrechtzuerhalten, war Englands und Frankreichs gemeinsame Intervention gegen Ägypten, als Präsident Nasser den Suezkanal verstaatlichte. Die Aggression wurde von Israel unterstützt. Diese Interventionsversuche wurden von den in der arabischen Liga zusammengeschlossenen Staaten zurückgeschlagen.

Diese Niederlage trug mit zur Gründung der EWG 1957 bei. Die europäischen Staaten versuchten ab diesem Zeitpunkt, über den Aufbau von wirtschaftlichen Abhängigkeiten und die verstärkte Unterstützung Israels Terrain gutzumachen.

In den untenstehend abgedruckten Erklärungen kommt das Bemühen zum Ausdruck, jetzt wieder militärisch im Nahen Osten präsent zu sein.

Zuerst noch als Angebot, im Rahmen der UN-Friedenstruppen tätig zu werden, später unverhohlen als Beiträge zu „multinationalen Truppenkontingenten“. Am 10. Oktober wurde von den EG-Außenministern die Entsendung weiterer Truppen in den Libanon befürwortet. In diesem Rahmen sind die BRD-Imperialisten augenblicklich bemüht, bei solchen Unternehmungen mitzutun (Etat von 6,6 Mio. DM für „multinationale Friedenstruppe“).

Erklärung der Außenminister der EG, 6.11.1973, Brüssel

4. Sie (die Außenminister, d. Verf.) erinnern daran, daß ... die Friedensregelung Gegenstand internationaler Garantien sein muß. Sie sind der Auffassung, daß Garantien dieser Art unter anderem durch die Entsendung friedenserhaltender Streitkräfte in ... entmilitarisierten Zonen vorgesehen werden müssen. Sie behalten sich das Recht vor, in diesem Zusammenhang Vorschläge zu unterbreiten. 5. Sie erinnern bei dieser Gelegenheit an die vielfältigen Bande, die seit langem zwischen ihnen und den Anrainerstaaten des südlichen und östlichen Mittelmeeres bestehen.

Erklärung des 8. Europäischen Rates, 29.6.1977, London

4. Die Neun sind der Ansicht, daß die Friedensverhandlungen ... baldmöglichst aufgenommen werden müssen ... Sie sind ebenso bereit, eine Beteiligung an Garan-

tien im Rahmen der Vereinten Nationen ins Auge zu fassen.

Erklärung des 17. Europäischen Rates, 12./13.6.1980, Venedig

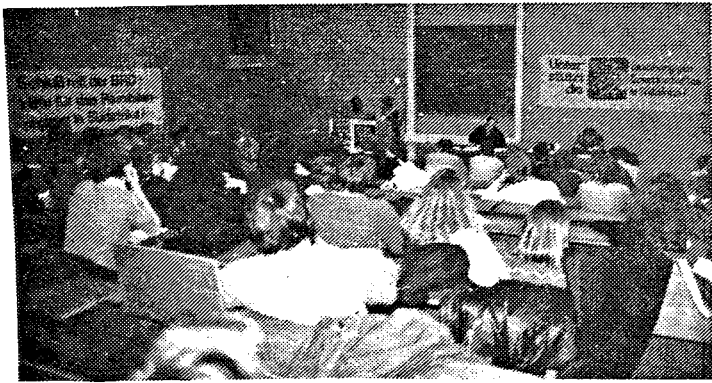
2. Die neun Länder der Europäischen Gemeinschaft sind der Auffassung, daß die zwischen Europa und dem Nahen Osten bestehenden traditionellen Bindungen und gemeinsamen Interessen es ihnen zur Pflicht machen, eine besondere Rolle zu spielen und sie heute dazu veranlassen, sich in konkreter Weise für den Frieden einzusetzen ... Die Neun erklären sich bereit, sich im Rahmen einer umfassenden Regelung an einem System konkreter und bindender internationaler Garantien, einschließlich solcher an Ort und Stelle, zu beteiligen.

Erklärung des 22. Europäischen Rates, 29./30.3.1982, Brüssel

Die Beteiligung von vier Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft an der multilateralen Streitkraft und Beobachtern für den Sinai (MFO) stellt mit Blick auf den Abschluß der Räumung des Sinais durch Israel am 25. April einen positiven Beitrag dar.

Deklaration und Schlußfolgerungen des Europäischen Rates, 19.6.1983, Stuttgart
Sie (die Staats- und Regierungschefs der EG) erklärten ihre Bereitschaft, die Bemühungen der betreffenden Parteien (im Libanon, d. Verf.) um eine breitere Verständigungsgrundlage mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern.

Quellenhinweis: Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1982



Auf 21 Veranstaltungen berichtet der Vertreter von SABMAWU, Z. Mofokeng (rechts) über den Aufbau der schwarzen Gewerkschaften. An der Veranstaltung in Hamburg (links) nahmen 160, in Schleswig 65 teil. Spendergebnis: Hamburg 1850 DM, Schleswig 1034 DM.



Unterstützt die schwarzen Gewerkschaften in Südafrika/Azania! Rundreise eines Vertreters der Gemeindearbeiter-Gewerkschaft

Am 7. Januar traf Z. Mofokeng, Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter (SABMAWU), auf Einladung des Arbeitskreises Afrika Münster zu einer Rundreise in der BRD ein. Die Rundreise wird von zahlreichen örtlichen Aktionseinheiten und Zusammenschlüssen getragen. Nach Hamburg, Schleswig, Kiel, Lüneburg, Westberlin wird Z. Mofokeng auf Veranstaltungen in folgenden Städten sprechen:

Sa., 14.1., *Hannover*, Pavillon, Raschplatz, 19.00 Uhr
Mo., 16.1., *Clausthal*, Cafeteria, Studentenzentrum, 19.30 Uhr
Di., 17.1., *Bielefeld*, Missionshaus Bethel, Missionsweg, 19.30 Uhr
Mi., 18.1., *Münster*, Katholische Studentengemeinde,

Klubraum 1, Frauenstr., 19.30 Uhr
Fr., 20.1., *Dortmund*, Sozialakademie Dortmund, Hohe Str. 141, 19.30 Uhr
Sa., 21.1., *Köln*, Severinstorburg, 20.00 Uhr
Mo., 23.1., *Schweinfurt*, Gewerkschaftshaus, Großer Saal, 19.00 Uhr
Di., 24.1., *Augsburg*, Zeughaus, 20.00 Uhr
Mi., 25.1., *München*, Schaffler Saal, Hofbräuhaus, am Platzl, 19.30 Uhr
Fr., 27.1., *Weingarten*, Mensa, 20.00 Uhr
Sa., 28.1., *Stuttgart*, Jugendzentrum Mitte, 19.30 Uhr
Mo., 30.1., *Freiburg*, Fabrik, Theatersaal, Habsburgerstr., 20.00 Uhr
Di., 31.1., *Schwäbisch Hall*, Club Alpha, Pfarrgasse, 20.00 Uhr
Mi., 1.2., *Heilbronn*, DGB-

Jugendheim, 19.30 Uhr
Do., 2.2., *Heidelberg*, Gewerkschaftshaus, 19.30 Uhr
Fr., 3.2., *Frankfurt*, Gewerkschaftshaus, 19.30 Uhr

Anzeige

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

POLITISCHE BERICHTE - EXTRA
9. Januar 1984 G 7758 D Preis: 0,40 DM

UNTERSTÜTZT DIE
UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTEN
IN SÜDAFRIKA!



Interview
mit
Z. Mofokeng

Gewerkschaft
der
südafrikanischen
schwarzen
Gemeindearbeiter
(SABMAWU)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), u.a. S.d.P. Christiane Schneider, Homebstr. 19, 5 Köln 1, Tel. 0221 / 51 73 76

Aufruf

Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter

Die „South African Black Municipal and Allied Workers Union“ (SABMAWU) ist eine schwarze, nicht registrierte Gewerkschaft, die auf nationaler Ebene in Azania arbeitet. Momentan befindet sich der Generalsekretär und Gründer der Gewerkschaft, Phillip Dlamini, in Haft, wo er eine 18monatige Strafe absitzen muß, weil er sich weigerte, Kronzeuge gegen einen der azanischen Arbeiter zu sein. Die Gewerkschaft hat keine Mittel, um seine Familie und die Familien vieler anderer Gewerkschafter zu unterstützen, die wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten Opfer des burischen Regimes wurden. Geld wird auch benötigt, um die Arbeit, die Dlamini begonnen hat, fortzusetzen. Je größer die Gewerkschaft wird, desto mehr Mittel braucht sie für Transportmittel und Personal, um neue Bezirke (branches) zu organisieren und die schon existierenden zu betreuen. Es ist sehr wichtig, daß wir hauptberufliche Organisatoren und Transportmittel haben, so daß die Gewerkschaft auf eigenen Füßen stehen kann. Mittel brauchen wir auch für eine Anzahl von Gerichtsprozessen, die wir für unsere Mitglieder führen, die nach den Gesetzen der Zuzugskontrolle verfolgt werden. Unsere Mitglieder sind mehrheitlich Wanderarbeiter, die von ihren Familien getrennt leben. Wir müssen daher eine Menge Prozesse führen, um unseren Mitgliedern das Recht zu erkämpfen, mit ihren Familien in der Nähe des Arbeitsplatzes zu wohnen. Mittel werden auch für eine Reihe anderer Dinge benötigt, darunter für das Alphabetisierungsprojekt, das wir für unsere Mitglieder in der Zeit von Dlamini angefangen haben.

Z. Mofokeng, Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter (SABMAWU)

Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika)
BfG: Köln, Kto.-Nr.: 11 46 36 86 00 (BLZ: 370 101 11)

Wörner statuiert ein Exempel

Dem Hauptmann und Luftwaffenverbundoffizier J. Stock wurden im Herbst alle Sicherheitsstufen der Bundeswehr entzogen: Er ist Kreistagsabgeordneter der GRÜNEN. Den Hauptmann C.A. Fechner, Kompaniechef in Immendingen, traf die Disziplinarmaßnahme des „strengen Verweises“: Er hatte dem Tuttlinger Oberbürgermeister eine Petition übergeben, in der er gegen die NATO-Mittelstreckenraketen Stellung bezog. Ende Dezember verbot Verteidigungsminister Wörner „Generälen und anderen Offizieren“ die Diskussion mit Oberst a.D. Mechttersheimer und anderen Unterzeichnern des „Heilbronner Aufrufs“. Jetzt verfügte Wörner, General Kießling, den ranghöchsten westdeutschen Offizier in der NATO, in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken. Kießling sei homosexuell und somit ein Sicherheitsrisiko. Hat der „Fall Kießling“ mit den vorhergenannten Ereignissen nichts zu tun? Daß Kießling selbst ein Erzreaktionär ist, bar jeder fortschrittlichen Regung oder auch nur jeder Widerspenstigkeit, beweist nicht zuletzt seine Reaktion auf den „ungeheuren Vorwurf“ der Homosexualität. Mit einem kühlen „Na und?“ hätte er eine Klärung leicht erzwingen können — stattdessen beteuert er seine „Schuldlosigkeit“ und bekräftigt, daß Homosexualität eine „Schuld“ und im öffentlichen Dienst zu ahnden sei. — Daß der Verteidigungsminister einen so ranghohen Offizier lustvoll in einer schmierigen Suppe von geheimen, selbstverständlich unbewiesenen, durch gezielte Indiskretion unwiderlegbar veröffentlichten MAD-Dossiers öffentlich abkocht, setzt Maßstäbe. Wörner hat mit Einverständnis der Regierung demonstriert, daß der Arm des Verteidigungsministers tief in den persönlichen Bereich faßt und daß seine Dienste über jeden die Lügen oder Wahrheiten wissen, deren Veröffentlichung schmerzt. Ob der General den Unwillen Wörners erregte oder ob bloß wer anders zu befördern war, ist zweitrangig. Wörner schafft ein Klima, in dem jeder Bundeswehreheld, der nicht auf Entlassung aus ist, sich nicht nur hundertmal überlegen wird, was er sagt, sondern hundertfünfundfünfzigmal, was Wörner will, das er sagt.

Morgenluft für „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“?

Vor der Aufstellung der Lohnforderungen in der Metallindustrie hatten wir geschrieben, es wäre schon vorteilhaft, wenn diesmal in allen Tarifbezirken auf den unklaren und unzureichenden „Ausgleich der Preissteigerung“ verzichtet und stattdessen fest umrissene Forderungen aufgestellt würden und die spürbare Hebung der Niedriglohnbereiche verlangt würde. Nach der Beschlußlage des Gewerkschaftstags wäre das möglich, ja notwendig gewesen. Stattdessen sind die Lohninteressen von vornherein aufgegeben worden, um so den Kapitalisten den Einstieg in die 35-Stunden-Woche abzukaufen. Abgesehen davon, daß sich eine gegen die Arbeiterbewegung zu allem entschlossene Kapitalisten-

lassen, für die sie sich seit letztem Jahr stark machen?

Man muß zurückdenken: Bis Anfang der 70er Jahre begründete die IG Metall ihre Lohnforderungen mit drei Bestandteilen: dem Ausgleich der Inflation, einer Beteiligung am Produktivitätszuwachs und einer Umverteilungskomponente. Von Umverteilung hatten die Kapitalisten nie etwas wissen wollen, mit der Krise 1974/75 gingen die Kapitalistenverbände dann oben drein auf die Komponente „Beteiligung am Produktivitätszuwachs“ los. Im Verein mit der Bundesregierung und dem Sachverständigenrat forderten sie eine Orientierung der Lohnpolitik ausschließlich an der offiziellen Teuerung. Sie hatten damit Erfolg, wie



Auch ein Stück „Wende“: Kapitalisten gehen für die stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft auf die Straße.

klasse durch Zugeständnisse nicht bremsen läßt: So kann man die Entschließungen eines Gewerkschaftstags auch zu Makulatur machen.

Die Kapitalisten bauen den Vorteil aus, den sie kampflos kassiert haben. Sie geben Meinungsumfragen in Auftrag, in denen sie alternativ nach Zustimmung zu Lohnerhöhung oder zu Arbeitszeitverkürzung fragen lassen. Sie deuten an, daß sie bei den Lohn tariffverhandlungen die IG Metall als den Deppen hinstellen wollen, der Lohnerhöhungen mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung selber unmöglich macht. Sie denken aber auch ein Stück weiter: Sollte sich diese Lage nicht für die Durchsetzung der „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ ausnutzen

die Tarfbewegungen der letzten Jahre zeigen. Sie waren konfrontiert mit Lohnforderungen, die die Preissteigerungen ausgleichen sollten, und konnten Abschlüsse darunter durchsetzen.

Inzwischen fühlen sie sich imstande, eine Bindung der Entwicklung der Lohntarife bzw. der Forderungen dazu nur an die Entwicklung der Produktivität in die öffentliche Diskussion zu bringen. Ihre Wunschvorstellung ist, die Lohnentwicklung von vornherein vom Geschäftsgang und der jeweiligen Schlagkraft des Kapitals abhängig zu machen und die Fragestellung „Was braucht ein Arbeiter heute, um einigermaßen anständig leben zu können“ ganz wegzukriegen.

Mit Sicherheit wird also eine Propagandakampagne für „produktivitäts-

orientierte Lohnpolitik“ kommen, die den Preis der Ware Arbeitskraft noch deutlicher unter ihren Wert drücken soll. In der Art, wie Gesamtmetall Ende Dezember bei der Gegenüberstellung von Preissteigerung und 3,2%-Abschlüssen des Jahres 1983 kommentierte: „Dies ist ein eindrucksvoller Nachweis der ‚Kaufkraftwirkung‘ von Tarifabschlüssen, die sich eng am Produktivitätszuwachs orientieren. Mit den Tarifabschlüssen dieses Jahres wurde auch der Anstieg der Lebenshaltungskosten mehr als ausgeglichen“. Was schert diese Propaganda auch die tatsächliche Senkung der Reallöhne, brutto und erst recht netto? Die IG Metall kann lange sagen, daß sie gegen „produktivitätsorientierte Lohnpolitik“ ist. Wenn sie nicht den Kampf für Lohninteressen organisiert, haben die Kapitalisten schon den ersten Schritt gemacht.

Direkt daneben ist auch die Kritik aus Vorstandskreisen der IGM an dem Kampfangebot der Kapitalisten zur Arbeitszeitverkürzung (Vorruhestand, Flexibilisierung, Teilzeit). Hans Janßen schreibt im Januarheft des „Gewerkschafter“ in einem Aufruf zur Tarfbewegung: „Die konkreten Vorschläge (das ‚Angebot‘) machen es leicht, in der betrieblichen Diskussion zu verdeutlichen, daß dieses Gesamtmetall-Paket mit unserer Forderung nichts zu tun hat: Arbeitszeitflexibilisierung führt zu weniger statt zu mehr Arbeitsplätzen ... Unsere Position wird also durch die Vorlage der Scheinlösung der Metallarbeitgeber nicht schwerer, sondern leichter werden.“ Sollte das die Kritiklinie sein, die Vorstöße der Kapitalisten statt als brutale Intensivierung der Arbeit als untaugliche Alternative zu den eigenen Vorstellungen zu behandeln, die einem die Sache auch noch leichter machen, dann hätten die Kapitalisten auch auf dieser Seite ziemlich freie Hand.

Quellenhinweis: Gewerkschafter, Januar 1984; Handelsblatt vom 23./24.12.1983 – (rok)

Arbeitszeitgesetz Erste Stellungnahmen von Gewerkschaften

Kurz vor Weihnachten hatte das Bundeskabinett den von Arbeitsminister Blum vorgelegten Entwurf eines Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetzes gebilligt. Wenige Tage vorher griff der Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Metall“, Werner Hoffmann, den Gesetzentwurf an. Die einzige Modernisierung sei „die Streichung der Naziausdrücke und die Straffung der einzelnen Paragraphen“. Er kritisierte die Möglichkeit, mehr Überstunden zu verlangen und

die Verschlechterung des Frauenerwerbschutzes selbst gegenüber der Arbeitszeitordnung der Nationalsozialisten von 1938. Auf der Vertreterversammlung der IG Metall Köln erklärte der 1. Vorsitzende der IGM, Hans Mayr, für die IGM sei unzumutbar, daß die Arbeitgeber die Festschreibung der 40-Stunden-Woche für weitere fünf Jahre verlangten.

Die ÖTV unternimmt starke Anstrengungen, die Bekämpfung des geplanten Arbeitszeitgesetzes einzubetten in den von allen DGB-Gewerkschaften geführten Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie veröffentlichte schon in der Novembernummer des „ÖTV-Magazin“ den Beschluß des Hauptvorstandes vom 7.10.1983 zur Arbeitszeitverkürzung. In den drei Hauptpunkten fordert die ÖTV 1. eine aktive Beschäftigungspolitik, 2. von der Bundesregierung ein Konzept, „das tarifliche Bemühungen zur Verkürzung der Arbeitszeit ergänzt“, als Unterpunkt dazu die „Novellierung der Arbeitszeitordnung. Ziel ist die Anpassung der gesetzlichen Arbeitszeit an tarifliche Regelungen. Die gesetzlich zulässige Mehrarbeit ist einzuschränken. Damit soll verhindert werden, daß Arbeitszeitverkürzungen durch Mehrarbeit ausgeglichen werden.“ 3. „gesetzliche Rahmenbedingungen für eine sozialverantwortliche Technologie- und Arbeitsschutzpolitik.“

Beachtung verdienen die von der ÖTV ergriffenen Maßnahmen, die sämtlich darauf ausgerichtet sind, die Diskussion auf der gesamten Mitgliederebene zu führen. Seit der Dezembernummer veröffentlicht das ÖTV-Magazin zur Stützung „Argumente und Materialien zur Diskussion über kürzere Arbeitszeit“. In der ersten Folge sind Forderungen, die sich direkt gegen das Arbeitszeitgesetz richten, präzisiert: „Wo regelmäßig vierzig Stunden in der Woche gearbeitet wird, soll die Arbeitszeit um fünf Stunden, möglichst an jedem Tag um eine Stunde, verkürzt werden. Kürzere oder längere regelmäßige Arbeitszeiten sind im gleichen Verhältnis zu verringern. Wo zu unregelmäßigen Zeiten gearbeitet wird, soll die Jahresarbeitszeit entsprechend herabgesetzt werden ... Die Arbeitnehmer können keine weiteren Lohnminderungen hinnehmen. Deshalb muß die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verbunden sein.“ Der Hauptvorstand hat weiter beschlossen, im Frühjahr eine zentrale Arbeitszeitkonferenz durchzuführen. Deren Ergebnisse sollen zusammen mit Anträgen zur Arbeitszeitverkürzung Schwerpunkt des Gewerkschaftstages im Juni 1984 sein. Die einschlägigen Arbeitszeitbestimmungen sollen spätestens zum 30. Juni 1984 gekündigt werden.

Quellenhinweis: Metall 25-26/83, 1/84; ÖTV-Magazin 11/83, 12/83, 1/84 - (anl)

Konsulatsbesetzer-Prozeß

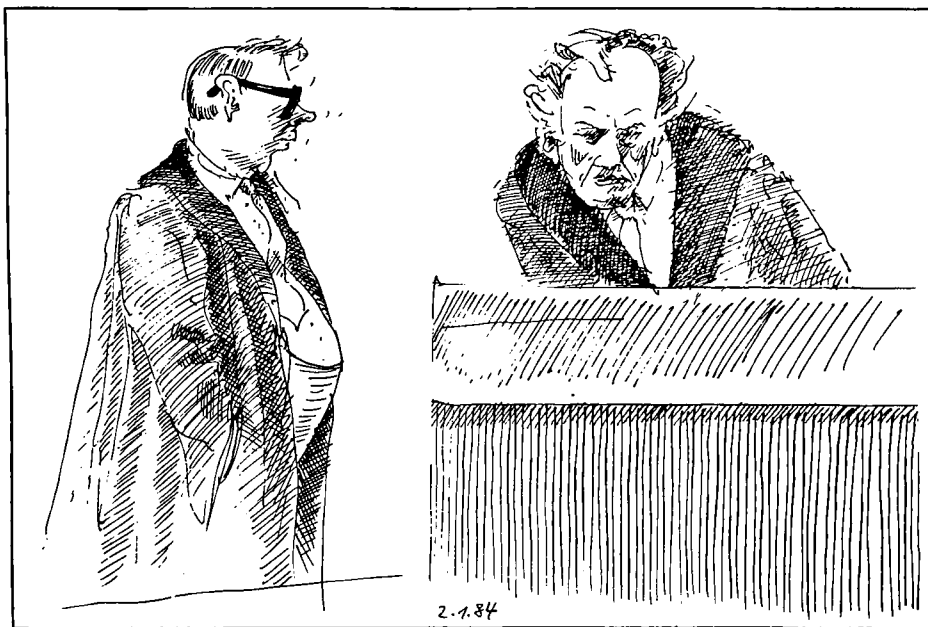
Zimmermann gegen Dev-Sol-Anhänger: Hier verurteilen, in der Türkei hinrichten

Seit dem 2.1. findet vor der 1. großen Strafkammer des Landgerichts Köln gegen zehn Anhänger der türkischen revolutionären Organisation „Devrimci Sol“ (deutsch: Revolutionäre Linke) ein Prozeß statt. Diese hatten am 3.11.1982 das türkische Generalkonsulat in Köln vorübergehend besetzt, um gegen die von der türkischen Militärjunta ausgearbeitete neue Verfassung sowie gegen die von der Junta für den 7.11.82 angeordnete „Volksabstimmung“ über diese Verfassung zu protestieren. Bei der Besetzung kam es zu einem kurzen Schußwechsel mit Sicherheitskräften des Konsulats, bei dem niemand verletzt wurde. Um ihrem Protest Nachdruck zu verleihen, hinderten die Anhänger von Dev Sol Beschäftigte des Konsulats am Verlassen des Gebäudes und verlangten die Ver-

„HALK DER“ (deutsch: Volksvereine), von denen Zimmermann kurzerhand behauptet hatte, sie seien eine „Teilorganisation“ von Dev Sol, läuft noch ein Widerspruchsverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht.

Schon diese Vorgeschichte des Verfahrens zeigt das Interesse der Bundesregierung, zu hohen Freiheitsstrafen gegen die Angeklagten zu kommen. Das Verbot von Dev Sol und HALK DER soll gerichtlich bekräftigt, die Unterdrückung türkischer Revolutionäre und aller ausländischen Lohnabhängigen durch weitere Organisationsverbote gegen ausländische Lohnabhängige verstärkt werden. Zudem werde die Bundesregierung künftig jede Agitation gegen

„- Die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Bündnispartner der Türkei,



Skizzen aus dem Gerichtssaal. Der Nebenkläger des türkischen Generalkonsulats (links), der Vorsitzende Richter Liptow (rechts).

öffentlichung einer Erklärung gegen die Militärjunta. Nachdem die Polizei ihnen förmlich zugesagt hatte, Asylanträge stellen zu dürfen, brachen sie die Besetzung ab. Drei Monate nach der Aktion verbot Innenminister Zimmermann „Devrimci Sol“. In der Begründung des Verbots schrieb er, welches Urteil die Bundesregierung gegen die Besetzer des Konsulats wünsche: „Die Besetzung des türkischen Generalkonsulats in Köln und die damit verbundene Geiselnahme (§ 239 Strafgesetzbuch - StGB) wurde von „Devrimci Sol“ geplant ...“ Gegen das gleichzeitig von Zimmermann verfügte Verbot der

- Deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei

- Ausländerrecht und Ausländerpolitik“

verfolgen, hatte Zimmermann schon in der Begründung zum Dev Sol-Verbot erklärt. Der Beginn des Kölner Prozesses ist entsprechend.

In den bisher drei Verhandlungstagen hat das Gericht

- am ersten Tag sämtliche Besucher durchsuchen lassen. Als dennoch mehr als 300 Besucher in den Saal wollten, ordnete das Gericht ab dem 2. Tag an, daß künftig alle Besucher ihren Paß oder Personalausweis bei der Polizei

abgeben und fotokopieren lassen müssen – eine Provokation, um insbesondere türkische und kurdische Lohnabhängige vom Prozeßbesuch abzuhalten, da diese befürchten müssen, daß ihre Personalien an die türkischen Behörden und an westdeutsche Ausländerämter weitergegeben werden;

– den Angeklagten mindestens ein Dutzend Mal das Wort entzogen, sie zeitweise wegen „Ungebühr“ aus der Verhandlung ausgeschlossen, um sie so an der Verlesung schriftlicher Erklärungen zu ihrem Prozeß zu hindern, am 3. Prozeßtag vier Gefangene in Handschellen in den Saal tragen lassen und dort eine halbe Stunde gefesselt sitzen gelassen;

– bereits fünf Besucher durch die Polizei festnehmen lassen, gegen vier von ihnen – alle Türken – wird jetzt wegen „Landfriedensbruch“ und „versuchter Gefangenenerleichterung“ ermittelt, usw. usf.

Die Angeklagten haben sich durch diese terroristische Verhandlungsführung nicht einschüchtern lassen und halten an der Gerechtigkeit ihrer Aktion fest. Seit 14 Monaten werden sie in Einzelhaft gehalten. Ihre Lage ist gefährlich. Kommt die Staatsanwaltschaft mit ihrer Anklage („Gefährliche Geiselnahme“) durch, so droht ihnen nicht nur jahrelange Haft in bundesdeutschen Gefängnissen. Bereits wenige Tage nach der Konsultatsbesetzung hatte Staatssekretär Spranger vom Bundesinnenministerium erklärt, daß die Bundesregierung sie nach dieser Haft auch abschieben will, gleichgültig, wie bis dahin über die Asylanträge entschieden worden sei: „Ich halte es für unerträglich, wenn – wie kürzlich gerade hier in Köln geschehen – Extremisten ein Konsulat besetzen, Geiseln nehmen und im Anschluß an dieses Verbrechen in unserem Land Asyl begehren ... § 14 des Ausländergesetzes sieht ... die Möglichkeit vor, einen Ausländer, der aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit anzusehen ist, auch in einen Staat abzuschicken, in dem ihm politische Verfolgung droht.“ Und daß „Geiselnahme“ als „Gefahr für die Sicherheit“ zu behandeln sind, darüber liegen Grundsatzurteile von Bundesgerichten schon vor. Eine Abschiebung der Dev Sol-Anhänger in die Türkei aber käme einem Todesurteil gleich, von Zimmermann verhängt und von der türkischen Militärjunta vollstreckt. Zudem: Erst der Asylantrag eines Angeklagten, M. Mercan, ist rechtskräftig angenommen. Der Asylantrag des kurdischen Angeklagten I. Cetin ist angenommen, aber noch zur Berufung zugelassen, die Asylanträge der übrigen Angeklagten sind überhaupt noch nicht entschieden.

In Köln haben verschiedene Organisationen eine Aktionseinheit gebildet,

um für die Freilassung der Angeklagten, die Einstellung des Verfahrens und die Anerkennung der Asylanträge zu kämpfen. Für den 21. Januar ruft die Aktionseinheit zu einer Demonstration in Köln auf. Ihre Anschrift: Solidaritätskomitee, c/o Bunte Liste, Jülicher Str. 22, 5000 Köln.

Quellenhinweis: Kölner Stadt-Anzeiger, 2.1. bis 10.1.; Rede Staatssekretär Sprangers auf der Arbeitstagung „Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland“ der Otto-Benckne-Stiftung, 18.11.1982, Bundesinnenministerium; Verbotungsverfügung des Bundesinnenministeriums gegen „Devrimci Sol“ und „HALK DER“ vom 9.2.83; Informationen des Solidaritätskomitees, Köln – (rül)

DGB

Schmutzige Aktion gegen Türkeisolidarität

Rechtzeitig vor der Sommerurlaubszeit ist jetzt in der Reihe „Sympathie-Magazine“ vom Studienkreis für Tourismus e.V. ein farbiges Informationsheft unter dem Titel „Türkei verstehen – Türken verstehen“ erschienen. Der DGB und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit treten als Mitherausgeber auf. Das Heft „möchte Entdeckungsfreude anregen, Verhaltensweisen erklären, Kommunikation erleichtern, Neugier und Respekt wecken.“ Es ist eine gemeinsame Propagandaaktion zur Vertuschung der westdeutschen Expansionspolitik in und gegenüber der Türkei und eine Aufforderung, diese Politik mitzutragen. Der Tenor der Broschüre: Der Leser soll das Land und die Leute verstehen lernen und sich dafür interessieren, mit abendländischem Hochmut den Türken entgegenzutreten. Diese widerwärtige Tour scheint der Verlagskurs zu sein. Eine Überprüfung am Sympathie-Magazin „Thailand verstehen“ und deren Stellung zum Frauenhandel ist uns nicht möglich. Der Verlag wirbt damit, daß dieses Heft „z.Z. vergriffen“ sei.

„Türkei verstehen“ knüpft geschickt und demagogisch an die Erfahrung vieler westdeutscher und Westberliner Arbeiter an: Unterhaltung am Arbeitsplatz und anderen Gelegenheiten mit türkischen Arbeitern bewirkt, daß die Interessen an der Lebens- und Arbeitswelt der Türkei steigen. In der Broschüre ist der „Deutsche“ der aktiv Handelnde, dem der Türke aus Gastfreundschaft das schmutzige Auto wäscht. Die Türkei bzw. deren Völker eine interessante, verfallene Gesellschaft mit vielen Abenteuern. In der Broschüre wird behauptet, die ausländischen Arbeiter seien in der BRD „gleichberechtigt am Arbeitsplatz“. „Balkandeutsche“ tauchen auf und natürlich kümmert sich der gute „Wachtmeister Becker“ nicht nur um die Probleme der türkischen Mitbewohner, sondern lernt sogar türkisch.



Blanke Schuhe für „deutsche“ Touristen

Im Schlußartikel des Heftes heißt es: „Sie (Türkei) und die Bundesrepublik sind gegenseitige Gastländer – für deutsche Touristen, für türkische Arbeitnehmer.“ Die Türken sind in der BRD nicht zu Besuch, sondern wurden geholt. Das westdeutsche Kapital beutet sie aus. Können sie keinen Arbeitsplatz vorweisen, werden sie abgeschoben. Westdeutsche Touristen sollen in der Türkei Urlaub machen, um die Legalisierung der Politik der BRD und der Junta zu unterstützen. Der DGB ist zum ersten Mal Mitherausgeber eines „Sympathie-Magazines“. Siegfried Bleicher, DGB-Vorstandsmitglied, betreibt bereits seit geraumer Zeit reaktionäre Politik und hat nach dem Verbot von Dev Sol weitere Maßnahmen gefordert. Jetzt verkündet er, daß der DGB diese Broschüre in den Betrieben verteilen lassen will.

Quellenhinweis: DGB-Pressedienst, 23.12.83; Sympathie-Magazine, Postfach 1629, 8130 Starnberg – (jöd)

Liberale Hochschulpolitik Privatuniversitäten als „Hecht im Karpfenteich“

FDP-Vorsitzender Genscher hat sich in den letzten Wochen als Befürworter von Elitelförderung und Leistungswettbewerb hervor getan. Ziel ist die Meisterung „der wirtschaftlich-technologischen Herausforderung“, damit „unsere Volkswirtschaft nicht den Anschluß an Japan und die USA verliert“. Ein Mittel ist die direkte Öffnung der Hochschulen gegenüber den Ansprüchen des Kapitals. Denn „ein leistungsfähiges, auf die Zukunft orientiertes Bildungs- und Forschungssystem ist Grundvoraussetzung für Erfolg in den Spitzentechnologien“. Hierfür ist die „Förderung privater Universitäten und Schulen ein Gebot der Stunde. Wir brauchen die Konkur-

renz zwischen privaten und öffentlichen Hochschulen“.

Die Konkurrenz, jenes höchste Gut freien Marktwirtschaftens, soll die Universitäten besser und vor allem flexibler auf die Erfordernisse kapitalistischen Profitmachens ausrichten. Das Objekt, um das konkurriert werden soll, sind die Finanzmittel. „Bei den staatlichen Hochschulen sollte es einen Leistungswettbewerb geben, damit die besseren Forschungsergebnisse auch die finanzielle Ausstattung verbessern.“ Es sind besonders Drittmittel, denen eine entscheidende Bedeutung zugewiesen wird. Drittmittel sind Hochschuleinnahmen, die nicht aus den Haushalten der Bundesländer stammen.

Wie diese Steuerung aussehen soll, veranschaulicht die heute schon stattfindende Entwicklung: Der Rektor der Universität Karlsruhe erklärte gegenüber der GEW, daß er angesichts staatlicher Mittelkürzungen den Universitätsbetrieb nur aufrecht erhalten kön-

ne durch verstärkte Zuführung von Drittmitteln. Nun ist die Karlsruher Uni eine technologisch-naturwissenschaftliche mit Schwerpunkt Informatik und Kernforschung. Fachbereiche, deren Ergebnisse nicht (direkt) für die kapitalistische Konkurrenz genutzt werden können, trocknen aus: In Freiburg muß das Romanistische Seminar einen ordentlichen Lehrstuhl an das Polymer-Institut abtreten, das zum großen Teil aus Drittmitteln finanziert wird.

Mit der für 1984 geplanten Novellierung des Hochschulrahmengesetzes sollen die „Elite“-Pläne Gesetzesform annehmen. U.a. soll die Pflicht, Drittmittel in den Haushaltsplänen auszuweisen, entfallen. In Baden-Württemberg wurde diese Pflicht 1972 eingeführt nach Bekanntwerden von Unterschlagungen in Millionenhöhe am Medizinischen Institut der Universität Heidelberg.

Quellenhinweis: Rede von H.-D. Genscher vor der Jahresversammlung der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (Pressemitteilung 13.12.1983) – (tth)

Krankenhäuser

Die Kostendämpfung soll über den Pflegesatz verschärft werden

Die Landesregierung Baden-Württemberg beschloß Anfang 1980 an allen Unikliniken und in ihren Bereich fallende Krankenhäuser, Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen durchführen zu lassen. Die Senkung der Ausgaben für Krankenhäuser und die Beschneidung von Leistungsansprüchen der Versicherten sind über die verschiedenen Kostendämpfungsgesetze für die Bourgeoisie regelbar; was fehlt, ist ein zusätzlicher und direkter Einfluß auf die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten in den Krankenhäusern. Die Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen scheinen dafür das geeignete Instrument zu sein, und die Folgen sind für die Beschäftigten spürbar durch Stellenabbau, eine immense Verschärfung der Arbeitsbedingungen, gepaart mit unerträglicher Schikane und Unterdrückung. Das Sozialministerium Baden-Württemberg läßt seine Ziele so formulieren: Dem sozialen Bereich kommt eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung zu, und deshalb muß er sich marktwirtschaftlich orientieren und einbinden lassen. Seit 1978 vergibt die Deutsche Forschungsgemeinschaft Projekte zur Prüfung der Effizienzkriterien an Krankenhäusern.

Beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr wird ebenfalls 1978 eine Arbeitsgruppe gegründet, die für Richtlinien sorgt bei der „Prüfung der wirtschaftlichen und sparsamen Betriebsführung der Krankenhäuser“. Die Richtlinien enthalten

Anweisungen an die Prüfungsinstitute und legen Leistungsbemessungen für die Beschäftigten fest. So gilt z.B. als Arbeitspensum einer Schreibkraft: „Regelmäßig für jede hauptamtlich geleitete Fachabteilung eine Sekretärin ...“ Im Reinigungsdienst gilt: „– ca. 85 qm je Kraft und Stunde für den Stationsbereich, – 85-100 qm je Kraft und Stunde für den übrigen Krankenhausbereich.“ Zur Privatisierung wird aufgefordert.

Am 3.2.1983 konnte die Landesregierung im Landtag erfreut mitteilen, daß an sämtlichen Universitätskliniken schon eine Teilprivatisierung erreicht wurde: Uniklinik Freiburg 15%

PERSONALBESCHAFFUNGSPROBLEME?

BIS Ltd. – NURSING DIVISION
43/45, The Broadway, West Ealing
GB-London W.13
stellt im Rahmen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zur Verfügung:

**examinierte
Krankenschwestern/
-pfleger**

für ● Allgemeinpflege ● OP ●
Intensivstation ● Kinderstation
Hebammen

Informationen erteilt Ihnen unser
Kontaktbüro in der Bundesrepublik
Deutschland.

Billige und willfähige Arbeitskräfte
werden auf dem Markt feilgeboten.

Fremdreinigung, Uniklinik Tübingen 47%, Uniklinik Ulm 82% und Uniklinik Heidelberg 10%.

Bis 1983 hatte es die Landesregierung verstanden, an allen Unikliniken und sonstigen Krankenhäusern Überprüfungen durchführen zu lassen, ohne sich selbst die Hände schmutzig zu machen. Überall derselbe Vorgang. Die Pflegesatzverhandlungen scheitern, das Regierungspräsidium wird als Schlichter angerufen, der Schlichtungsspruch lautet: Die von den Krankenhäusern geforderten Pflegesätze werden, mit Abschlägen meist, bezahlt, das betreffende Krankenhaus muß sich aber einer Wirtschaftlichkeitsüberprüfung unterziehen. Man einigt sich auf ein Institut (Ernst und Whinney bevorzugt in Baden-Württemberg). Dies Institut bürgt für eine erfolgversprechende Untersuchung. Die ersten, frühen Ergebnisse von der Uniklinik Heidelberg legen dafür Zeugnis ab. Das Gutachten hält als Verbesserungsvorschläge vor: – Zusammenlegung von Stationen auf einer Etage, damit Personal eingespart werden kann. Vor allen Dingen könne so eine größere Mobilität und Flexibilität der Nachtwachen erreicht werden. – Einführung von Stechuhren, – Vergabe von Reinigungsdiensten an Privatfirmen, Bezug der Mahlzeiten von Privatfirmen, Privatisierung des Fuhrparks.

Die Gutachten beklagen bei ihren „Schwachstellenanalysen“ für den Pflegebereich immer die hohen „Ausfallzeiten“. Die sehr unterschiedlichen Ausfallzeiten, am Beispiel des Klinikums Mannheim, spiegeln die unterschiedliche Belastung und Reproduktionsbedingungen wieder: ärztlicher Dienst 12,5%, Pflegebereich 21,5%, klinisches Hauspersonal 23,6%, Personal der Ausbildungsstätten 12,05% und sonstiges Personal 10,55% Ausfallzeiten. Daß die Ursache von Krankheiten in den Arbeitsbedingungen oder dem Schichtdienst zu suchen sind, wird geleugnet – ein anderes Mittel wird gepriesen: Ausbau der Aufsicht und Kontrolle. An der Orthopädie in Heidelberg müssen jetzt die Beschäftigten, die drei einzelne Fehltag im Jahr gefehlt haben, bei weiteren Krankheitstagen schon am ersten Tag der Krankheit ein ärztliches Attest vorlegen.

Das Eichhorngutachten, für die Universitätsklinik Freiburg erstellt, hält nach einer Schwachstellenanalyse erfreuliches für die Dienstaufsicht fest: „– Verringerung der Fluktuation ... durch einen systematischen innerbetrieblichen Wechsel und eine entsprechende Karriereplanung. – Schaffung einer durchgängigen Hierarchie für den Pflegedienst als Grundlage für Kapazitätsausgleich zwischen den Abteilungen und Kliniken ...“



„... der Grundgedanke des elementaren Schutzes des einzelnen durch die Versicherungsgemeinschaft vor existenzbedrohenden Krankheitsrisiken (sei) ersetzt worden durch den ... Anspruch ... auf ... kostenlose Leistungen ... Mit der Beitragszahlung sei ... das Recht erworben, ohne Kostenbewußtsein und ohne Abwägung von Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit einem gesetzlich zustehende Leistungen einzufordern.“ (Wochendienst Baden-Württemberg)

Kostendämpfungsvorschläge für Krankenhäuser aus dem Ministerium Blüm

Minister Blüm hatte angekündigt, bis Jahresende die Vorstellungen der Regierung zu einer Änderung der Krankenhausfinanzierung vorzulegen. Die Richtung war bereits angedeutet – Blüm forderte auf dem Deutschen Krankentag eine Stärkung der Laienhilfe, Minister Geißler auf dem Deutschen Ärztetag den Abbau stationärer Leistungen „so weit wie möglich“. In den Beratungsunterlagen für einen „Dialog“ über die Krankenhauskosten greift Blüm dankbar Gedanken auf, wie „Überkapazität“ (im stationären Bereich), „Unternehmensentscheidungen“ (im Krankenhaus), Schaffung von „Anreizen zur wirtschaftlichen Betriebsführung“ (d.h. Schaffung von sog. Sachzwängen).

Entsprechend legte im Dezember 1983 eine im Mai 1983 von Arbeitsminister Blüm eingesetzte „Expertenkommission“ ihr Gutachten vor. Und dies wiederum sieht ähnlich aus wie jenes der Landesgesundheitsminister. Auf Grundlage von Vorschlägen des baden-württembergischen Sozialministers Schlee zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung halten sie fest: Kontrolle über Krankenhausbedarfsplan und Festbetragsfinanzierung soll in der Kompetenz der Länder bleiben, die Kosten sollen mehr und mehr auf die Versicherten abgeschoben werden.

Deshalb liegen die entscheidenden Reformen bei der Umgestaltung des

Pflegesatzes. Neu ist, daß neben dem Prinzip der Betriebskostendeckung durch den Pflegesatz ein Teil der Krankenhausbauinvestitionen auf den Pflegesatz übertragen werden sollen. Darüber hinaus soll der pauschalierte Pflegesatz durch einen differenzierten ersetzt werden, wodurch die Konkurrenz leistungsgleicher oder -ähnlicher Kliniken bzw. Stationen angekurbelt würde. Wie in Westberlin bereits praktiziert, wird eine Bonus-Malus-Regelung zum Pflegesatz in Betracht gezogen, wie überhaupt Gewinnmöglichkeiten zugelassen werden sollen. Alles Vorschläge, die Schlee gleich den Posten des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe zur Novellierung des Gesetzes eintrugen.

Die Position der ÖTV gegen diese Vorhaben ist recht schwach: Sie ist für Beibehaltung der dualen Finanzierung, für stärkere Selbstverwaltung und Planungskompetenzen in den Krankenhäusern unter Beteiligung der Beschäftigten. Zwar kritisiert sie Pharmapreise und geltendes Liquidationsrecht für Chefärzte, aber leider äußert sich die ÖTV nicht zu Vor- und Nachteilen der dualen Finanzierung und zu den Problemen, die der pauschalierte Pflegesatz mit sich bringt. Gefährlich, nachdem es für Blüm, so seine Aussage, in dieser Frage „keine Tabus“ geben wird.

Quellenhinweis: Gutachten zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung, Dez. 1983

Die Dienstherrn planen direkt tarifwidrige und arbeitsrechtliche Mißbräuche ein. Die Personalräte der Stuttgarter Kliniken forderten mehr Stellen, weil sonst die Arbeitszeiten und der Arbeitsschutz nicht mehr gewahrt werden können. Sie forderten für 1979 50 Stellen mehr, der Gemeinderat billigte 24. 1980 verschärfte sich dies noch. Der Personalrat errechnete einen Mehrbedarf von 278 Stellen – 44 wurden zugestanden. 1981 wurde ein Stellenzuwachs von 42 genehmigt – 230 wären das Minimum gewesen. Durch das Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages über Bereitschaftsdienste konnten in Stuttgart 58 neue Stellen erstritten werden. Allerdings mit dem Vermerk: vorbehaltlich des Prüfungsgutachtens.

In Freiburg, Stuttgart, Mannheim und Heidelberg sind die Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen abgeschlossen, die Gutachten sind nicht öffentlich. Am Mannheimer Klinikum sollen 400 Stellen gestrichen werden, an der Orthopädie in Heidelberg liegt für den Stellenplan 1984 eine Kürzung um 10% (120 Stellen) der Gesamtstellen vor.

Durch die Rationalisierungserfolge angespornt, legt die Landesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung eine weitere Gesamtstellenkürzung vor: Bis zum Jahr 1987 Abbau von 4800 Stellen. Ein dirigistisches Mittel hat das Sozialministerium beschlossen. Es legt ab 1984 die Steigerungsraten der Pflegesätze fest. Für 1984 ist eine Steigerung um 3% veranschlagt, mit Lohnerhöhungen wird gerechnet bzw. gleichzeitig gedroht, falls es welche gäbe, würden diese mit Stellenkürzungen verrechnet werden.

Quellenhinweis: Richtlinien des MfWMuV zur wirtschaftlichen Betriebsführung der Krankenhäuser 1978, 1982; Eichhorngutachten Fbg.; Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis 2/80; Betriebszeitungen der ÖTV-Betriebsgruppen Sigt., versch. Ausgaben; Branchenzeitung Öffentlicher Dienst BWK, versch. Ausgaben; Nachrichten-dienst Öffentlicher Dienst, versch. Ausgaben; Wochendienst Baden-Württemberg, Jahre 1981/82/83 – (irs, kab)

Bundesverfassungsgericht Stationierung erlaubt – Feind fixiert

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichtes hat am 16.12.83 einstimmig eine Reihe von Anträgen verschiedener Einzelpersonen auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Stationierung der neuen Atom-Mittelstreckenraketen einstimmig abgelehnt. Der Beschluß der Bundesregierung über die Zustimmung zur Stationierung verstoße nicht gegen das Recht auf Unversehrtheit des Lebens.

Die Kriege der Imperialisten fordern bekanntlich einen großen Blutzoll, insbesondere der arbeitenden Klassen. Diese Erfahrung haben die Kläger zum

Anlaß genommen, ihre Klage auf Schutz der körperlichen Unversehrtheit zu erheben. Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, daß Schutz gegen die Gefährdung durch militärisch-politische Entscheidungen des Staates nicht einklagbar ist:

„Im Rahmen der Zielvorgaben des Grundgesetzes ... schließt ihre (der Bundesregierung, d. Verf.) verfassungsrechtliche Kompetenz zur Außen- und Verteidigungspolitik die Kompetenz ein, die Bundesrepublik wirksam zu verteidigen. Welche Maßnahmen hierfür erfolgversprechend sind, obliegt ihrer pflichtgemäßen politischen Entscheidung und Verantwortung. Sofern dabei, wie es nicht selten der Fall sein wird, nicht mehr abschätzbare Risikobereiche verbleiben, ist dies von ... den Entscheidungsorganen des Bundes in ihre Erwägungen einzubeziehen und politisch zu verantworten; es ist nicht Aufgabe des Bundesverfassungsgerichtes ... seine Einschätzungen an die Stelle der Einschätzungen und Erwägungen der zuständigen politischen Organe des Bundes zu setzen.“

Das Bundesverfassungsgericht sieht in seinem Urteil als rechtmäßig an, wenn die Bundesregierung Maßnahmen trifft, um einen Krieg vorzubereiten. Die Beschwerdeführer hatten zur Begründung ihrer Klagen angeführt:

„... es sei eine Tatsache ... daß die neuen Waffen der Erlangung von Kriegsführungsoptionen dienen. Sie seien Mittel zur Gewinnung militärischer Überlegenheit und sollten den Weg zum begrenzten, gewinnbaren Atomkrieg ebnen.“

Das Bundesverfassungsgericht leugnet diese Kriegsvorbereitung nicht. Diese diene aber der Verteidigung. Das BVG erklärt, „daß dem mit den Verfassungsbeschwerden angegriffenen Verhalten keine Angriffsabsichten zu grundliegen“.

Angriffsvorbereitungen hat das BVG dagegen auf der Gegenseite ausgemacht:

„... geht die unmittelbare Bedrohung ... nicht von den in der Bundesrepublik aufgestellten Waffen, sondern vom Kernwaffenpotential eines dem NATO-Bündnis nicht angehörenden, dritten Staates aus.“

Gemeint ist die Sowjetunion. Das Bundesverfassungsgericht malt die Aggressionsabsichten des von ihr fixierten Kriegsfeindes aus:

„Es ist durchaus denkbar, daß die Gefahr eines sowjetischen Kernwaffenangriffs ... bereits vor der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung oder Stationierung selbst bestand oder unabhängig davon entstehen wird.“

Womit die offiziellen Feindbilder der BRD-Imperialisten verfassungsgerichtlich bestätigt wären. Kriegsvorbereitungen gegen solcherart bestimmte Feinde sind für das BVG allemal Verteidigungsanstrengungen.

Quellenhinweis: Beschluß des BvG, 16.12.1983, 2BvR 1160/83, 1565/83, 1714/83 - (gba)

Bundeswehr ÖTV gegen weibliches Militärpersonal

In der Bundeswehr arbeiten seit Gründung rund 40000 Frauen als zivile Beschäftigte. Eine Wende hin zum militärischen Dienst leitete die SPD/FDP-Regierung 1972 mit der Einstellung von 70 Ärztinnen in Uniform ein, um die Moral der Truppe zu erhöhen, offiziell aber mit der Begründung, demnächst könne wegen der geburten-schwachen Jahrgänge die Verpflichtung gegenüber der NATO nicht mehr erfüllt werden. Apels Wunsch, 40000 weibliche Freiwillige zu ziehen, hat sein Nachfolger, Verteidigungsminister Wörner, auf vorerst 10-15000 reduziert. Angesichts des beharrlichen Protests der Gewerkschaft ÖTV hat Staatssekretär Würzbach eine Taktik ausgearbeitet, wie diese Zahl von Freiwilligen ohne Aufruhr zu bekommen wäre. Er entfaltete sein Konzept in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 15. Dezember 1983. Es zielt darauf ab, Frauen aus den neuen Mittelklassen, die eine militärische Laufbahn in der Bundeswehr als Gipfel der Emanzipation empfinden können, als Rammbock gegen die gewerkschaftliche Abwehrfront einzusetzen. Würzbach erklärte, er verstehe nicht, „daß ... auch viele Frauenvereinigungen es so ruhig hingenommen haben, daß nur die Akademiker bisher freiwillig den Zugang finden konnten, aber der Unterbau ... die medizinisch-technische Assistentin, militärischer Dienstgrad Unteroffizier ... den Zugang verwehrt bekommen hat bisher“. Auf die hilfreiche Frage der Interviewerin, mit welcher Begründung man die „Mittelschicht“ zurückgewiesen habe, behauptete er: „Ohne Begründung.“ Man sei „den Weg nicht zuende gegangen“.

Der Bundesfrauenausschuß der Gewerkschaft ÖTV hat auf seiner Tagung im November 1981 festgestellt, es gehe nicht um Gleichberechtigung gegenüber den Männern, sondern darum, „den Lückenbüßer zu spielen – eine Reservarmee im wahrsten Sinne des Wortes darzustellen“. Der 9. Gewerkschaftstag hatte gefordert: „Keine allgemeine Dienstpflicht für Frauen, keinen freiwilligen Dienst mit der Waffe.“ Die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies bekräftigte diesen Standpunkt anläßlich der Frauen-Schwerpunktaktion der ÖTV im Mai 1982.

Eine Studie, die das Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben hat, dient der rechtlichen Absicherung der Verwendung von weiblichen Freiwilligen. Die Bearbeiter werden darüber hinaus eine Verfassungsauslegung suchen, die auch den Dienst mit der Waffe ermöglicht. Im Grundgesetz Artikel 12a heißt es: „(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften ... verpflichtet werden ... (4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen ... zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten.“

Würzbach sieht das Problem des Dienstes „mit der Waffe“ durch zehnjährige Praxis schon als halb erledigt an: „Daß ... der weibliche Soldat eine Pistole zu seiner Selbstverteidigung bekommt, das kann keine neue Dimension von Rechtsproblematik aufwerfen, wir leben ja damit bei den Ärztinnen, den Apothekerinnen, den Zahnärztinnen, die wir haben.“

Quellenhinweis: ÖTV-Magazin 12/81, 6/82; Interview des Deutschlandfunks mit P.-K. Würzbach, Red. Dr. Murrmann, Nr. 769 - (anl)



Theaterstück gegen die Wehrpflicht von Frauen bei der Frauen-Schwerpunktaktion der ÖTV im Mai 1982; Aufführung in Mainz

„Leistung muß sich wieder lohnen“, „Wer Kinder hat, zahlt weniger“ – Unionsregierung brütet an Steuerreformbetrug

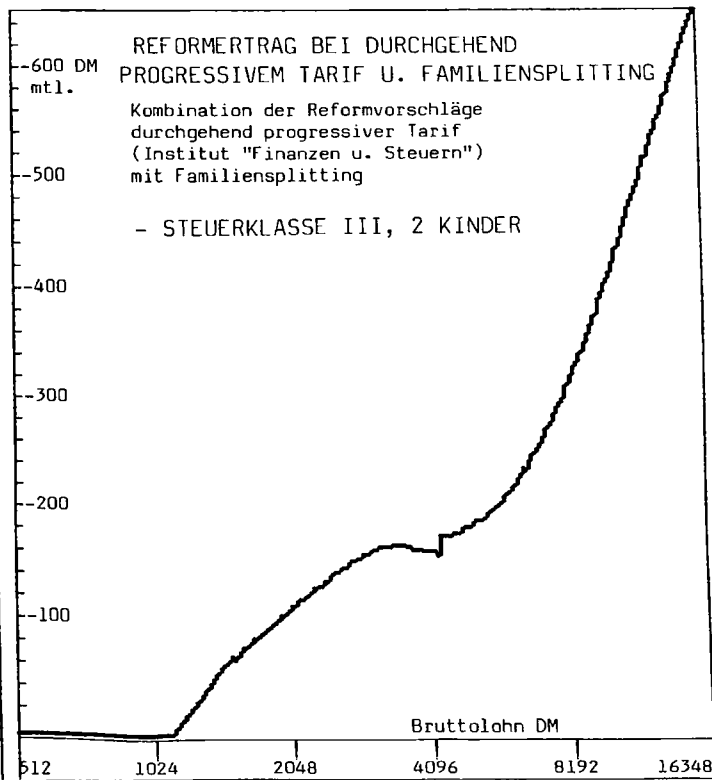
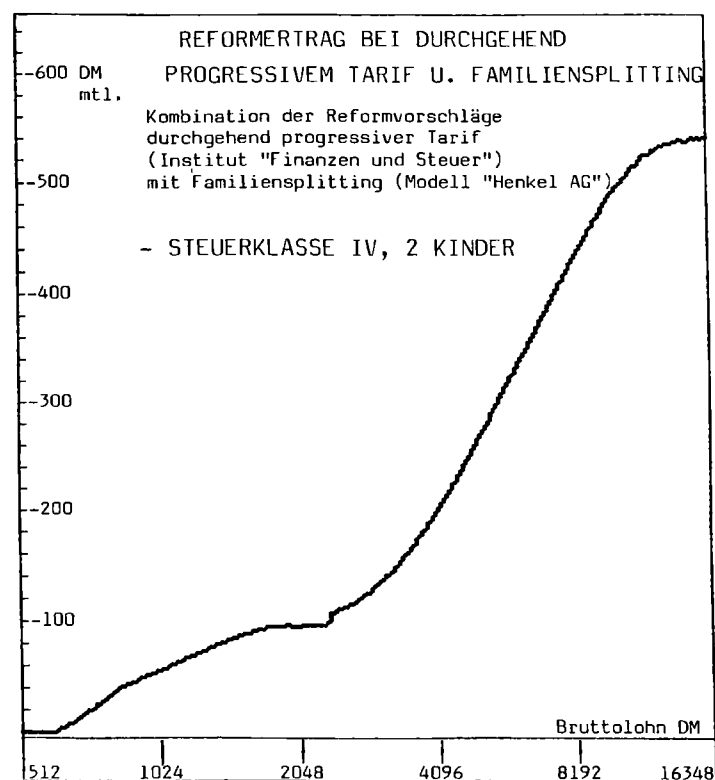
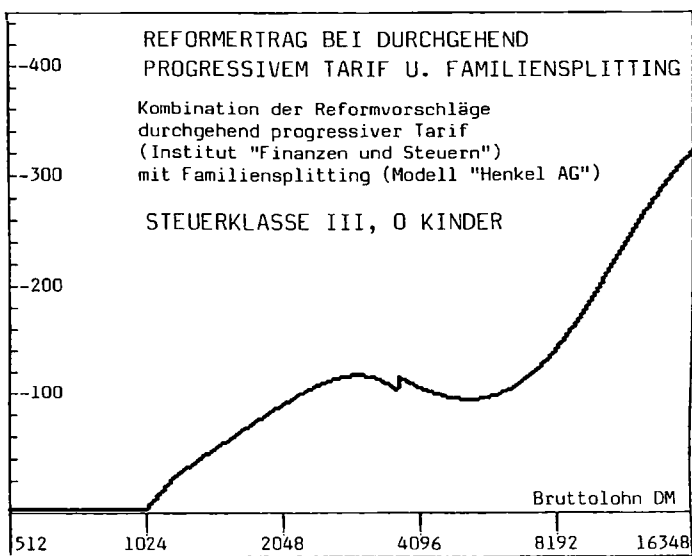
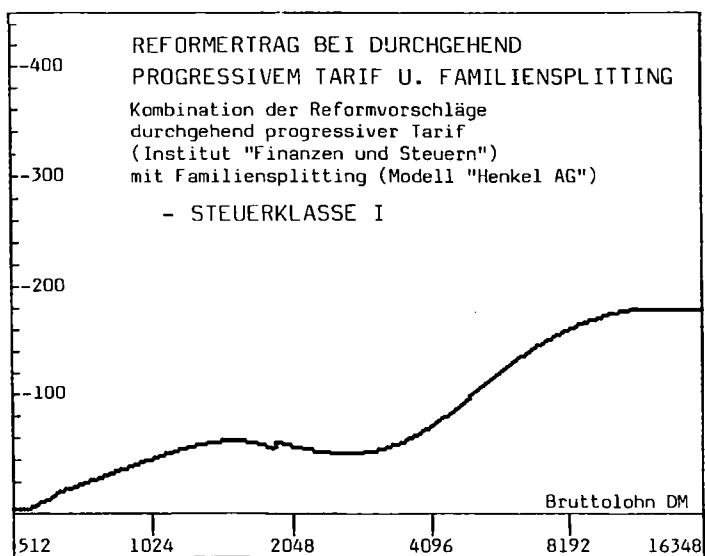
Das Finanzministerium rechnet derzeit zwar noch an Einzelheiten für den Vorschlag einer Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs, den Stoltenberg dann im Frühjahr dem Kabinett und der Öffentlichkeit vorgelegen will. Die Bundesregierung, verschiedene Unions- und FDP-Politiker sowie die einschlägig sachverständigen Institute haben jedoch die Grundsätze für die

beabsichtigte Steuerentlastung der Lohnabhängigen hinreichend beschrieben, so daß eine Beurteilung der mit einer Steuerreform verfolgten Absichten doch schon möglich ist.

Der für Steuern zuständige Ressortminister Stoltenberg faßte in einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ vom 23.12. die Leitlinien der beabsichtigten Steuerreform so zusammen:

„Wir wollen einen Tarif einführen, der die extrem hohe Grenzbelastung verringert, und einen deutlichen familienpolitischen Akzent verwirklichen.“ Als mögliches Volumen einer Steuerentlastung nannte der Finanzminister 20 bis 30 Milliarden DM, als Termin des Inkrafttretens 1986 oder 1987.

Die Union behauptet in ihrer Propaganda, die durchschnittlich bis besser



Dargestellt sind die Erträge, die sich aus der Kombination folgender beiden Steuerreformmodelle ergeben: Durchgehend progressiver Tarif mit einem gegenüber jetzt auf 5020 DM erhöhten Grundfreibetrag (Vorschlag des Instituts für Finanzen und Steuern, das „der Wirtschaft nahestehend“) und einem Familiensplitting mit den Faktoren 0,8 für die Ehefrau, 0,3 fürs erste und 0,2 fürs zweite Kind (Vorschlag des Vorstands der Henkel AG, s.a. Pol. Berichte 5/83).

verdienenden Lohnabhängigen, insbesondere die mit Kindern, sollten die Nutznießer der geplanten Steuersenkung werden. So z.B. Stoltenberg in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag:

„Wir haben eine Situation, in der von einem Einkommenszuwachs von 100 DM bei einem Bruttoeinkommen von 2000 DM 53 DM verbleiben; bei einem Bruttoeinkommen von 4000 DM sind es 31 DM, bei einem Bruttoeinkommen von 6000 DM nur noch 15 DM ... Die Frage der steuerlichen Belastung für berufstätige Menschen, insbesondere auch Arbeitnehmer, ist ein brennendes Thema, wie die eben erwähnten Grenzbelastungen bei Monatseinkommen von 2000 oder 4000 DM auch Ihnen deutlich gemacht haben sollten.“

Wir haben in den Schaubildern auf Seite 13 den Ertrag der beabsichtigten Steuerreform für verschiedene Einkommen dargestellt, so genau wie das aufgrund der allgemeinen Zielvorstellungen der Bundesregierung eben möglich ist. Danach ergibt sich als Ein-

druck, für wen die Steuersenkung einträglich sein soll:

Die Entlastung beginnt – die Unterschiede der Familienzustände und damit der Steuerklassen erst einmal außer acht gelassen – mit spürbaren Beträgen bei Einkommen von etwa 2000 DM brutto bereits etwas unter den Facharbeiterlöhnen und steigt kräftig an bereits unterhalb der außertariflichen Angestelltengehälter, die derzeit bei ca. 5000 DM aufwärts liegen. Richtig lohnend ist die Steuersenkung bei den Vermögenden auf der Gehaltsskala ab 8000 DM. Dennoch wäre die Absicht der Unionsregierung mit progressiv zu den Reichen steigende Entlastung nur unzulänglich beschrieben.

Die Steuerreform soll den Kapitalisten niedrige Tarifabschlüsse und Spreizung der Löhne ermöglichen. Ein Beispiel:

Ein mit 3000 DM monatlich etwas besser verdienender Facharbeiter, verheiratet, Steuerklasse IV, zwei Kinder, erhält derzeit bei einer Lohnerhöhung von 3% oder 90 DM brutto gerade noch 42 DM netto ausgezahlt. Die

Steuerentlastung – wenn sie, wie vom Institut für Finanzen und Steuern vorgeschlagen, auf vier Jahre verteilt zur Wirkung kommt – läßt die Nettoerhöhung auf rund 80 DM ansteigen.

Dagegen eine schlecht bezahlte Angestellte im Einzelhandel mit 1100 DM brutto, Steuerklasse I: Bei einer Lohnerhöhung um 3% bleiben von brutto 48 DM derzeit etwas über 30 DM netto. Mit der Steuerentlastung zusammen stiege dieser Betrag auf etwa 45 DM. Mit niedrigen Angeboten könnten die Kapitalisten so die Lohnbewegung spalten.

Der Eindruck, daß die Bundesregierung mit der Steuerreform die Lohnabhängigen von inzwischen unerträglichen Lohnabzügen entlasten werde (wenn auch vielleicht nur die gut bis besser Verdienenden, bei denen die Union ihren Anhang hat und sucht), verschwindet vollends bei genauerer Betrachtung des neuen Steuertarifs (siehe zum folgenden auch Schaubild-Kasten Seite 15).

Zwar behält der Staatsapparat im Vergleich zum geltenden Tarif zu-

Traditionell: Rüstungsfinanzierung durch Steuerplünderung

Von 15,9 Mrd. DM 1962 auf 48,7 Mrd. DM 1983 steigerte die Bourgeoisie die direkten Ausgaben für Verteidigung. Die Lohnsteuereinnahmen im gleichen Zeitraum steigerte sie von 12,3 auf 138,5 Mrd. DM, die Einnahmen, aus veranlagter Einkommensteuer von 12,2 auf 30,5 Mrd. DM und die Einnahmen aus Umsatzsteuer von 17,5 auf 58,2 Milliarden DM. Bis 1987 will die Bundesregierung die Ausgaben für Verteidigung auf 55,1 Mrd. DM weiter ausdehnen. Stetig wachsende Steuerplünderung zur Finanzierung der Kriegsvorbereitung, auch hierin eifert sie ihren Vorgängern der Reichsbourgeoisie eifrigst nach.

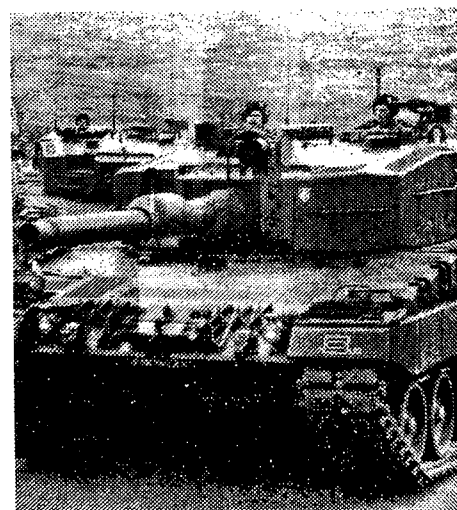
So wurde in Preußen 1891 eine Einkommensteuerverordnung festgelegt, mit der 28,6% 1892 und 33,5% 1910 eines Einkommens von 900-3000 RM als Steuerveranlagungssoll festgelegt wurde, dagegen 13,6% 1892 und 12,2% 1910 eines Einkommens zwischen 30500-100000 RM. Bis zum 1. Weltkrieg haben alle Länder des deutschen Reichs eine Einkommensteuerreform nach diesem Muster durchgeführt. Insbesondere aber setzte die Reichsbourgeoisie die Plünderung noch über die indirekten Steuern und ihre Erhöhung durch, um vor allem die durch die Heeresnovelle 1905 und die Flottenvorlage 1906 vermehrte Reichsschuld zu decken, die von 1877 bis 1908 pro

Kopf der Bevölkerung von 1,66 auf 63,78 RM stieg. Im gleichen Zeitraum wurde nach Berechnungen zusätzlich zu jeder Mark direkte Steuern 8 Mark indirekte Steuern gezahlt. 1916 wird der erste Vorläufer der allgemeinen Umsatzsteuer mit 0,1% eingeführt, ebenso die Kohlesteuer. Mit der Reichseinkommensteuerreform wurden dann die Weichen gestellt, die direkte Plünderung des Lohns der zentralen Verfügung des Reichs zu unterstellen. Die Belastung mit direkten Steuern pro Kopf der Bevölkerung stieg von 1905 bis 1920 um das Zwanzigfache, die Hauptmasse dieses Beuteguts fiel 1918 bis 1920 an. Nur ein Bruchteil dieses Steuertributs ging wieder an die Lohnabhängigen zurück. 1928 z.B. gerade 1 Mrd. RM, davon 416 Mio. RM Zuschüsse zur Rentenversicherung, während im selben Haushalt 5,3 Mrd. RM für Kriegsvorbereitung und die Folgekosten des letzten verlorenen Kriegs angesetzt waren.

Die Faschisten forcierten dieses Programm mit ihrem Machtantritt enorm.

Jahr	Ausgaben in Mrd. RM		
	Gesamt	Soziales	Rüstung
1932-33	6,7	2,8	3,0
1933-34	9,7	2,3	5,5
1934-35	12,2	1,4	6,0
1935-36	16,7	1,3	–
1936-37	18,8	0,9	12,6
1938-39	–	0,4	–

Die Militärausgaben für 1937-38 werden auf 15 Mrd. RM geschätzt und für 1938-39 mindestens auf 17 oder 18 Mrd. Man errechnet so eine Gesamtsumme für Rüstungsausgaben von 63 bis 64 Mrd. RM. Eine Erklärung Hitlers von 1939, nach der sich die Ausgaben des Reichs zur Wiederaufrüstung auf 90 Mrd. RM belaufen haben, wird so ungefähr bestätigt, da darin auch die Ausgaben für Autobahnbau eingeschlossen sein werden. Zwei beispielhafte Vergleiche verdeutlichen diese enormen Summen. Für den Zeitraum 33-34 bis 38-39 machte die Summe der Rüstungsausgaben 246% der im Jahr 1933 ausbezahlten Löhne und Gehälter aus, 1939 allein ca. ein Viertel des Volkseinkommens, nach dem Motto



1985 soll der Rüstungsetat in der BRD erstmals höher sein als der Etat für Arbeit und Soziales. Bild: Leo 2.

nächst einmal weniger Steuern ein, die stark progressive Wirkung des Tarifs bereits ab den untersten Einkommen für Vollzeitbeschäftigung bleibt aber bestehen. Jede Lohnerhöhung, die die Beschäftigten gegen die Kapitalisten durchsetzen können, führt damit auch künftig noch mehr Steuern in die Staatskasse.

Auch die „familienpolitische Komponente“ der Steuerreform entlastet die höheren Einkommen stärker als die niedrigen. Durch die Einführung des sogenannten Familiensplittings wächst die Steuerlast für Ledige im Vergleich zu Verheirateten und für Lohnabhängige ohne Kinder im Vergleich zu solchen mit Kindern. Geißler droht: „Wer Kinder hat, soll weniger Steuer bezahlen als derjenige, der keine Kinder hat.“ Die Reaktion will mit einer wachsenden Steuerlast für Ledige und kinderlose Haushalte bedeutende Teile der Arbeiterbevölkerung zwingen, in größeren Familienverbänden zusammenzuleben.

Die so erreichte Verbilligung der Reproduktion könnte dann den Kapitali-

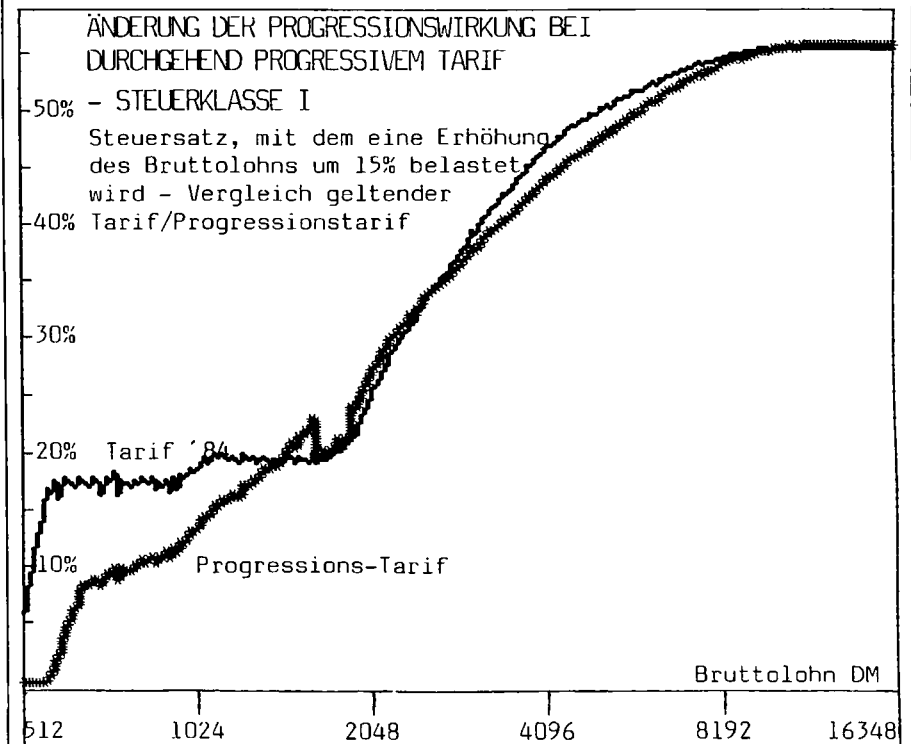
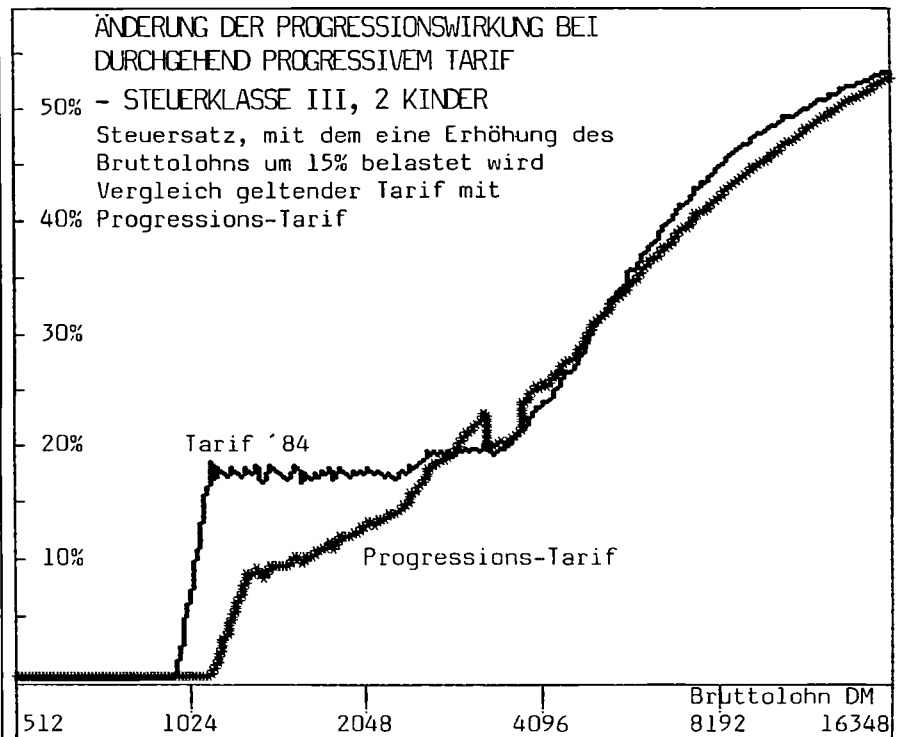
das 1938 von Hjalmar Schacht geprägt wurde: „Lebenshaltung und Rüstungsausmaß stehen ... in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander“. Nach diesem Motto versuchten auch die Faschisten die forcierte Aufrüstung durch forcierte Steuerplünderung zu finanzieren.

Jahr	Steuereinnahmen in Mrd. RM			
	Gesamt	nur Reich	absolut	Zunahme
1932-33	10,2	—	6,7	—
1933-34	10,6	0,4	6,9	0,2
1934-35	11,8	1,6	8,2	1,5
1935-36	13,3	3,1	9,7	3,0
1936-37	15,5	5,3	11,5	4,8
1937-38	18,9	8,7	14,0	7,3
1938-39	23,0	12,8	17,7	9,0
1939-40	—	—	23,5	16,8
1940-41	—	—	27,7	12,0
1941-42	—	—	32,3	25,6

Davon wurden 1938 ca. 49% von Steuern vom Einkommen und Vermögen und als zweiter Hauptbestandteil ca. 35% über Steuern auf Umsatz, Verbrauch und Aufwand aufgebracht. Dazu erhöhten sie die Umsatzsteuer, führten die Mineralölsteuer ein, erhoben ab 1937 neue Steuern, reduzierten die Befreiungen für Lohnsteuer und erhoben 1939 eine Ledigensteuer, sowie auch weitere Verbrauchssteuern.

Quellenhinweis: Finanzbericht 1983; Bettelheim, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus; Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie; Hentschel, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland

Weitere Füllung der Staatskasse sichergestellt – „Progressionsfalle“ bleibt bestehen



Anmerkung: Das Schaubild erlaubt eine Beurteilung der sogenannten Progressionswirkung des vorgesehenen neuen Steuertarifs. Der neue Tarif tritt z.B. 1986 in Kraft. Dargestellt ist die Steuerlast auf eine Erhöhung des Bruttolohnes um 15% (man denke sich z.B. drei Lohnerhöhungen zusammengenommen). Im Vergleich dazu der bisherige Tarif.

Ablesebeispiel: In Steuerklasse III (die Zahl der Kinder beeinflusst den Progressionsverlauf nicht) werden nach dem jetzigen Tarif bei einem Bruttoeinkommen von 2000 DM und einer Lohnerhöhung von 15% oder 300 DM rund 18% gleich 54 DM an Steuer einbehalten. Der künftige Steuersatz läge bei etwa 12% auf 300 DM oder 36 DM.

Gewerkschaftsbeschlüsse gegen die beständig höhere Besteuerung der Löhne und Gehälter

Der Gewerkschaftstag der IG Metall wie auch der DGB-Bundesvorstand halten für eine Reform der Steuergesetzgebung zwei einander entgegengesetzte Gesichtspunkte für entscheidend: Verbesserung der staatlichen Einnahmen und Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. Liegt es an diesem Zwiespalt, daß diese Gewerkschaftsorgane bisher keine Forderungen zur wirksamen Entlastung der Löhne aufgestellt haben? Denn eine „regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs“, wie der letzte IGM-Gewerkschaftstag forderte, wird den beständig größeren Lohnraub durch die Steuerprogression nicht „vermeiden“, sondern nur im Nachhinein und auch nur kurzfristig etwas verlangsamen.

Zumindest für untere Einkommen bringt die deutliche Anhebung des Steuergrundfreibetrages, wie z.B. die HBV fordert, eine wirksame und längerfristige Senkung der Steuern. Der DGB-Vorstand bezeichnete die Erhöhung des Grundfreibetrages 1980 in seinen Steuerforderungen als „Eckwert“. 1983 forderte er nur die Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages.

Die prozentual ständig höhere Besteuerung des Lohns wird durch die Anhebung des Lohns aber nicht beseitigt. Eine Bindung des Steuertarifs an die Entwicklung des Durchschnittseinkommens verhindert diese Sorte Lohnraub. Die IG Druck und Papier hat beschlossen, zu prüfen, wie diese Steuerindexierung durchgeführt werden kann.

IG Metall, 14. ordentlicher Gewerkschaftstag 1983, Entschließung 6, Finanz- und Steuerpolitik

„... Der Vorrang für eine beschäftigungs- und reformorientierte Finanzpolitik setzt grundsätzlich gewisse Grenzen für generelle Steuerentlastungen. Durch die Reform der bestehenden Steuergesetzgebung ist ein Beitrag zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen zu leisten und eine größere Steuergerechtigkeit über die konsequente Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit herzustellen.

Diesem Ziel dienen die steuerpolitischen Forderungen des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages, die die Grundlage für eine einheitliche Positionsbestimmung des DGB und der IG Metall gegenüber der Bundesregierung darstellen ...

Im Interesse einer Vereinfachung des Steuersystems und größerer sozialer Gerechtigkeit sollte die Vielfalt der noch gültigen kinderbezogenen allgemeinen Steuerbegünstigungen z.B. bei den Sonderausgaben und den Kinderbetreuungskosten zugunsten einer ausschließlichen und sozial gestaffelten Neuordnung des Kindergeldes abgeschafft werden ...

Das Prinzip der steuerlichen Gerechtigkeit, aber auch die Dringlichkeit einer Stabilisierung der Massenkaukraft machen steuerpolitische Korrekturen im Interesse der Arbeitnehmer, vor allem zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten erforderlich. Durch eine regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs über eine Ausdehnung der Proportionalzone und eine Verringerung der Steuersätze in der unteren und mittleren Progressionszone ist eine steigende Steuerbelastung bei gleichzeitig sinkenden bzw. stagnierenden Realeinkommen für die Mehrheit der Arbeitnehmer zu vermeiden.

Darüber hinaus erneuert die IG Metall die Forderungen des 13. ordentlichen Ge-

werkschaftstages nach mehr Steuergerechtigkeit im Interesse der Arbeitnehmer und fordert insbesondere die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages auf 1000 DM, die Einführung eines Urlaubsfreibetrages und die Einführung einer Entfernungspauschale für alle Arbeitnehmer ... Mit besonderem Nachdruck lehnt der 14. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall weiterhin jede Erhöhung der Mehrwertsteuer als unsozial ab ...

IG Metall 13. ordentlicher Gewerkschaftstag 1980, Entschließung 8

„... Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, den folgenden Forderungskatalog zur Grundlage seiner steuerpolitischen Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung zu machen: ...

- Konzentration künftiger weiterer Veränderungen des Einkommensteuertarifs auf Tarifbestandteile, die Arbeitnehmer entlasten (Verlängerung der Proportionalzone, Verringerung der Steuersätze ausschließlich in der unteren Progressionszone, Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages). Frei- und Pauschbeträge müssen regelmäßig überprüft und der Einkommensentwicklung angepaßt werden.

- Anhebung des Weihnachtsfreibetrages auf 1000 DM und Einführung eines Urlaubsfreibetrages;

- Steuerfreiheit für Streikunterstützung, da diese keinen Lohnersatz darstellt;

- Beseitigung des Wirrwarrs bei den kinderbezogenen Regelungen (Kindergeld, Kinderbetreuungskosten, Kindergrundfreibetrag, Kinderadditive). Statt dessen ist ein einheitliches Kindergeld einzuführen, das sich an den tatsächlich entstehenden Mindestkosten für Kinder orientiert.

- Einführung einer Entfernungspauschale für alle Arbeitnehmer ...

Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag fordert den DGB-Bundesvorstand auf, baldmöglichst einen Rahmen für Steuerforderungen in den 80er Jahren zu schaffen. Dieser Rahmen sollte mittelfristig angelegt sein und prinzipielle Vorstellungen darüber enthalten, in welche Richtung das Steuer-

sten weitere Lohnsenkungen ermöglichen. Wenn erst einmal ein größerer Teil der Arbeiterbevölkerung aus materieller Not in solche Familienzustände getrieben ist, können die Kapitalisten einen großen Teil der Löhne unter das Existenzminimum des einzelnen senken. Teilzeitarbeit, Job-sharing u. ä. sind dann möglich, weil der so vernutzte Lohnarbeiter nur im Familienverband mit halben Lohn leben kann. Die Union will bei der Umgestaltung des Steuertarifs die Teilzeitarbeit auch direkt fördern: Die Steuerprogression bei Löhnen unter 1500 DM ist deutlich abgesenkt.

Die Steuerentlastungsreform der Unionsregierung, die so den Kapitalisten zugute kommt, ist zugleich mehrfacher Betrug. Die Regierung beabsichtigt keineswegs, „heimliche Steuererhöhungen“ an die Lohnabhängigen zurückzuerstatten. Die letzte Steuerreform trat am 1.1. 1981 in Kraft. Die damalige SPD/FDP-Bundesregierung

hatte bei geringfügiger Erhöhung des Grundfreibetrages den Progressionsverlauf des Steuertarifs bestehen lassen. Seither hat sich das Aufkommen aus Lohnsteuer wie folgt entwickelt:

Jahr	Lohnsteuer (Mrd. DM)	Änderung in %	Lohnsteuerquote *
1980	111,56	+ 14,9	15,6
1981	116,56	+ 4,5	15,5
1982	123,41	+ 5,9	16,1
1983**	130,60	+ 5,8	16,8
1984**	140,36	+ 7,5	17,4

* Lohnsteuer zu Bruttolohn- und -gehaltssumme in %
** Schätzung des Finanzministeriums

Das Lohnsteueraufkommen hat sich trotz rückläufiger Realeinkommen der Lohnabhängigen in den letzten Jahren kräftig erhöht – Folge der Steuerprogression, die jeden nominalen Lohnzuwachs mit einem höheren Prozentsatz besteuert. Das Finanzministerium hat auf jeden Fall bis zum Inkrafttreten der

nächsten Reform einen weit höheren Betrag aus dem Anstieg der Lohnsteuern kassiert, als die Bundesregierung zur Steuerentlastung überhaupt vorsieht.

Die Bundesregierung hat seit der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1.7.83 bereits 6,5 Mrd. DM mehr aus dieser Verbrauchssteuer eingenommen; für 1984 erwartet das Finanzministerium einen weiteren Anstieg um 10,8 Mrd. DM auf insgesamt 115 Mrd. DM. Die Bundesregierung will eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern. Bereits jetzt antwortet Stoltenberg auf die Frage, ob die Lohn- und Einkommensteuerbelastung durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern finanziert werden soll:

„Wenn wir eine wirklich anspruchsvolle Neuordnung der Lohn- und Einkommensteuer erreichen wollen, die den Namen verdient, ist ein wesentliches Stück Kompensation ganz unvermeidbar.“

recht fortentwickelt werden soll. Aus einem solchen Rahmen sollten sodann jene konkreten Steuerforderungen ableitbar sein, die kurzfristig in die jeweiligen politischen Diskussionen zur Steuerentlastung eingebracht werden können.“

DGB-Bundesvorstand, DGB-Forderungen für eine arbeitnehmerfreundliche Steuerpolitik an den 9. Deutschen Bundestag, Oktober 1980

II) Einkommensteuergesetz

1. Einkommensteuertarif

Künftige Tarifaufhebungen müssen auf eine Milderung der Lohnsteuerprogression für Arbeitnehmer gezielt werden. Deshalb ist das Schwergewicht auf solche Eckwerte zu legen:

- Erhöhung des Grundfreibetrages,
- Verlängerung der Proportionalzone,
- Tarifaufhebung im unmittelbar an die Proportionalzone anschließenden Bereich der schärfsten Steuerprogression,
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 60 Prozent bei zu versteuernden Jahreseinkommen von mehr als 130000/260000 DM

Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes, Wirtschaftliche Informationen 6/83, 29. September 1983

„... Der DGB fordert:

- Stoppt die Verschleuderung von Steuermilliarden an Großunternehmen für die Zukunft! Kassiert die bisher verschenkten Milliarden wieder ein und erhöht damit den Arbeitnehmerfreibetrag, damit die Lohnsteuerexplosion wenigstens abgebremsst wird!

Der DGB wiederholt das Angebot des 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses für die Zukunft, d.h.

- Der DGB räumt nach wie vor einer Erhöhung und Umschichtung der Staatsausgaben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Priorität gegenüber allgemeinen weiteren Entlastungsmaßnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer ein.

Angesichts der Ankündigungen von allgemeinen Lohn- und Einkommensteuersenkungen durch einige Bundesminister

— warnt der DGB davor, unter dem Deckmantel des Begriffs ‚Lohnsteuersenkungen‘ abermals in erster Linie die bekannten sozialen Zielgruppen des Industriezweigs der CDU/CSU und der FDP zu bedienen und fordert stattdessen gezielte Lohnsteuersenkungen, die die ‚Lohnsteuerexplosion‘ dann tatsächlich weiter abbremsen.“

HBV, 10. ordentlicher Gewerkschaftstag 1980, Antrag 154, angenommen:

„Betreff: Steuerpolitik

Antragsteller: Landesbezirkskonferenz Nordmark

Der Hauptvorstand wird beauftragt, über den DGB den Gesetzgeber aufzufordern, den Grundfreibetrag der Lohnsteuer zu verdoppeln.“

IG Druck und Papier 13. o. Gewerkschaftstag 1983

„1. Der Hauptvorstand und der DGB werden beauftragt, gewerkschaftliche Forderungen zur Besteuerung der Löhne und Gehälter auszuarbeiten. Ziel dieser Forderungen muß sein, der beständig fortschreitenden progressiven Besteuerung der Löhne

und Gehälter ein Ende zu setzen und bereits unerträglich gewordene Steuerbelastungen für die unteren und mittleren Einkommensbezieher rückgängig zu machen.

Dabei soll geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen, den Steuertarif an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen zu binden (Steuerindexierung). Gleichzeitig soll die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen durch Erhöhung der Grundfreibeträge in die Überlegungen mit einbezogen werden.

2. Das Zentralorgan ‚druck und papier‘ soll zu den Problemen und Folgen des geltenden Steuerrechts berichten und dessen Auswirkungen auf die Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter darstellen.

3. Die fortgesetzte Kindergeldkürzung muß rückgängig gemacht werden. Die Wiederherstellung von Kinderfreibeträgen im Einkommensteuergesetz ist kein Ersatz, sondern begünstigt bloß die hohen Einkommen und Reichen.

4. Der Dreizehnte Ordentliche Gewerkschaftstag bekräftigt die Forderung nach Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung.

Begründung: Immer größere Teile der Löhne und Gehälter werden aufgrund der Geldentwertung von progressiver Besteuerung erfaßt. Daran hat sich durch verschiedene ‚Steuerreformen‘ der Vergangenheit im Prinzip nichts geändert ... Die CDU/CSU/FDP-Regierung hat erklärt, sie plane keine weiteren Steuererhöhungen. Andererseits soll an eine Neuordnung des Steuerrechts erst gedacht werden, „wenn wesentliche Fortschritte bei der Gesundung der öffentlichen Finanzen erzielt sind“ (Finanzminister Stoltenberg). Dies bedeutet, daß die automatischen Steuererhöhungen für die Löhne und Gehälter andauern sollen. Deshalb ist ausführliche Aufklärung der Mitgliedschaft über die absehbare Steuerentwicklung notwendig.“

Quellenhinweis: DGB-Bundesvorstand, Wirtschaftspolitische Informationen 8/1980 u. 6/83; Gewerkschafter, Sept. 1980, Sonderdruck 9a, u. 12/83



Auf der 1. Mai-Demonstration des DGB 1983 in Heilbronn

Mehrwertsteuerlast nach Einkommen

Nettoeinkommen DM	MwStBelastung in % des Nettoeinkommen
unter 600	6,5
600- 1000	6,2
1800- 2500	6,1
2500- 5000	5,5
5000-15000	3,9

Quelle: HHWA, zitiert nach: DGB, Wirtschaftspolitische Informationen, 29.9.83

So steht fest: Die Steuerentlastungsreform, mit der die Unionsregierung gezielt die Abzugslast entsprechend den Kapitalistenwünschen nach Lohnsenkung umverteilt, steigert die Abzugslast auf den Lohn insgesamt. Der Rüstungshaushalt kann weiter wachsen, die Regierung kann die Kapitalisten von weiteren Steuern befreien.

Welche Forderungen muß die Arbeiterbewegung gegenüber einer solchen Politik erheben? Doch bestimmt nicht die des DGB-Bundesvorstandes (s. Do-

kumentation S. 16/17), der eine Anpassung des Arbeitnehmerfreibetrages verlangt und ansonsten die Progesionswirkung des Tarifs und die Besteuerung auch der allerniedrigsten Arbeitereinkommen bestehen lassen will. Doch eher wäre zu fordern, daß die zum Leben notwendigen Einkommen überhaupt nicht besteuert werden und eine progressive Besteuerung erst bei denen beginnt, die aus ihrem Einkommen Vermögen bilden können.

Der DGB-Bundesvorstand kritisiert an den Steuerplänen der Bundesregierung vor allem, daß sie „die bekannten sozialen Zielgruppen des Industriezweigs der CDU/CSU und der FDP“ bedienen würde. Zugleich verknüpft er seine Kritik an der Steuerplünderung mit der Forderung nach Erhöhung der Staatsausgaben zwecks Besserung der Beschäftigungslage. Mit dieser Kritik wird gegen die Steuerentlastungsreform der Unionsregierung und ihre demagogischen Begründungen nicht an-

zukommen sein. Zu befürchten ist, wenn die Steuerlast sich auch bei verschiedenen lohnabhängigen Familienhaushalten verringert, wenn die Steuerabzüge auf dem Lohnzettel auch bei einer größeren Zahl von durchschnittlich verdienenden Arbeitern sinken, daß sich dann die beabsichtigte spaltende Wirkung gegen die Lohnbewegung ungenutzt entfalten kann.

Es wäre sinnlos, gegen diese Unionspläne mit der Forderung nach der Erhöhung des einen oder anderen Freibetrages angehen zu wollen, der die Abzugslast für die unteren und mittleren nur wenig und vor allem ungleich verringert. Der Gewerkschaftstag der IG Druck stellt die Anbindung des Steuertarifs an die Entwicklung der Durchschnittseinkommen als Forderung zur Debatte. Ein Steuerreform-Betrug, wie jetzt von der Unionsregierung geplant, wäre dann nicht mehr möglich.

Quellenhinweis: Bundesfinanzministerium, Finanznachrichten 36/83; ders., Finanzbericht 1984 - (alk, gba, ull)

Gegen die Steigerung der Arbeitsintensität

Bochum. Die IG Metall-Vertrauensleutekonferenz von Opel, Werk Bochum, hat die Tariffkommission für Nordrhein-Westfalen aufgefordert, bei einem Abschluß über die Einführung der 35-Stundenwoche schon im Tarifvertrag Leistungsverdichtungen vorzubeugen. Damit solle verhindert werden, daß die Kapitalisten die Arbeitszeitverkürzung nutzen, um die Arbeitsintensität zu steigern und so keine zusätzlichen Arbeitskräfte einstellen müssen. Gleichzeitig bekräftigte die Vertrauensleutekonferenz ihre Forderung nach Abschluß einer Betriebsvereinbarung zur Einschränkung der Mehrarbeit.

KHD-Modell Lohn- und Rentensenkung

Köln. Der Metall-Konzern Klöckner-Humboldt-Deutz hat Ende letzten Jahres ein Modell bekanntgegeben, das zunächst unbefristet gelten soll. Beschäftigte, die zwischen 50 und 59 Jahre alt und „vorübergehend entbehrlich“ sind, sollen sich ein Jahr lang arbeitslos melden. Ihr Arbeitslosengeld wird von der KHD auf 85%

Hamburg. 400, zur Hälfte westdeutsche Teilnehmer, unterstützten am 7.1. mit einer Demonstration den Streik der türkischen Norddarm-Arbeiter. Sie streiken seit dem 6.12.1983, nachdem ihnen, die für 1000 DM brutto sechs Tage in der Woche im Akkord Därme reinigten, zwei Monatslöhne nicht ausgezahlt wurden. Die NGG unterstützt den Streik. Der Kapitalist hat Wiedereinstellung angeboten, wenn die Arbeiter auf die zwei Monatslöhne verzichten. Der Streik, dem sich jetzt vier weitere Arbeiter angeschlossen haben, wird weitergeführt.

des letzten Nettolohnes aufgestockt. Nach einem Jahr können sie in ihre alte Abteilung zurück, nicht jedoch auf ihren alten Arbeitsplatz. Das bedeutet zumeist Lohnsenkung. Zusätzlich wird auch der Rentenanspruch durch die einjährige Arbeitslosigkeit geschmälert. Dieses „Modell“ wurde von der Bundesanstalt für Arbeit ausdrücklich unterstützt und gefördert. Auch der KHD-Betriebsrat hat zugestimmt. Er bezweifelt jedoch, daß viele Beschäftigte freiwillig von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden.



Nach mehr als einer Woche andauernder Demonstrationen und heftiger Kämpfe gegen die Polizei und Teile der Armee konnten die tunesischen Arbeiter und Bauern erzwingen, daß die Staatsorgane die Erhöhung der Preise für Brot (um 110%) und für andere Getreideerzeugnisse zurücknehmen mußten (Bild: Auseinandersetzung in Tunis). Die tunesische Regierung hatte, nachdem das Handelsbilanzdefizit im letzten Jahr auf 2,75 Mrd. DM gestiegen war, auf Drängen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank die Zuschüsse für die Grundnahrungsmittel zusammengestrichen und die Preise erhöht. Die Regierung hatte nach dem Beginn der Demonstrationen den Mindestlohn erhöht. Der Gewerkschaftsbund UGTT ließ aber von der Forderung nach Rücknahme der Preiserhöhung nicht ab. Als die UGTT Mittwoch letzter Woche damit drohte, die Arbeiter über einen Generalstreik abstimmen zu lassen, verhängte die Regierung den Ausnahmezustand. Bei der Unterdrückung der Demonstrationen haben die Truppen 60 Personen erschossen und 3000 festgenommen.



H. Gaßmann: Geleit zum Haftantritt

Hamburg. Am 5.1.1984 mußte Hermann Gaßmann, Bildungssekretär der IG Metall Hamburg, seine 2½jährige Haftstrafe antreten. Er wurde mittels des Gesinnungsparagraphen 99 StGB wegen Spionage angeklagt und, ohne den Schatten eines Beweises, entsprechend abgeurteilt. Mehr als 500 Gewerkschafter begleiteten H. Gaßmann zum Haftantritt. Der Geleitzug führte vorbei an der Gedenktafel für die Opfer des KZ Fuhlsbüttel (das die BRD wieder als Gefängnis in Betrieb nahm), an der Blumen niedergelegt wurden. Ein Erfolg der öffentlichen wie innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um den „Fall Gaßmann“ ist, daß er zunächst auch während der Haft von der IGM weiterbeschäftigt wird; eine praktische Kritik des § 99 StGB. Der „Solidaritätskreis H. Gaßmann“ hob hervor, den Haftvollzug an Gaßmann aufmerksam beobachten zu wollen.

Ausländerbeirat gegen Ausländerpolitik

Essen. Der Ausländerbeirat der Stadt Essen hat auf seiner letzten Sitzung die Anfang 1983 vorgelegten Empfehlungen der von Bundesinnenminister Zimmermann eingesetzten Bund-Länder-Kommission „Ausländerpolitik“ verurteilt. In einem mehrheitlich gefaßten Beschluß wird festgestellt, die Bund-Länder-Kommission versuche, „menschliche und soziale Probleme mit den Mitteln des Polizeirechts und der Arbeitsmarktpolitik in den Griff zu bekommen“. Ausdrücklich wendet sich der Aus-

länderbeirat gegen jede Einschränkung von Rechten ausländischer Arbeiter und fordert das Recht auf uneingeschränkte Selbstbestimmung in Familienangelegenheiten, das kommunale Wahlrecht und die Sicherung des Aufenthaltsstatus: Nach fünfjährigem rechtmäßigen Aufenthalt in der BRD sollen Ausländer einen Anspruch auf dauerhaftes Verbleiben bekommen. Des weiteren befaßte der Ausländerbeirat, in dem nach der im letzten Jahr in Kraft getretenen neuen Wahlordnung neben Vertretern der Ratsparteien SPD und CDU Vertreter ausländischer Organisationen sitzen, sich mit Fragen des Asylrechts. Der Ausländerbeirat sprach sich grundsätzlich für die Aussetzung von Auslieferungen Asylsuchender an die türkische Militärjunta aus.

Was gefährdet die Rechtsordnung?

Hildesheim. Zur Zahlung von 400 DM Geldstrafe wurde in erster Instanz das Mitglied der GABL-Fraktion im Hildesheimer Stadtrat, H. Sonnenberg, verurteilt. Dieser hatte im April '83 aufgedeckt, daß der Verwaltungsausschuß (VA) der Stadt auf Betreiben von CDU, SPD und FDP massiven Druck auf das Stadttheater ausübte, um ein Berufsverbot gegen ein bereits als Pressesprecher eingestelltes ehemaliges KBW-Mitglied durchzusetzen. Richter Stoll – bekannt durch Ängste über den Verlust der „biologischen Identität“ der Deutschen – räumte ein, daß man die Vorgänge im VA als Schweinereien bezeichnen könne, deren Veröffentlichung gefährdeten allerdings die demokratische Rechtsordnung!

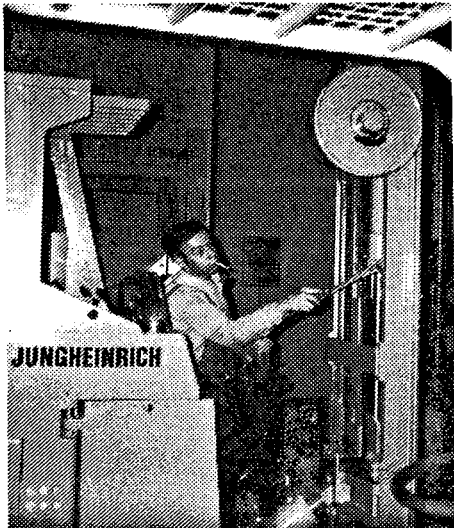
Jungheinrich Norderstedt

Arbeitsintensivierung, Entlassungen – Draufgezahlt hat die Belegschaft genug !

Hamburg. Die letzten Betriebsversammlungen im Jahre 1983 nutzte die Geschäftsleitung des Jungheinrich-Gabelstaplerkonzerns in Hamburg und Norderstedt, um der Belegschaft kräftig ins Gewissen zu reden. Die 35-Stundenwoche bringe eine Erhöhung der Kosten durch Neueinstellungen, das Unternehmen Jungheinrich sei dann nicht mehr konkurrenzfähig und müsse Pleite gehen. Deshalb würde Jungheinrich keinen einzigen neu einstellen, sondern noch stärker rationalisieren. Statt der 35-Stundenwoche solle man lieber die Arbeitszeit flexibilisieren, dadurch könnten Auftragschwankungen kostengünstig abgearbeitet werden.

Erscheinen diese Argumente auch widersprüchlich und konfus, so zeigen sie doch glasklar das klassenmäßige Interesse ihrer Vertreter: Was dem Profit nicht bekommt, wird abgelehnt!

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus muß die Rechnung anders ausse-



Diese Arbeit macht künftig die Pulverbeschichtungsanlage.

hen, wenn es um Für und Wider zur 35-Stundenwoche geht. Der Vertrauensleutkörper der IG Metall bei Jungheinrich hatte sich Ende des vergangenen Jahres darangemacht, das Arbeitsplatz-Argument auf Jungheinrich bezogen einmal auszurechnen. Man hatte Angst davor, ungeprüft mit der IG Metall-Parole an die Kollegen heranzutreten und später von den Kollegen, die zur Entlassung anstehen, zu hören: Wo sind denn nun eure Arbeitsplätze, die ihr uns durch Arbeitszeitverkürzung versprochen habt?

Zum Zeitpunkt der Berechnung im Juni 1983 arbeiteten in der Junghein-

rich Maschinenfabrik 1226 Kolleginnen und Kollegen. Mit dieser Beschäftigtenzahl können laut Geschäftsleitung 8400 Fahrzeuge pro Jahr ohne Überstunden und Kurzarbeit hergestellt werden. Ausgehend von dem „Auftrag“ der Geschäftsleitung an die Arbeitsvorbereitung, jährlich eine 6%ige Produktivitätssteigerung zu erreichen, konnte der VK ausrechnen, daß Ende 1984 demnach bei einer 40-Stundenwoche nur noch 1118 Kollegen für dieselbe Anzahl Geräte erforderlich seien, was eine Vernichtung von 108 Arbeitsplätzen zur Folge habe. Ende 1985 wären nur noch 1051 Kollegen nötig, also 175 Arbeitsplätze überflüssig. Bei einer 35-Stundenwoche wären Ende 1984 mehr als bisher, nämlich 1277 Kollegen erforderlich, um die 8400 Gabelstapler herzustellen. Es müßten also immerhin 51 Kollegen neu eingestellt werden.

Ende 1985 würden nun in Folge des weiteren Produktivitätszuwachses nur noch 1201 Kollegen gebraucht, das heißt, daß 25 Kollegen weniger als 1983 in der Firma arbeiten könnten. Also trotz der 35-Stundenwoche hätte der Produktivitätszuwachs den Beschäftigungseffekt aufgefressen. Um alle 1226 Arbeiter und Angestellte Ende 1985 beschäftigen zu können, bräuchten wir eigentlich die 34-Stundenwoche ab 1985, so schloß der VK.

Immerhin – der Schaden wäre unter den Bedingungen der 35- oder gar 34-Stundenwoche gemildert! Aber trotzdem ist diese Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn: die Kollegen, die ihre Arbeitsplätze behalten, müssen unter der Fuchtel der Kapitalisten – neue Maschinen verdichten die Arbeitsleistung – und unter der Konkurrenz der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt bei wachsender Arbeitslosigkeit nur intensiver arbeiten. Und als ob das erst Zukunftsmusik sei! Die letzten Jahre haben diese Tendenz bereits ausreichend bestätigt.

Durch „Freistellung in 1983“ im „Hause Jungheinrich“ haben 105 Kollegen ihren Arbeitsplatz bereits verloren. Für die Übriggebliebenen wird die Ausbeutung durch modernste Maschinen gesteigert. Bei der neuen Casto-Säge können die Vorgabezeiten in der Sägerei um 30% gekürzt werden, am Schweißroboter um 50%, in der Elektrofertigung und im Kabelbau um etwa 30%. Bei Systemgeräten plant die Geschäftsleitung etwa 12% weniger Stun-

denaufwand. Durch CAD will die Firma in der Konstruktion einen Beschleunigungsfaktor von 2,7 erreichen.

„Europas neuestes Gabelstaplerwerk“ in Norderstedt, zur Zeit in Bau, soll ab 1985 25-30% Rationalisierung bringen. Mit 15 EDV-Systemen, wie PAISY, Betriebsdatenerfassung und Produktionssteuerung, wollen die Kapitalisten die jederzeitige Erfassung der Kapazitätsauslastung erzielen, um sich so die Arbeitskraft verfügbarer zu machen. Diese elektronischen Systeme machen die flexible Arbeitszeit, jenseits aller tarifvertraglichen Bestimmungen, erst voll anwendbar. Die Personaldecke wird dann auch im Produktionsbereich viel knapper planbar.

Die Jungheinrich-Kapitalisten sind bei dieser gewaltigen Umstrukturierung bestens gefahren. Herausgesprungen sind dabei in den letzten Jahren allein 80 Mio. DM, mit denen in Norderstedt das neue Gabelstaplerwerk gebaut wird, und weitere 40 Mio., mit denen Jungheinrich den Vertrieb des Yale-Stablers geschluckt hat. Trotz der Absatzschrumpfung auf dem Gabelstaplermarkt hat sich der Marktanteil von Jungheinrich auf über 36% erhöht.

So besehen, kann es überhaupt nicht darum gehen, durch „Mitplanung“ von Arbeitsplätzen für die 35-Stundenwoche einzutreten, sondern dieser bereits unerträglichen Intensivierung der Arbeit muß durch die 35-Stundenwoche ein Riegel vorgeschoben werden. Daß die Kapitalisten diese Arbeitsplatzverkürzung bezahlen können, beweisen ihre Gewinnzahlen von selbst!

– (hht)

IG Metall

Umfrageergebnisse zur 35-Stunden-Woche

Augsburg. Eine erste örtliche Auswertung der Umfrage zur 35-Stunden-Woche bezieht sich auf 5981 Fragebögen, die aus 25 Betrieben ausgefüllt an die IGM-Ortsverwaltung zurückgingen. Von den 25 Betrieben fallen 6 in die Größenklasse 100-499 Beschäftigte, 6 in die Klasse 500-999 und 13 in die Klasse 1000-4999 Beschäftigte.

Danach beurteilen 16% ihre Arbeit als interessanter als früher, 18% als eintöniger; 30% als körperlich belastender, 11% als körperlich weniger belastend; 54% als nervlich und geistig anstrengender, 5% als nervlich und geistig weniger anstrengend; 18% als nicht viel anders als früher. 64% stehen „oft“ oder „ständig“ unter Streß und Leistungsdruck; genauso viel sind nach der Arbeit erst einmal für eine Weile oder für den ganzen Feierabend

erledigt. „Nach einem Arbeitstag fühle ich mich ... so abgespannt, daß ich einige Zeit brauche, um zu mir selbst zu kommen“: 45%; „... ausgepumpt, ich brauche den Abend, um mich zu erholen und für den nächsten Tag fit zu sein“: 19%.

Auf Grund dieser enormen Zunahme der Arbeitsbelastung bis hin zur Zerrüttung der Arbeitskraft, die aus diesen Zahlen spricht, werden als begleitende Maßnahmen zu einer Arbeitszeitverkürzung für notwendig gehalten: Überstunden und Sonderschichten einschränken: 59%, keine Arbeit mit nach Hause nehmen: 25%, das Arbeitspensum begrenzen und mit der Arbeitszeit herabsetzen: 23%, Arbeitsaufgaben bei kürzerer Arbeitszeit auf zusätzliche Arbeitsplätze verteilen: 44%. Als zusätzliche Forderungen „über die 35-Stunden-Woche hinaus“ wurden von den im Fragebogen aufgeführten Möglichkeiten angekreuzt: „Weitere – zusätzliche – Verkürzung der Arbeitszeit (z.B. Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze durch den Ge-

setzgeber)“: 67%, „Mehr Einflußnahme auf die technische Entwicklung/Schutz vor den Folgen der Rationalisierung“: 37%, „Staatliche Beschäftigungsprogramme (z.B. Umweltschutz, Wohnungsbau, Fernwärme, soziale Dienste)“: 34%.

Neben der reinen Arbeitszeit wird durch unbezahlte Pausen-, Wasch- und Umkleidezeiten der Arbeitstag verlängert. 32% befinden sich über 9 Stunden im Betrieb, darunter 7% über 9 ½ Stunden. Dazu kommen Wegezeiten: zwischen 30 und 60 Minuten 31%, bis zu 90 Minuten 9%, über 90 Minuten 4%. Die letzten Endes zur Reproduktion zur Verfügung stehende Zeit wird von 68% als zu kurz betrachtet: Die Zeit für Entspannung und Erholung, für persönliche Interessen und Hobbys ist „oft zu kurz“: 45%, „in der Woche immer zu kurz“: 23%.

Bei den statistischen Fragen wurde u.a. angekreuzt: Arbeiter(in) 74%, Angestellte(r) 25%, regelmäßige Schichtarbeit ja 17%, andauernd im Leistungslohn ja 36% – (pef)

einkommen in vielen Fällen noch auf mehrere Personen. Wohngeld beziehen 5%, Sozialhilfe 2%.

Einkommen

bis 250 DM	2%
250- 499 DM	4%
500- 749 DM	6%
750- 999 DM	12%
1000-1499 DM	22%
1500-1999 DM	14%
2000-2499 DM	12%
über 2500 DM	13%

Schlee hebt besonders hervor, daß 61% der Befragten „im eigenen Haus“ leben. Wie die Tabelle zeigt, sind die Belastungen (im wesentlichen Abzahlung an Banken etc.) für diese Eigentumswohnungen überdurchschnittlich hoch. Das gleiche gilt für die Mieter unter den Befragten: 31% der Mieter und 14% der Eigentümer in der Einkommensgruppe bis 999 DM müssen mehr als 400 DM im Monat für Miete bzw. Abzahlung verwenden; das sind 40% und mehr des Einkommens. Auch bei höherem Einkommen macht die Miete bei 42% der Befragten fast 30% des Einkommens aus. Die Ausstattung der Wohnungen ist nach der Befragung durchschnittlich, allerdings haben nur 67% fließend Warmwasser.

Trotzdem, so Schlee, seien die Befragten mit ihrer Wohnung zufrieden, weil 84% die Frage „Würden Sie gern woanders wohnen?“ verneint hätten. Welche Logik, angesichts der Tatsache, daß die Hälfte der alten Menschen schon 26 Jahre und länger in diesen Wohnungen leben und daß die Mieten in Städten noch höher liegen. Zudem sind mehr als 20% mit dem Zustand ihrer Wohnung nicht zufrieden: Die Wohnungen sind zu laut und zu kalt, renovierungsbedürftig.

Über den Gesundheitszustand ergab sich u.a. folgendes: 29% leiden an Herz-Kreislauf-Erkrankungen und 18% an Erkrankungen des Bewegungsapparates. 47% sind auf ständige ärztliche Behandlung angewiesen, 16% mußten innerhalb eines halben Jahres mehr als zehnmal den Arzt aufsuchen.

Das nach diesen Zahlen in vielen Fällen offenkundige Elend wird durch Familienunterstützung etwas aufgefangen, ein übriges tun Angst und „Bescheidenheit“. Eine Begründung dafür, warum die Untersuchung auf ländliche Räume begrenzt blieb, gibt Schlee nicht.

So zeigt eine Untersuchung in Freiburg, daß dort 54,6% aller Wohngeldbezieher Rentner sind, das sind etwa 20% aller Rentner in Freiburg. Allein 4/5 aller Rentner in Baden-Württemberg hatten schon 1977 weniger als 700 DM pro Monat an Familieneinkommen. Die Quadratmeterpreise der Wohnungen dieser Rentner liegen zwi-

Baden-Württemberg

Sozialminister Schlee: „Alter ist nicht gleich Armut“

Freiburg. Alter sei „heute keineswegs mehr gleichzusetzen ... mit Armut oder Hilfsbedürftigkeit“, behauptet Schlee im Vorwort einer „Repräsentativbefragung“ über die „Lebenssituation älterer Menschen in Baden-Württemberg“. Die Untersuchung zeige, „daß die Integration der älteren Menschen in den Familien ... sehr gut“ sei, die Großfamilie sei für viele Menschen auf dem Land „immer noch die Lebensgemeinschaft, in der einer für den anderen da ist“. Sie sei das „größte Hilfspotential im Alter“. Den meisten Menschen in den untersuchten Landkreisen Böblingen, Enzkreis, Emmendingen und Sigmaringen ginge es so gut, daß nur wenige auf öffentliche Hilfe angewiesen seien. Für letztere

forciere die Landesregierung den Ausbau der mobilen Dienste, der Sozialstationen, der Haus- und Altenpflege.

Die Auswertung der Befragung selbst zeigt jedoch schon ein anderes Bild: Von den Befragten waren 36% (Fach-)Arbeiter, 31% Angestellte, 9% Landwirte und 11% Selbständige (letzter ausgeübter Beruf). 83% der Männer und 49% der Frauen waren länger als 31 Jahre beschäftigt. Das Haushaltseinkommen der Befragten verteilt sich wie folgt:

Von den Alleinstehenden haben ca. 20% ein Einkommen unter 750 DM, von den Verheirateten 13% unter 750 und 32% unter 1500 DM. Da 68% der Befragten in Mehrpersonenhaushalten leben, verteilt sich das o.g. Haushalts-

Monatsmiete u. Belastung für eigenes Haus in % vom Einkommen

Miete	monatliches Einkommen DM				
	bis 999	1000-1499	1500-1999	2000-2499	über 2500
bis 199	13	3	3	0	2
200-399	35	33	24	11	13
400-499	15	25	24	24	9
500-599	9	13	18	18	15
über 600	7	16	27	42	56
Belastung					
bis 199	20	14	11	10	10
200-399	22	32	27	26	25
400-499	5	10	13	12	13
500-599	3	4	10	11	14
über 600	6	9	14	25	29

schen 4 und 12 DM, das sind Mieten zwischen 230 und 500 DM. Bei einem Einkommen von 700 DM und zusätzlich Wohngeld zwischen 140 und 200 DM ist eine Wohnung für 300-500 DM nicht mehr finanzierbar.

Schlee geht es um folgendes: „Für diejenigen älteren Menschen, die auf familiäre Hilfe nicht zurückgreifen können, aber auch zur Entlastung der pflegenden Familienangehörigen ist der Einsatz von institutionellen Hilfsdiensten von unschätzbarem Wert. 5% der älteren Menschen werden teils konstant, teils gelegentlich von Sozialstationen, von der Nachbarschaftshilfe oder von ‚Fahrbaren Essensdiensten‘ betreut ...“. Auch hier könnten dann gelegentliche Sozialhilfe, Wohngeld, kostspielige Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte „eingespart“ werden. Ein paar Gemeindeschwestern tun's auch.

Quellenhinweis: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg, Die Lebenssituation älterer Menschen. Ergebnisse einer Repräsentativerhebung in Baden-Württemberg, Stuttgart 1983 – (ulb)

Betriebsrenten Arbeiter gegen Angestellte ausgespielt

Hannover. Die bisherige Regelung der betrieblichen Altersversorgung bei der Conti (Reifen und Gummiprodukte) sieht so aus: Die Arbeiter erwerben pro Beschäftigungsjahr einen Anspruch von 1,75 DM pro Monat „Treuegeld“. Für die Angestellten besteht seit über 30 Jahren eine Pensionskasse, die von der Conti rechtlich getrennt ist. Nur durch die Zahlungen der Conti – hinzukommen eigene Pflichtzahlungen – erwirbt jeder Angestellte einen Anspruch von 14,40 DM monatlich pro Beschäftigungsjahr. Nach 40 Arbeitsjahren bei der Conti erhält ein Arbeiter 70 DM monatlich Treuegeld, der Angestellte – nur aus den Firmenzahlungen – 576 DM monatlich aus der Pensionskasse. Seit Jahren fordern deshalb die Arbeiter eine bessere Regelung bzw. eine finanzielle Gleichstellung mit den Angestellten.

Die Antwort der Geschäftsleitung: Wir sind auch für eine Gleichbehandlung, haben auch ein Interesse an einer Neuregelung. Wir werden aber keinen Pfennig mehr zahlen als bisher; was nichts anderes heißt als: Streitet euch untereinander, wieviel die Angestellten weniger und die Arbeiter mehr kriegen!

Die jetzt unterschriftsreif vorliegende Betriebsvereinbarung sieht vor, daß die Pensionskasse dichtgemacht wird und alle einen durchschnittlichen Anspruch von 3,50 DM pro Beschäfti-

gungsjahr erwerben. Da dieser Betrag auch noch entsprechend dem Einkommen gestaffelt werden soll (das war bei den bisherigen Regelungen praktisch nicht der Fall), heißt das für die unterste Lohngruppe gerade 2,08 DM, für die oberen Gehaltsgruppen über 6 DM. Hauptnutznießer dieser Regelung ist die Conti. Ohne einen Pfennig mehr als in den vergangenen Jahren zu zahlen, gehen die Gelder jetzt in die Firmenrückstellungen und nicht mehr an die Pensionskasse, auf deren Vermögen die Conti keinen Zugriff hat, und dies Vermögen ist mit 350 Mio. DM inzwischen größer als das Grundkapital der Conti mit 270 Mio. DM.

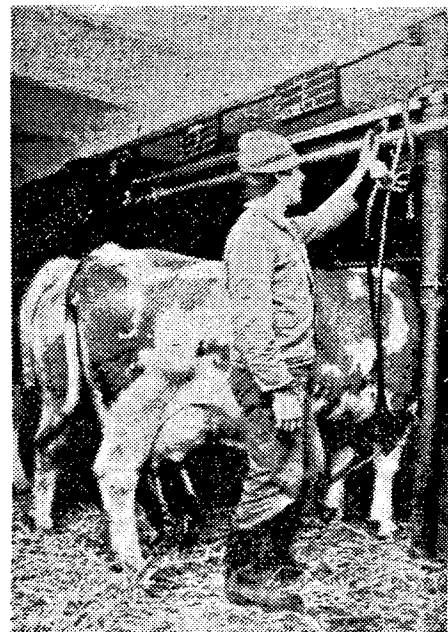
Im Gegensatz zu großen Teilen der über 4000 Angestellten unterstützt der Betriebsrat die Betriebsvereinbarung mit der Begründung, daß die Verhandlungsbedingungen in den nächsten Jahren noch schlechter werden, da u.a. durch einseitigen Beschluß der Geschäftsleitung seit einem Jahr die neu-eingestellten Angestellten (ca. 300) nicht mehr in die Pensionskasse aufgenommen werden und es möglich ist, daß die monatlichen Zahlungen der Conti an die Pensionskasse sich durch Beitragssenkung weiter verringern – damit die von der Geschäftsleitung zugestandene Verteilmasse. Diesen Druck der Geschäftsleitung müßte der Betriebsrat mit Gegendruck beantworten, statt sich auf eine Regelung einzulassen, die in erster Linie der Conti nutzt und einen gefährlichen Weg eröffnet, nämlich die berechnete Forderung nach Beseitigung der Schlechterstellung von Teilen der Belegschaft zu lösen auf Kosten eines anderen Teils der Belegschaft. – (gea)

Bauern Niedrigeinkommen trotz „Rekordergebnis“

Dachau. Einkommenssteigerungen der Bauern um fast 30 Prozent vermeldete die Presse anläßlich der Veröffentlichung des „Situationsberichts 1983“ des Deutschen Bauernverbandes. Der Bayerische Bauernverband (BBV) rückte dieses „Rekordergebnis“ mit einer Pressemitteilung ins rechte Licht. Danach sind 1982/83 die Einkommen in den bayerischen Haupterwerbsbetrieben mit einer Durchschnittsgröße von 21,4 ha zwar um durchschnittlich 19,7 Prozent verbessert worden. Dieser Zuwachs erfolgte aber auf dem sehr niedrigen Niveau des Vorjahres mit 18377 DM „Gewinn“ pro Familienarbeitskraft. Trotz der Steigerungen wurden also 1982/83 nur 21922 DM „Gewinn“ erwirtschaftet, d.h. vor Abzug der Steuern und Sozialversicherung.

Die Aufwärtsentwicklung habe sich 1983/84 bereits wieder in einen drastischen Abwärtstrend umgekehrt, so daß heuer nur knapp das schlechte Ergebnis von 1981/82 erreicht werde.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen, so BBV-Präsident Sühler, lasse sich zutreffend nur im Mehrjahresvergleich darstellen: „Im Durchschnitt der vergangenen drei Wirtschaftsjahre lag der Gewinn je Familienarbeitskraft in den vom Bauernverband ausgewerteten Haupterwerbs-



Kiechle bereitet weitere Einkommensenkung für Milchbauern vor.

betrieben bei 19197 DM. Im davor liegenden Drei-Jahres-Zeitraum ist ein Einkommen von 19032 DM erwirtschaftet worden. Im Grunde habe sich also in den letzten drei Wirtschaftsjahren keine Verbesserung ergeben ... sei real sogar eine Einkommensverschlechterung eingetreten.“

Selbst die Angaben des BBV geben die Lage unzureichend wieder, denn die Hälfte der bayerischen Bauern betreibt Höfe mit 10-20 ha und liegt um 20 Prozent unter den Durchschnittseinkommen.

Die Einkommensverbesserungen hätten zu einer Verstärkung der Nettoinvestitionen um 37% geführt; was die Bauern jedoch vom „Reineinkommen“ investierten, fehle ihnen zum Leben: „Einem bayerischen Bauern, der von seinem Reineinkommen von knapp 22000 DM fast 8000 DM für Nettoinvestitionen ausgab, blieben demnach noch knapp 14000 DM übrig. Davon waren die Steuern sowie die Beiträge zur Krankenversicherung und zur Alterssicherung zu bezahlen. Für den Lebensunterhalt verblieb also nur der Rest.“

Quellenhinweis: bbv-Pressedienst 16.12.83; Bayerischer Agrarbericht 1982 – (usc)

Asylpraxis in Westberlin

„Normales Leben minus Freiheit“ — sieben Tote in vier Monaten

Westberlin. Vier Monate nach dem Tod von Kemal Altun sind in der Silvesternacht sechs Menschen, alle widerrechtlich in den Käfigen des Abschiebegefängnisses Augustaplatz gefangen gehalten, an Zyanidvergiftung gestorben. Wieviele von den zahllosen Asylbewerbern, die, mit oder ohne Asylverfahren, bereits wieder an ihre Henker abgeschoben wurden, vielleicht inzwischen auch schon tot sind, weiß man nicht. Richard von Weizsäcker entpuppt sich wahrhaft zunehmend als würdiger Nachfolger des jetzigen Bundespräsidenten, von dessen Vergangenheit man nicht sprechen darf.

Von den 42 zu Silvester am Augustaplatz gefangenen Abschiebekandidaten befanden sich zwölf schon länger als drei Monate, einer fast ein Jahr lang in Abschiebehaft — ohne Hofgang (es gibt nur ein winziges Plateau mit Mauer und Stacheldraht), ohne Radio, ohne Zeitung, ohne Beschäftigung. Teilweise zwanzig Personen verschiedener Herkunft und Sprache sind so in einem Käfig zusammengepfercht und werden wie Schwerverbrecher gehalten.

Die Protestdemonstration der Gefangenen war durchaus nicht die erste

bekanntgewordene verzweifelte Widerstandstat aus dem Gefängnis Augustaplatz. Im Oktober 1982, nach den Massakern in den Palästinenserlagern im Libanon, konnte eine Gruppe von Palästinensern nur durch einen kollektiven Selbstmordversuch ihre drohende Auslieferung stoppen. Im August 1983 traten 36 Häftlinge für 25 Tage in Hungerstreik dagegen, über Wochen und Monate wie Vieh im Zwinger eingekerkert zu sein. Sogar der Vorsitzende des parlamentarischen Innenausschuß Lippschütz (SPD) mußte die Verhältnisse nach einer Begehung des Gefängnisses als „katastrophal und untragbar“ kennzeichnen. Es sei kaum verwunderlich, wenn unter diesen Bedingungen „sowohl Bewacher wie Bewachte durchdrehen“ (Tagesspiegel, 24.8.83).

„Durchdrehen“ ist ein übles Wort in diesem Zusammenhang. Es verlagert einen Teil der Verantwortung für die Vorkommnisse in angebliche psychische Schwäche der Einzelnen. Den so Eingekerkerten ist längst fast jede Möglichkeit des wirksamen Kampfes gegen ihre Lage genommen. Daß die brennenden Matratzen tödliche Dämpfe entwickeln, war den sechs Menschen

in dem Käfig mit Sicherheit nicht bekannt. Ob der Polizist, der, wie jetzt wohl feststeht, zu diesem Zeitpunkt allein war und die Türen nach der Brandlegung verschlossen hat, die Folgen seiner Tat einkalkuliert hat, weiß man nicht genau. Was man aber weiß, ist, daß Innensenator Lummer viel an einer aufgeputzten Polizeimeute liegt. Die Praxis der berüchtigten Westberliner Ausländerpolizei ist teilweise noch nicht einmal von den reaktionären Gesetzen und Verordnungen für das Asylverfahren gedeckt. Gewöhnlich bezeichnet man so etwas als ungesetzlich. Das Abfangen von einreisenden Ausländern auf U-Bahnhöfen und ihre sofortige Wiederabschiebung ohne Möglichkeit des Antrags auf Asyl ist im bürgerlichen Sinne rechtswidrig. Die Ausübung per Anhörung der Asylbewerber durch die Ausländerbehörde ist nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.81 unzulässig, da ausschließlich das Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge dafür zuständig ist. Faschisten können sich im Polizeiapparat relativ ungestört tummeln. Der Weizsäcker-Senat hat bislang noch jeden Vandalismus und jeden Terror dieser Polizei gedeckt.

Die bürgerliche Öffentlichkeit ihrerseits arbeitet schon seit Jahren daran, daß von Asylbewerbern nur noch unter den Rubriken von Kriminalität, Belastung und Kostenfaktor berichtet wird. Mit dieser gezielten Isolierung der Asylananten soll verhindert werden, daß die

Abschiebepaxis des Westberliner Senats

Zur „Dämpfung der Asylanantenflut“ ist dem Senat jedes Mittel recht. Daß dabei die bestehenden Gesetze nicht immer beachtet werden, störte ihn bislang wenig. Da werden Ausländer, die aus ihrer Heimat geflohen sind und die über den Flughafen Schönefeld (DDR) nach Westberlin einreisen, in der U-Bahn von einer speziellen Polizeieinheit AGA (Arbeitsgemeinschaft Ausländer) festgenommen und in Abschiebehaft gebracht. Einen Asylantrag können sie dann oft nicht mehr stellen, da die Polizei bzw. der Haftrichter für Asylanträge nicht „zuständig“ sind.

In § 13 des Ausländergesetzes heißt es: „Ein Ausländer ist abzuschieben, wenn seine freiwillige Ausreise nicht gesichert erscheint. Die Abschiebung soll schriftlich angedroht werden ...“ Die Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen, wird den Einreisenden praktisch genommen; daß sie freiwillig nicht wieder ausreisen, wird unterstellt, und eine schriftliche Aufforderung ist nicht notwendig, da sie

ja bereits in Haft sind. Statt Asyl folgt Abschiebung. Die Haft, die nur kurz sein darf, dauert oft mehrere Monate.

Mit welchen Methoden der Senat vorgeht, schildert Innensenator Lummer selbst am 9.6. 1983 im Abgeordnetenhaus: „Es gibt Menschen, die mit zwei Pässen herumlaufen. Wir sind geradezu gezwungen, sie erkenntungs-



dienstlich zu behandeln, damit wir sie unterscheiden können, weil sie uns dauernd bemogeln ... Die Erfahrung hat uns dahin gebracht zu erwarten, daß eine Abschiebung über Schönefeld nicht funktioniert, weil sie nicht kontrolliert werden kann, wenn sich — wie in diesem Falle — eine Person als nicht ausreisewillig gezeigt hat.“ In diesem Falle handelte es sich um ein sechzehnjährige Türkin, die in die Abschiebehaft für weibliche Ausländer, das Frauengefängnis, gesteckt wurde, und die beim Haftprüfungstermin ihre freiwillige Ausreise über Schönefeld erklärte hatte.

Für die nächste Zeit hat die Senatsverwaltung für Inneres eine „freiwillige“ Massenabschiebung geplant. An alle Asylbewerber aus Sri Lanka hat Lummer zu Weihnachten einen Brief geschrieben, in dem sie mit Hinweis auf ihre „rechtliche und tatsächliche Situation“ zur freiwilligen Rückkehr aufgefordert werden. Im Sommer '81 bereits hatte der Senat 129 Tamilen „freiwillig“ abgeschoben, von denen ein Großteil in Sri Lanka direkt auf dem Flughafen bei Ankunft festgenommen wurde.

Arbeiterbewegung erkennt, daß es sich bei diesen verfolgten ausländischen Arbeitern, Bauern und werktätigen Intellektuellen vielfach um ihre Verbündeten handelt, Teile der objektiv bestehenden internationalen Kampffront gegen Imperialismus und Reaktion, die sich gegenseitig unterstützen müssen. Denn die sogenannte Abschreckungspolitik Lummers ist nichts anderes als Ausdruck des politischen Interesses des gesamten Weizsäcker-Senats, dem Finanzkapital und seiner Imperialisten-Lobby freie Bahn gegen jeden Widerstand im Innern wie von Seiten anderer Völker zu walzen, sei es in Westberlin, in der Türkei, im Nahen Osten oder sonstwo. Völlig in Kenntnis und öffentlich demonstrierter Übereinstimmung mit dem Lummerschen Terror gegen die Asylbewerber erklärte Richard von Weizsäcker am 9. Juni 1983 zynisch im Abgeordnetenhaus: „Die Politik des Senats im Bereich der Asylbewerber weist notwendige und deutliche Erfolge aus.“

Daß die SPD (und z.Zt. weitgehend auch die AL) die Kritik an der Asylpra-



Das „normale Leben minus Freiheit“ am Augustaplatz

xis des Senats in den Bahnen des parlamentarischen Ritus hält und höchstens wieder einmal der Rücktritt Lummers gefordert wird, so berechtigt das ist, – daß sie Richard von Weizsäcker in der Kritik der Asylpraxis aus der Verantwortung heraushält und damit ihre politische Taktik seiner Unterstützung als Bundespräsident jeder Stellungnahme zur Sache überordnet, wirft ein bezeichnendes Licht auf ihr politisches Interesse und ihre politische Moral. Solange der DGB-Vorstand zu den Ereignissen und ihren Zusammenhängen schweigt, muß er dafür kritisiert und unter politischen Druck gesetzt werden, damit er sich zumindest dagegen äußert.

Protest gab es am 2. Januar in einer spontanen Demonstration von ca. 1000, an der auch viele Ausländer, vor allem Tamilen, teilnahmen. Das Abschiebegefängnis Kruppstraße, in dem

die Insassen nach Bekanntwerden des Todes der sechs Ausländer am Augustaplatz in Hungerstreik traten, und in dem ähnliche Verhältnisse wie am Augustaplatz herrschten, mußte inzwischen geschlossen werden. Gegen die Asylpraxis des Weizsäcker-Senats veranstalteten der Flüchtlingsrat Berlin und andere vom 20. bis 22.1. ein öffentliches Hearing.

Quellenhinweis: Verschiedene Untersuchungen des Flüchtlingsrates Berlin; Landespressediens; Abgeordnetenhausprotokolle; taz; Die Wahrheit, jeweils diverse Ausgaben – (doz, ann).

Nahverkehr Rhein-Ruhr Fahrpreiserhöhungen – weitere Plünderung

Essen. Seit dem 1. Januar sind die Fahrpreise des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) um 4 bis 7% teurer geworden. Prozentual wurden die Fahrpreise für den Tarifbereich II mit 6% bis 7% am stärksten erhöht. Es sind dies von Essen aus Fahrtstrecken in die Randbezirke der Stadt und in die direkt angrenzenden Städte Bochum, Bottrop, Oberhausen, Gelsenkirchen u.a. Die Wochenkarte ist um 1,50 DM auf 22,50 DM und die Monatskarte um 6 DM auf 90 DM erhöht worden. In den Tarifbereichen III bis V gab es Preiserhöhungen für Wochenkarten von 1,50 bis 2 DM und für Monatskarten von 5 bis 8 DM.

Die Fahrpreise für den Tarifbereich I, der das jeweilige Stadtgebiet ohne Randbezirke umfaßt, sind nicht erhöht worden. Der Einzelfahrschein kostet 1,80 DM, die Wochenkarte 14,50 DM und die Monatskarte 58 DM. Schon 1982 war die Monatskarte – die 1982 54 DM kostete – erheblich teurer als in anderen Städten und Verkehrsverbundsystemen wie z.B. München, Stuttgart oder Westberlin.

Am stärksten trifft die Fahrpreiserhöhung des VRR diejenigen Lohnabhängigen, die weite Wegstrecken zur Arbeit haben und auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, weil der Lohn für das Auto nicht reicht. Nach Erhebungen aus der letzten Volkszählung 1970 (neuere Daten liegen nicht vor) arbeiten 47213 Lohnabhängige in Essen, die nicht dort wohnen, also täglich pendeln müssen. Die meisten kommen aus Gelsenkirchen, Mülheim, Bottrop, Gladbeck, Bochum, Oberhausen, Duisburg, Wattenscheid, Hattingen, Dortmund.

Umgekehrt pendeln 33401 Lohnabhängige, die in Essen wohnen, zur Arbeit in andere Städte; zum größten Teil in die oben genannten, direkt angrenzenden Städte. Von 80000 „Ein- und Auspendlern“ benutzen etwa 24000 öffentliche Verkehrsmittel, um zur Arbeitsstelle zu kommen.



VRR-Fahrpreise ab 1.1.84 4-7% teurer.

Die Wegstrecken des größten Teils dieser Lohnabhängigen liegen im Tarifbereich II, d.h. sie müssen jetzt 6 DM mehr für eine Monatskarte zahlen. Genauso diejenigen, die in den Randbezirken der Stadt wohnen.

Die Monatskarten für Arbeitslose hat der VRR verbilligt. Sie bezahlen für den Tarifbereich I 40 DM (sonst 58 DM), für den Tarifbereich II 59 DM (sonst 90 DM) und für den Tarifbereich III 73 DM (sonst 116 DM). Verschiedene Arbeitsloseninitiativen sehen das als einen „begrüßenswerten Anfang“. Aber „was wir wollen, ist eine ermäßigte Einzelfahrkarte“, sagen sie und fordern diese auch für Schüler, Studenten und Sozialhilfeempfänger.

– (mab)

NATO-Truppenstatut Gemeinde protestiert gegen Übungsanlage

Bielefeld. Ganze 300 m vom Ortsrand der ostwestfälischen Gemeinde Augustdorf entfernt will die britische Rheinarmee Anfang dieses Jahres mit dem Bau einer „Stadtkampf-Übungsanlage“ beginnen. Ein „niedersächsisches Bauerndorf“ soll es sein, mit 90 Häusern, einer Kirche, einem Friedhof und einem Kriegerdenkmal – „im Rahmen der NATO-Strategie“, sagen die Briten. „Anti-Guerillaübungen“ sollen dort abgehalten werden – auch nachts. Nicht zu Unrecht fragen sich die Bewohner, ob diese Anlage nicht als Trainingsstätte für den Krieg in Nordirland genutzt werden soll: Den Belfaster Häuserkampf übt die Rheinarmee seit Jahren schon in einem versteckten Ruinendorf nahe der Gemeinden Schlangen und Bad Lippspringe. Häuserkampf, Straßenkampf und Kleinkrieg etwa gegen im Krieg revol-

tierende Bevölkerung kann genausogut geübt werden.

Bei den Bewohnern von Augustdorf gibt es heftigen Widerstand gegen dies Projekt. Laut der Bielefelder Tageszeitung „Neue Westfälische“ handele es sich aber nicht um *grundsätzlichen* Protest, sondern dieser richte sich nur gegen die befürchtete Lärmbelästigung. Das Bielefelder „StadtBlatt“ (1/84) hat nachgeforscht: dies ist die Meinung des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat Greulich: „Die könnten das Dorf doch am anderen Ende der Senne bauen ...“

Das Maß der Lärmbelästigung, das die Augustdorfer seit Jahren durch den nahegelegenen britischen Truppenübungsplatz erdulden müssen, ist schon lange voll. Kaum 500 m vom Ort entfernt liegt schon jetzt eine Panzerschießanlage. Manchmal starten und landen pausenlos Phantom-Flugzeuge, die ihre Übungsmunition auch über dem Gemeindegebiet abschießen.

Am 15. Dezember verabschiedete der Gemeinderat einstimmig eine Resolution, in der die Bürger zur Gründung von Bürgerinitiativen aufgerufen werden: „Aktiver Widerstand nicht ausgeschlossen“. Greulich: „Notfalls gibt es öffentlichen Widerstand wie bei der Startbahn West.“

Die britische Rheinarmee lehnt jede Stellungnahme zu dem Bau ab. Bisher wurden die Augustdorfer in der Regel gar nicht von den Plänen der Briten informiert. Aufgrund des sog. Truppenstatuts von 1961 und Zusatzabkommen haben die Engländer die „Verwaltungshoheit“, obwohl sie nicht Eigentümer des Truppenübungsgeländes sind. Ein Mitspracherecht für betroffene Gemeinden gibt es nicht – nur „Abstimmung“ mit dem Bundesverteidigungsministerium. – (küm)

Niedersachsen CDU erschwert politische Bildung

Hannover. Zum 1. Januar des Jahres hat die CDU noch eine Novelle des Erwachsenenbildungsgesetzes durch den niedersächsischen Landtag gepeitscht. Wurden vorher Seminare der politischen Bildung zu 100% gefördert, später durch Haushaltsbegleitgesetz nur noch zu 85%, so ist jetzt die Förderung auf 70% begrenzt. Der Anteil bezieht sich dazu nicht auf die tatsächlichen Kosten, sondern auf einen Pauschalbetrag, der diese nicht deckt. Folglich werden sich die Teilnehmerbeiträge drastisch erhöhen. Politische Bildung wird wieder ein Privileg derer, die es sich leisten können. Zum „Ausgleich“ hat die CDU aber dafür gesorgt, daß

jetzt zusätzlich „die wert- und normorientierte sowie Familienbildung“ ebenso bezuschußt wird. Weniger Seminare über Arbeitsrecht, Betriebsverfassung, Sozialrecht oder Faschismus, dafür mehr über katholische Familienlehre etc. – das ist ganz im Sinne dieser Reaktionäre um Ernst Albrecht.

Eine weitere Änderung betrifft die Landeszuschüsse für Personal- und Verwaltungskosten. Diejenigen Einrichtungen, die nach dem Gesetz als förderungswürdig galten, erhielten z.T. die Personalkosten in voller Höhe erstattet. In Zukunft werden sie nicht mehr nach der geleisteten Arbeit, sondern nach einem Einwohnerschlüssel unterstützt. Dies trifft besonders die Volkshochschulen, die sich in hohem Maße aus Zuschüssen finanzieren. Den



Gewerkschaftsschule der IG Bergbau und Energie

Kirchen dagegen ist es erleichtert, für die Verbreitung ihrer Familienideologie auch noch zu kassieren. Die Anerkennung neuer *unliebsamer* Träger der politischen Bildung ist durch die Novelle leicht zu verhindern.

Zum 1. Januar 1985 soll eine Änderung des niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes folgen. Arbeiter und Angestellte sollen statt auf zehn nur noch auf acht Tage bezahlte Freistellung innerhalb von zwei Jahren Anspruch haben; Auszubildende sogar nur noch auf fünf Tage. Bisher müssen die Kapitalisten den Bildungsurlaub gewähren, wenn ihn noch nicht 25% der Belegschaft in Anspruch genommen haben, künftig sollen sie ablehnen können, wenn die Gesamtzahl der Freistellungstage im Betrieb das 1,5fache der Zahl der Arbeitnehmer übersteigt. Bildungsurlaub im Kleinbetrieb ist damit unmöglich. Zusätzlich soll ein Negativkatalog geführt werden: Yoga, Pantomime u.ä. soll nicht mehr zugelassen sein. Hat man erst einmal einen Negativkatalog, lassen sich weitere Veranstaltungen nach gusto aufnehmen. – (ulm)

Sozialhilfe ÖTV gegen Zwangsarbeit

Hamburg. Nach den § 19ff. Bundessozialhilfegesetz sollen vom Staat Arbeitsgelegenheiten für Sozialhilfeempfänger geschaffen werden, die keine Arbeit finden können bzw. deren „Arbeitsbereitschaft“ geprüft werden soll.

Wird Gelegenheit zu „gemeinnütziger und zusätzlicher“ Arbeit geschaffen, kann neben der Weiterzahlung der Sozialhilfe das übliche Arbeitsentgelt (nur bei den als Pflegekräften eingesetzten Hilfen) oder eine zusätzliche Mehraufwandsentschädigung zwischen 1 DM und 1,50 DM bei vier oder sieben Stunden täglich gewährt werden. Es wird kein Arbeitsverhältnis im Sinne der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung begründet. Wird die Arbeit verweigert, steht es im Ermessen des Sozialamts, ob die Zahlung u. U. gekürzt oder gleich ganz gestrichen wird.

Bis zum Frühjahr 1983 mußten in Hamburg bis zu 500 Sozialhilfeempfänger in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, davon alleine 60 bis 80 auf Stellen im Pflegebereich und 180 bis 200 auf den Betriebsplätzen, arbeiten.

In einer Presseerklärung vom 18. November 1983 lehnt der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV den Einsatz von Sozialhilfeempfängern auf Kosten von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst strikt ab.

Rechtliche Schritte werden erwogen, dieser „beschäftigungspolitisch verfehlten und sozialpolitisch fragwürdigen Entwicklung entgegenzutreten, da beobachtet wird, daß die Arbeitsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern rapide zunehme. Dabei handelt es sich um Aufgaben, die eigentlich von regulären Arbeitskräften im öffentlichen Dienst geleistet werden müssen“, wie z.B. das Reinigen von Straßen, Putzen, Kochen, Nähen und Waschen in Pflegeheimen und Krankenhäusern, Pflegearbeiten in Parks, auf Friedhöfen und Spielplätzen. „Das Heranziehen von Sozialhilfeempfängern finde dort überall statt, wo Planstellen im öffentlichen Dienst gestrichen werden ... das Sozialhilferecht soll nicht zum Mittel der Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik mißbraucht werden.“

Die Stellungnahme der ÖTV war seit Jahren überfällig, sie nützt den Beschäftigten in der Auseinandersetzung mit dem Dienstherrn um mehr Planstellen.

Quellenhinweis: Presseerklärung des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV vom 18.11.1983 – (veb)

Mit Kreuzschmerzen und kaputten Füßen im Dienst der abendländischen Kultur

40-Stundenwoche? Schon, aber wie.
München. Wenn um 8.30 Uhr der Laden geöffnet wird, hat man schon rund 1 Stunde Weg hinter sich. Es steht ein Arbeitstag bevor, der nach 18.30 Uhr zu Ende sein wird, mit einer Stunde Mittag und 2 mal 10 Minuten Pause. Zu Hause wird man etwa um 19.30 Uhr sein. Dazu an vier langen Samstagen das Jahr über arbeiten und nochmals an vier in der Vorweihnachtszeit. Letztere als Überstunden. In den sechs Wochen um Weihnachten nahezu täglich Überstunden. Einzelne sind bis 20, 21 Uhr im Betrieb und machen in diesen Wochen 60 und mehr Überstunden.

Trotz dieser Arbeitszeiten – rechnerisch existiert die 40-Stunden-Woche. Erreicht wird sie im Durchschnitt von drei Wochen. Verschiedenartige Freizeitregelungen stellen dies sicher. Allen

hält ein Anfänger nach der Ausbildung, einschließlich „freiwilliger Zulagen“, 1630 DM. Ein solcher Kollege ist 25 Jahre alt, hat in der Regel Abitur und oft eine abgebrochene Hochschulbildung. Sechs Jahre später hat er den Endlohn erreicht, tariflich derzeit 2325 DM, das sind netto knapp über 1500 DM. Darüber hinaus gehts dann nur noch durch Aufstieg, wobei höhere Positionen mit ansehnlichen Zulagen dotiert sind. 500 DM legen die Kapitalisten da schon drauf und machen die Einheit im Lohnkampf „unnötig“.

Die Willkür der Zulagenbemessung hat in der Buchhandlung Kaiser bereits zu scharfen Auseinandersetzungen geführt. Die Veröffentlichung der einzelnen Zulagen am Schwarzen Brett (ohne Namen) und der Tarifgruppenstruktur ermöglichte jedem einzelnen Kollegen, seine Stellung im Lohngefü-

Bei genanntem Lohnniveau ist jede Mark wichtig. Zu niedrigen Tarifierhöhungen kommen betriebliche Zulagenkürzungen. Bei Kaiser konnten diese vom Betriebsrat zwar hinausgezögert und geringer gehalten, aber nicht verhindert werden. Betrug 1979 die Durchschnittszulage noch 130 DM, so ist sie inzwischen auf 30 DM abgesunken. Fahrgeldersatz wird nur noch zu $\frac{2}{3}$ geleistet und das Essensgeld pro Arbeitstag ist auf 75 Pfennig geschrumpft.

Zum Trost ein schöner Arbeitsinhalt?

Im Gegensatz zur Propaganda, der Buchhändler sei – im Unterschied zu einem Verkäufer von Kochtöpfen oder Handtüchern – „Träger abendländischer Kultur“, besteht die Tätigkeit im Ermitteln der Lieferbarkeit und im Transportieren von Büchern. Die überwiegende Mehrzahl der Kunden fragt gezielt nach Titeln, die sie aus der Werbung kennen. Das gewünschte Buch ist ihnen herauszusuchen, vom Lager zu holen, an die Kasse zu tragen. Das schlechte Schleppen von Büchern ist der Hauptinhalt der Tätigkeit, ob einzeln oder in Stapeln von einem halben Zentner Gewicht. Schleppen, in die Regale einräumen, sortieren, nachbestellen, auspacken, schleppen. Der Suhrkamp-Verleger Unseld, nicht einer der Ärmsten, rechtfertigte kürzlich die Arbeitsbedingungen in der Branche mit der geistigen Erfüllung, die der Beruf vermittele.

Gesundheitsschädigung zwangsläufig

Die Art der Tätigkeit bedingt nahezu ständiges Stehen. Krampfadern, schmerzende, nach einigen Jahren kaputte Füße, sich steigende Müdigkeit und Bandscheibenschäden sind üblich. Zum Schleppen und Stehen kommen die räumlichen Verhältnisse, die Enge, die schlechte Luft. Messungen des Betriebsrats in der Buchhandlung Kaiser ergaben Spitzenwerte von 32 Grad Wärme bei einer Luftfeuchtigkeit von 30%. Dazu der scharfe Bücherstaub in der Luft, der sich auf die Schleimhäute legt. Viele Kollegen, auch schon die jüngeren, haben Schwierigkeiten mit den Atemwegen, sind das ganze Jahr über erkältet. Eine Entlüftungsanlage fehlt aus Kostengründen, so daß im Laufe des Tages der Sauerstoff immer weniger wird. Ein nicht meßbarer, aber die Nerven angreifender Faktor ist der Druck, der von den Kunden ausgeht. Da kann der Kapitalist völlig im Hin-



Um den Umsatz zu erhöhen, werden die Beschäftigten vor die Ladentür geschickt. Im Winter wird in Mantel und Stiefeln gearbeitet.

gemeinsam ist ein Arbeitsrhythmus, der den Erholungswert einschränkt und die sozialen Beziehungen beeinträchtigt. Am schlechtesten solche Modelle, die zu zwei Stunden Mittagspause zwingen. Am günstigsten noch ein System rollierender freier Tage.

„Treu und gewissenhaft dem Prinzipal zu dienen ...“ Für wieviel?

Noch in den 60er Jahren mußte in Niedersachsen dieser Spruch beeidet werden, um die Gehilfenprüfung zu bestehen. In der Münchner Buchhandlung Kaiser, die mit über 70 Beschäftigten zu den großen Betrieben zählt und im Jahr 8-10 Mio. DM Umsatz macht, er-

ge zu erkennen. Der Kapitalist ließ dies gerichtlich verbieten und drohte dem Betriebsrat die Eröffnung eines Strafverfahrens an. Vor dem Landesarbeitsgericht hat der Betriebsrat jetzt einen Spruch erwirkt, der ihm ein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung von Kriterien für Zulagen zuspricht. Vielleicht ist in den nächsten Monaten dadurch der Despotismus des Kapitalisten zu brechen, der für gleiche Tätigkeiten einmal gar keine, ein andermal 200 DM Zulage gibt und der unliebsamen Betriebsräten mit der Begründung „mangelnder Solidarität mit der Firma“ die Zulage streicht.

„Leben im Jahrhundert der Weltkriege“ Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1983

Mit Manès Sperber ehrte der „Deutsche Buchhandel“ einen Literaten, dessen „Werk eine konsequente Abgabe an jede menschenverachtende Ideologie“ darstelle. Deutlicher der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann: „Sein Werk ist eine Kampfansage gegen jede Tyrannei, es ist eine Warnung vor falscher Nachgiebigkeit gegenüber den Feinden der Freiheit“.

Der Preisträger weiß sich zu bedanken. „Ja, ich habe bereits in meiner Kindheit den Krieg hassen gelernt. Doch gerade im Hinblick auf jene Jahre und auf die aggressiven Kundgebungen der heutigen Pazifisten kann ich mich nicht als einen der ihnen ansehen.“ Denn er, der den Krieg hassen gelernt hat, haßt auch den Selbstmord. Und selbstmörderisch sei, die westliche Aufrüstung abzulehnen. Strebe doch die Sowjetunion an, „sich bis zu den Ufern des atlantischen Ozeans, ja, wenn möglich, über die ganze Erde auszubreiten.“

Die HBV-Fachgruppe in München hat gegen die Verleihung des „Friedenspreises“ an diesen Aufrüster protestiert. In einem – nicht veröffentlichten – Leserbrief an das Verbandsorgan des „Deutschen Buchhandels“ weist sie darauf hin, daß

die Sperbersche Grundthese schon den Faschisten zur Rechtfertigung ihres Angriffskrieges gedient habe. „Europa“, sagt Sperber, ist „ungefährlich“ geworden. „Es hat aufgehört, eine Kolonialmacht zu sein, keinerlei Eroberung kann es mehr locken.“ Die Fachgruppe weist auf die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt hin, auf die „Friedenstruppen“ im Libanon, den Falkland-Krieg, die Wiedervereinigungsansprüche für ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Sperber hätte gerne eine „Änderung der Verhältnis-



Kollegen in der HBV wenden sich gegen Rüstung und Kriegsvorbereitung

se“: „Polen, ein kulturell okzidentales Land, ist nicht mehr europäisch, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien sind es nicht mehr.“ Die HBV-Fachgruppe fragt: „Wie anders, Herr Sperber, stellen Sie sich vor, diese Länder dem westlichen Europa einzuverleiben als mittels westdeutscher Panzer und amerikanischer cruise missiles?“

Wenige Tage nach der Preisverleihung konnte F.J. Strauß auf einer Aufrüstungskundgebung am Münchner Marienplatz Sperber zum Zeugen für die Notwendigkeit der Raketenstationierung anrufen. Sperber: „Europa wird sich nicht dank masochistischer Wehrlosigkeit, sondern nur dann aus den Konflikten (zwischen Amerika und Rußland) heraushalten können, wenn es selbst eine Supermacht geworden sein wird. Wir müssen leider selbst gefährlich werden, um den Frieden zu wahren ... Das ist unsäglich traurig, jedoch unvermeidlich ...“

Sperber tritt nicht als Kriegshetzer auf. „Ich bin ein alter Revolutionär, der den Hoffnungen, die er begraben mußte, treu geblieben ist.“ Das macht ihn für den Kapitalistenverband wertvoll. Die HBV-Fachgruppe hat den „Börsenverein“ aufgefordert, die Verleihung des Preises zurückzunehmen.

Quellenhinweis: „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“, 83/83, „Fachgruppeninfo“ 3/83 der HBV-Fachgruppe Buchhandel und Verlage, München

tergrund bleiben, wenn ein Verkäufer inmitten von drei Kunden steht, die alle schnell bedient werden möchten. Auf einem Raum von 10 qm findet bei Kaiser z.B. die Auslieferung der bestellten Bücher an die Kunden und der Verkauf von über 500 verschiedenen Kalendern statt. In diesem Raum halten sich gewöhnlich drei Kollegen zum Bedienen von rund zwölf Kunden auf.

1/3 der Belegschaft ist „freisetztbar“

Auf dem Buchmarkt befinden sich rund 500000 lieferbare Titel. Ihre Ermittlung, Bestellung, Lagerkontrolle werden noch „von Hand“ erledigt, sind personalintensiv. Daher sollen alle Buchhandlungen, die sich das leisten können, mit einer zentralen Bestellanstalt verkabelt werden. Mit dem System kann sowohl bibliographiert als auch bestellt werden. Über ein Warengruppensystem werden die in die Buchhandlung eingehenden Titel EDV-erfaßbar, mittels Computerkassen kann die Kontrolle des Lagerbestandes und die automatische Nachbestellung nach Kriterien der Umschlagsgeschwindigkeit geregelt werden.

Der Betriebsrat von Kaiser hat errechnet, daß auf diese Weise rund 1/3 der Belegschaft überflüssig würde. Die

ersten beiden Computer stehen bereits im Betrieb. Als „Befreiung von lästigen Routinearbeiten“ hat die Rationalisierung einen Boden in der Belegschaft. Seit einem Jahr versucht der Betriebsrat erfolglos, eine Betriebsvereinbarung zum Schutz vor den Folgen der Computerarbeit zu erreichen. „Wissenschaftlich gesicherte Erkennt-

nisse“ über Gesundheitsschädigungen liegen laut Rechtsprechung nicht vor. Und noch sind negative Folgen nicht greifbar. Noch gibt es keine Augenschäden, noch sitzt niemand den ganzen Tag am Gerät, noch tut das Kreuz nicht mehr weh als sonst auch. Noch ist niemand im Zusammenhang mit der Maschine entlassen worden. – (enh, ror)



Suhrkamp-Kapitalist Unseld feiert mit Ministerpräsident Vogel, die BI-Belegschaft streikt für den Erhalt der Tarifverträge.



Seit Jahren: Kampf um Tarifverträge

In der BRD gibt es rund 2000 Verlage, 5000 Buchhandlungen und Buchverkaufsstellen, ferner den Zwischenbuchhandel als Besorgungsdienst.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Literaturindustrie ist gering. Der Gesamtumsatz der Branche ist mit 8 Mrd. DM (1981) gerade so groß wie der eines einzigen größeren Kaufhaus-Konzerns. Einige wenige Unternehmen beherrschen den Markt, noch nicht 10% aller Verlage vereinigen über 75% des Umsatzes auf sich. Im Zwischenbuchhandel gibt es nur noch 2 Firmen von überregionaler Bedeutung. Die Großverlage wie Bertelsmann und Springer sowie die großen Zwischenhändler expandieren zunehmend ins Ausland.

Bei den Buchhandlungen herrschen die Kleinbetriebe vor. 80% haben weniger als 5 Beschäftigte und weniger als 1 Mio. DM Jahresumsatz. Trotz vieler Betriebsschließungen nimmt die absolute Anzahl der Buchhandlungen zu. Der Staat schützt die Branche durch Erhebung nur der halben Mehrwertsteuer und durch die Preisbindung, die sich auf den Konkurrenzkampf dämpfend auswirkt. Trotz ihrer wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit übt die Branche eine starke Wirkung auf die Ideologiebildung der öffentlichen Meinung aus. Rund 100000 Neuerscheinungen pro Jahr stellen gerade 1% aller zur Veröffentlichung produzierten Manuskripte dar.

Anders als in anderen Branchen sind die Kapitalisten des „herstellenden“ und des „verbreitenden“ Buchhandels in einem gemeinsamen Verband, dem „Börsenverein des Deutschen Buchhandels“, organisiert. Dieser Verband hat statutenmäßig festgeschrieben, nicht tariffähig zu sein. Seit vielen Jahren gibt es deshalb

Auseinandersetzungen mit den Beschäftigten, die sich innerhalb der Gewerkschaft HBV in Fachgruppen zusammenschlossen haben. Der Druck auf den Kapitalistenverband wurde in den 70er Jahren groß genug, um einzelne Landesverbände der Kapitalisten zum Abschluß von Tarifverträgen zu zwingen. Diese lagen um etwa 5% über dem Niveau des Einzelhandels. Im Laufe der Jahre gelang es, die Tarife überdurchschnittlich anzuheben, allerdings noch keineswegs auf ein industrielles Niveau. So ist die Forderung nach sechs Wochen Urlaub für alle in Bayern erst ab 1986 durchgesetzt. 1984 erfolgt über ein 13. Entgelt hinaus erstmals ein Einstieg ins Urlaubsgeld in Höhe von 5% eines Tarifentgelts.

Seit zwei Jahren versuchen die Kapitalisten nun, die tariflichen Mindestbedingungen wieder abzuschaffen. Inzwischen existieren lediglich noch in Bayern und Westberlin eigene Tarifverträge. Ansonsten schließen sich die Buchhandelskapitalisten dem Einzelhandelstarif, die Verlagskapitalisten dem Großhandelstarif an. Die HBV antwortet mit massiven Aktionen zum Erhalt der Tarife.

Gegenwärtig wird versucht, den fortgeschrittensten Tarif (in Westberlin) zu beseitigen. Die Beschäftigten antworteten mit Streikaktionen im Weihnachtsgeschäft, mit Kundeninformationen und Aufrufen zum Kaufboykott. Per einstweiliger Verfügung haben die Kapitalisten sämtliche Aktionen verbieten lassen. Sie werden dennoch durchgeführt. Allerdings ist es fraglich, ob die Beschäftigten sich durchsetzen können. Eine Anwendung des Einzelhandelstarifs hätte für einen durchschnittlich verdienenden Kollegen im Buchhandel einen Tariffabbau von 400 DM monatlich zur Folge.

Aus dem Entgelttarifvertrag für Bayern, 1982**Tarifgruppen I – VI**

Gruppe I: DM 1488 bis DM 1587 (Einfache Tätigkeiten, die nach Arbeitsanweisung ausgeführt werden ...)

Gruppe III: DM 1785 bis DM 2325 (Tätigkeiten, die im Rahmen allgemeiner Anweisungen ausgeführt werden. Voraussetzung sind erweiterte Kenntnisse und Qualifikationen, wie sie in der Regel durch abgeschlossene Berufsausbildung ...)

Gruppe V: DM 2929 bis DM 3258 (Tätigkeiten, die selbständig ausgeführt werden)

Gruppe VI: DM 3515 (Tätigkeiten, die besondere Anforderungen an die Selbständigkeit stellen)

Ausbildungsvergütung

1. Ausbildungsjahr: DM 655

2. Ausbildungsjahr: DM 707

3. Ausbildungsjahr: DM 747

Aus dem Manteltarifvertrag für Bayern, 1982**§6 Regelmäßige Arbeitszeit**

2. Für die im Sortiment beschäftigten Arbeitnehmer kann die wöchentliche Arbeitszeit auf 6 Tage verteilt werden ... Zur Erreichung zusammenhängender Freizeit erhalten die betroffenen Arbeitnehmer innerhalb von 4 Wochen an 4 halben Tagen arbeitsfrei, davon mindestens an einem, möglichst an 2 Samstagen.

7. Bei Tätigkeiten, die überwiegend Blickkontakt zum Bildschirm von mehr als 4 Stunden zusammenhängend erfordern, muß zur Entlastung der Augen entweder jede Stunde Gelegenheit zu einer 5minütigen oder alle 2 Stunden zu einer 15minütigen Unterbrechung dieser Tätigkeit bestehen ... Die Unterbrechung kann auch durch eine Steuerung des Arbeitsablaufs geschehen. Sie gilt auch durch bestehende und praktizierte Pausen als abgegolten.

§7 Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit

5 a) für Mehrarbeit bis 8 Stunden wöchentl. 25%

für Mehrarbeit ab der 9. Stunde wöchentl. 50%

b) für Nachtarbeit 50%

c) für Sonntagsarbeit 100%

für Feiertagsarbeit 150%

d) für Wechselschichtarbeit, bei der sich die Schichten turnusmäßig ablösen 15%

§8 Zusätzliche Leistungen

1982 = 85%; 1983 = 95%; 1984 = 105%; 1985 = 115%; 1986 = 120%

§9 Urlaubsdauer

Bis 1986 existiert die Trennung in bis 30jährige und über 30jährige. 1982 = 26/29; 1983 = 27/29; 1984 = 28/30; 1985 = 29/30; 1986 = 30 Tage für alle.

Forderungen der HBV zu einem Rationalisierungsschutzabkommen**§2 Grundsatz**

Durch Unternehmens- und Betriebsänderungen bzw. Rationalisierungsmaßnahmen, wie Veränderungen der Arbeitsinhalte, Arbeitsplätze, Arbeitsabläufe usw. können nachteilige Folgen für Arbeitnehmer entstehen. Die Tarifvertragsparteien vereinbaren deshalb dieses Abkommen, um diese nachteiligen Folgen möglichst zu vermeiden.

§6 Gesundheitlicher Schutz der Arbeitnehmer

Soweit die Maßnahmen mit veränderten Belastungen der Arbeitskraft verbunden sind, sind zwischen Arbeitgeber und dem Betriebsrat Vereinbarungen abzuschließen, die zum Ziel haben, Schäden insbesondere gesundheitlicher Art von den betroffenen Arbeitnehmern abzuwenden.

§8 Arbeitsplatzzerhaltung

1. Die von den Maßnahmen nach §3 dieser Vereinbarung betroffenen Arbeitnehmer haben grundsätzlich Anspruch auf einen – insbesondere nach Tarifgruppe und Entgelt – gleichwertigen Arbeitsplatz im Betrieb.

§9 Umschulung und Fortbildung

1. Erfordert die Erhaltung eines gleichwertigen Arbeitsplatzes im Sinne von §7 Maßnahmen der beruflichen Umschulung oder Fortbildung und ist der Arbeitnehmer bereit, an diesen teilzunehmen, so ist er für die Dauer der Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen unter Fortzahlung seiner Bezüge freizustellen.

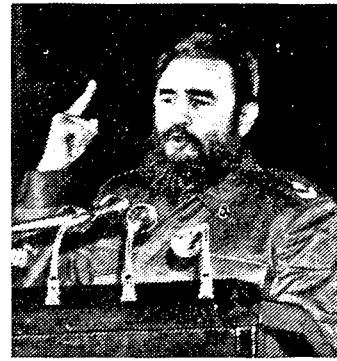


Ergebnisse des Contadora-Treffens

Die fünf mittelamerikanischen Staaten Honduras, El Salvador, Nicaragua, Guatemala und Costa Rica haben am letzten Wochenende nach zweitägigen Beratungen in Panama einen Vertrag abgeschlossen. Die Außenminister der Contadora-Gruppe Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama, die vor einem Jahr Vorschläge zur Beilegung der Konflikte in Mittelamerika vorgelegt hatten, luden zu der Konferenz ein. Beschlossen wurden Festlegungen im Hinblick u.a. auf eine Rüstungskontrolle, den Abzug ausländischer Militärberater, Einstellung jeder Art der Unterstützung von Gruppen, die an Aktionen gegen andere Regierungen teilnehmen, Verstärkung der Hilfeprogramme für mittelamerikanische Flüchtlinge und Ermöglichung ihrer Rückkehr, wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Konferenz beschloß die Einsetzung von drei Arbeitsausschüssen, die Vorschläge für Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, Politik und Wirtschaft machen sollen. Arbeitsprogramme und Terminpläne der Ausschüsse sollen bis zum 29.2.84 vorgelegt

Kuba: 25 Jahre keine Kolonie mehr

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der kubanischen Revolution wandte sich US-Präsident Reagan über den „Freiheitssender“ der US-Regierung an das kubanische Volk, um Konterrevolution zu propagieren. Zum Beginn der kubanischen Revolution – damit meint Reagan den Befreiungskrieg gegen die spanischen Kolonialherren und die damit verbundene Verwandlung Kubas in eine US-amerikanische Kolonie – hatten die US-Imperialisten großen Hoffnungen auf „den Beginn einer neuen Ära der Freiheit“. Diese Hoffnungen zerschlugen die kubani-



schen Arbeiter, Landarbeiter und Bauern 1959 gründlich. Angesichts der Tatsache, daß die US-amerikanische Invasion auf Grenada 27 kubanische Helfer das Leben kostete, gewinnen die weiteren Äußerun-

werden. Bis spätestens 30.4.84 sollen die Ergebnisse auf einer erneuten Außenministerkonferenz beraten werden. Costa Rica und Guatemala haben ihre Neutralität bekräftigt.

Argentinien: Preiserhöhungen

Die argentinische Regierung wird in den nächsten Tagen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Verhandlungen aufnehmen. Sie ist

schon im voraus Bedingungen des IWF nachgekommen. Der geltende Preisstopp für Grundnahrungsmittel wurde aufgehoben, die Benzinsteuern um 30% und die Schwerölpreise um 10% erhöht. Verbunden damit steigen die Tarife für die Personenbeförderung. Ab Ende Januar sollen freiwerdende Stellen im Staatsapparat nicht mehr besetzt werden. Die argentinische Regierung hat angekündigt, Staatsbetriebe zu privatisieren.

gen Reagans drohenden Charakter: „Seit 1959 seid ihr aufgerufen, ein Opfer nach dem anderen zu bringen. Und wofür?“ – Teilweise immer noch, um den Überfallsdrohungen der USA standhalten zu können, stellte Fidel Castro am 1. Januar während der Feiern zum Jahrestag der Revolution fest. „Die Freiheit, eine Kolonie zu sein, hat uns nicht satt gemacht, hat uns nicht Lesen und Schreiben gelehrt, hat uns zu Arbeitstieren degradiert“, kommentierte die Zeitung der KP Kubas. Die Weltbank rechnet Kuba zu den Ländern mit der besten Nahrungsversorgung in der Dritten Welt, Lesen und Schreiben können fast alle.

US-Ölarbeiter vor einem Lohnstreik

Für die 50000 Mitglieder der US-Gewerkschaft OCAW (Öl-Chemie-, Atom-Arbeiter-Gewerkschaft) in der Ölindustrie lief der Lohntarifvertrag am 7. Januar 1984 aus. Die Gewerkschaft hatte das letzte Angebot der Kapitalisten, 3,3% durchschnittliche Lohnerhöhung für die nächsten zwei Jahre, abgelehnt. Die ACAW fordert eine deutliche Lohnerhöhung in jedem der beiden kommenden Jahre. Vor dem Auslaufen des Vertrages hatte sich die Gewerkschaft bereit erklärt, bis zum 11. Januar die Verhandlungen mit den Kapitalisten von Gulf Oil, Texaco, Exxon, Shell, Mobil und anderen Konzernen fortzuführen. Falls bis zum 11. Januar kein Abkommen vereinbart ist, wird die OCAW über Kampfmaßnahmen beschließen. Die Arbeiter der Haupttraffinerien der Ölgesellschaften Gulf Oil und Shell hatten schon früher abgestimmt und sich dabei für Streik ausgesprochen.

Talbot-Konflikt: Nichts ist entschieden

Drei Wochen nach dem Abkommen zwischen der Leitung des Peugeot-Konzerns und der Regierung (1905 Arbeiter des Talbot-Werkes in Poissy sollten entlassen werden, jedoch eine staatlich geförderte Umschulung erhalten) ist weiterhin nichts geklärt. Die Peugeot-Kapitalisten haben das Werk am 6.1. geschlossen und drohen mit dem Konkurs von

Talbot; die Arbeiter erhalten gegenwärtig keine Lohnzahlungen. Wann die Produktion wiederaufgenommen wird und mit welcher Belegschaft ist ungewiß; Peugeot verweigert Verhandlungen mit den Gewerkschaften über das Abkommen, 20000 demonstrieren am 6.1. in Paris zur Unterstützung der Talbot-Arbeiter. Die Gewerkschaft CFDT hatte

es nach Neujahr abgelehnt, „unsere Verantwortlichkeit und Handlungsfähigkeit an eine Regierung abzugeben, auch wenn sie links ist“, neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften gefordert und erneuten Streik propagiert. Die Mehrheit der ausländischen Arbeiter – seit zehn bis fünfzehn Jahren ausgebeutet, die Kräfte verbraucht, ohne Berufsausbildung – sah keine Chance in Umschulung, war gegen Entlassung überhaupt und für Streik; die im Werk starke CGT wollte auch neue Verhandlungen, jedoch ohne Streik und lehnte das Abkommen nicht rundweg ab. Die Folge: Der Streik begann gespalten und am 5.1. inszenierten die Kapitalisten mit Hilfe der gelben Gewerkschaft CSL, leitenden Angestellten und Meistern unter Parolen wie „Araber in die Seine“ brutale Angriffe auf die Streikenden. Bereitschaftspolizei griff ein, der Streik wurde abgebrochen und sodann ausgesetzt. Die Regierung versucht, erneute Verhandlungen in Gang zu setzen.



Belgien: Stahlarbeiterlöhne sollen fallen

Senkung der Nominallohne aller Stahlarbeiter um 8% in zwei Jahren, dann ein zweijähriger Lohnstopp; 8000 Entlassungen und Frühverrentungen: das sind die Schwerpunkte des „Sanierungsprogramms“, das die belgische Regierung jetzt für den Stahlkonzern Cockerill-Sambre veröffentlicht hat. Wenn die Gewerkschaften nicht zustimmen, will die Regierung die Lohnsenkungen gesetzlich erzwingen.

Das Siedlerregime versucht, die unabhängigen Gewerkschaften zu zerschlagen

Das südafrikanische Siedlerregime reagiert auf die Fortschritte der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung mit brutaler Unterdrückung. Über 5000 Gesetze und Verordnungen bieten die Grundlage für die Verhaftungen von Hunderten afrikanischer Gewerkschaftsfunktionäre und anderer Gewerkschaftsmitglieder. Verurteilungen zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen, Folter bis zur Vernichtung der Opfer, Verurteilungen, um Aussagen zu erzwingen, sind die Mittel, die der staatliche Gewaltapparat einsetzt, um die unabhängigen Gewerkschaften wieder zu vernichten. Es gibt keinen afrikanischen Gewerkschaftsfunktionär, der nicht verhaftet, gebannt oder zu empfindlichen Strafen verurteilt worden ist. – Wir dokumentieren im folgenden einige typische Meldungen über die Verfolgung afrikanischer Gewerkschaftsmitglieder, zusammengestellt aus den Veröffentlichungen des Internationalen Verteidigungs- und Hilfsfonds (International Defence and Aid Fund of Southern Africa, IDAF). Dieser Organisation gehören Kirchen und Politiker verschiedener Parteien an, sie hat ihren Sitz in Großbritannien.

Statistik der Unterdrückung

„Die Unterdrückung von Gewerkschaftern war besonders heftig in der Periode seit 1979.

– Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren in den zweieinhalb Jahren zwischen April 1981 und September 1983: Insgesamt 400 Gewerkschafter, darunter 56 Organisatoren und Sprecher. Einer starb in der Haft ...

– Polizeieingriffe in Auseinandersetzungen in der Industrie: Nach Angaben des Polizei-Ministers wurde die Polizei 1981 und 1982 in 358 Fällen zu Warnstreiks, Streiks und Auseinandersetzungen gerufen. In vielen Fällen wurden Treffen der Arbeiter von der Polizei angegriffen oder zerschlagen (alle Versammlungen auf öffentlichem Gelände sind seit 1976 verboten). Im Juli 1982 wurden 3000 Minenarbeiter zwangsweise vertrieben und in die Reserve geschickt.



Beerdigung des von der Polizei zu Tode gequälten Gewerkschaftsfunktionärs Neill Aggets am 13. Februar 1983. 85000 Arbeiter streikten.

– Gerichtsverfahren: Im Verlauf der Jahre 1981 und 1982 waren mehr als 1600 Arbeiter angeklagt wegen Delikten, die aus Auseinandersetzungen oder Gewerkschaftsaktionen herrührten. (Diese Zahlen erfassen nur Fälle, die in der Presse veröffentlicht worden sind.)“

Verfahren gegen Philip Dlamini, Sekretär der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter

„Neun Personen ... erschienen am 23. November 1982 vor dem Johannesburg Magistrate's Court, beschuldigt des Verstoßes gegen das Gesetz zur Inneren Sicherheit ... (Darunter) Philip Dlamini ...“

„Prozeß gegen Lilian Keagile ... Der Staat vermutet, daß Keagile an Aktivitäten des ANC teilnahm ... Der Generalsekretär der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter, Philip Dlamini (31) wurde für 18 Monate inhaftiert, weil er sich weigerte vor Gericht eine Aussage zu machen. Er war dreimal als Zeuge geladen, aber jedes Mal weigerte er sich, auszusagen ... Dlamini ist seit Mai letzten Jahres wegen anderer Anklagen in Haft.“

„... (20. April 1983) Fünf andere, die mit den vier Verurteilten angeklagt waren, wurden freigesprochen. Sie sind ... Philip Dlamini. Dlamini wurde nicht freigelassen, weil er eine 18monatige Haft absitzt.“

Unterdrückung der Bergarbeiter

„29 Minenarbeiter, die während eines Streiks in der Eastern Transvaal Mine festgenommen wurden, haben mehr als sieben Monate im Gefängnis verbracht, weil sie die Kautions von 1000 Rand (ca. fünf Monatslöhne, der Verf.) nicht aufbringen können. Ihr Verfahren soll im November stattfinden. Die Bergarbeiter sind wegen öffentlicher Gewalttätigkeit angeklagt.“ (November

1982, die Minenarbeiter waren im April 1982 festgenommen worden, im Juli 1982 konnten die afrikanischen Minenarbeiter zum ersten Mal seit 40 Jahren die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durchsetzen, d. Verf.)

„29 Minenarbeiter ... sind Anfang Januar immer noch in Haft, weil sie die Kautionsbedingungen nicht erfüllen können. Eine der Bedingungen ist, daß ihre Reisedokumente hinterlegt werden. Weil sie aus Lesotho und der Transkei sind, können sie nicht nach Hause zurückkehren, noch können sie in ihr Arbeitslager zurückkehren, weil sie entlassen sind. Der Grund für die Prozeßverschiebung sind Schwierigkeiten der Anklage, ernstzunehmende Zeugenaussagen aufzuspüren.“

„Elf Bergarbeiter ... sind zu insgesamt 27 Jahren Haft ... verurteilt worden, als sie am 14. März vor dem Magistrate's Court von Evander erschienen ... Sie gehören zu 29 Bergarbeitern, die nach einem Streik in der Gencor Mine in Winkelhaak festgenommen wurden. Gegen 13 wurde die Anklage zurückgezogen, ein Mann war im Krankenhaus, vier erschienen nicht zum Prozeß. Fünf erhielten drei Jahre Gefängnis, davon die Hälfte auf fünf Jahre ausgesetzt, fünf erhielten zwei Jahre, ebenfalls die Hälfte auf fünf Jahre ausgesetzt, einer erhielt zwei Jahre, ausgesetzt auf neun Monate.“

Quellenhinweis: Focus on political Repression in Southern Africa, hg. v. IDAF, erscheint zweimonatlich, Ausgaben Nr. 44 bis 49; IDAF Briefing Paper on Southern Africa Nr. 9, Nov. 1983, Repression of Trade Unionists in South Africa – (uld)

Türkei

Armut wächst – Imperialisten erfreut

In der Grundschule Ulus in Ankara wurde bei einer ärztlichen Untersuchung festgestellt, daß 75 von 100 Grundschulern krank waren. Dies berichtete die Zeitung „Günaydin“ im Oktober '83. Seither hat sich die Lage der armen Bevölkerung noch drastisch verschlechtert. Gleich nach den Wahlen zum Parlament am 6.11., die mit dem Sieg der Mutterlandpartei von Turgut Özal endete, wurden, wie vom Internationalen Währungsfonds (IWF) verlangt, die Erdölpreise um 15% erhöht. Dies und die Ankündigung der Freigabe der Zinsen durch die neue Regierung bewirkten eine Verteuerung, die sich wellenartig über das ganze Land ausbreitete. Die Benzinpreise erhöhten sich um 14%, die Fahrtkosten mit dem Omnibus um 17%, Brot um 14%, Margarine um 8%, Milch um 33%, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch im Dienstleistungssektor wurden die Preise erhöht, z.B. die Eintrittsgelder

für die Badeanstalten. AEG hatte wie andere Firmen auch Preiserhöhungen für den 1.12.83 angekündigt und startete im November eine Kampagne im Fernsehen unter dem Motto „Willst Du etwas kaufen, dann ist es höchste Zeit.“

Noch vor Weihnachten nahmen verschiedene BRD-Kapitalisten zur Wahl Özals Stellung. Verwaltungspräsident Albert Bilen von Türk-Henkel AG: „Die Türkei ist für deutsche Unternehmer ein sicheres Land geworden.“ Verwaltungsratspräsident Berendt von Bayer-Türk Chemie AG: „Es wird Wert auf exportorientierte Investitionen gelegt.“ Und der MAN-Delegierte Koswig von der MAN Lastwagen und Autobus AG: „Die Bedingungen in der Türkei sind günstig für neue Investitionen.“

Inzwischen haben Turgut Özal und seine Regierung auf den Druck der Imperialisten reagiert. Das neue Wirtschaftsprogramm ist bekannt gegeben worden. Unmittelbare Maßnahmen sind: Die Bestimmungen für Auslandsinvestitionen wurden erleichtert, wobei der Höchstbetrag für Investitionen auf



Landarbeiterinnen in Anatolien

2 Mio. Dollar pro Anleger festgesetzt wurde. Unternehmen, die für mehr als 50 Mio. Dollar Waren ausführen, erhalten dabei größere Steuernachlässe als Unternehmen mit geringeren Exporten. Der Verkauf auf entfernte Märkte wie die USA und Japan soll durch die Subventionierung des Transports gefördert werden. Zum ersten Mal ist die legale Einfuhr von Luxusautos, Farbfernsehgeräten und schottischem Whisky möglich, was darauf hindeutet, daß die Bourgeoisie gepflegt werden soll. Und für die Bevölkerung erhöhte die Regierung „zur Finanzierung der Liberalisierungspolitik“ mit Wirkung zum 1.1.84 die Preise für Alkohol und Zigaretten um 11 bis 50%.

Quellenhinweis: Handelsblatt vom 9./10.12.83, 22.12.83 und 2.1.84; Türkei Informationsdienst Nr. 71 v. 19.12.83; Tatsachen aus der Türkei Nr. 18 Nov./Dez. 83 – (eve)

Grenada Anbindung an US- Bedürfnisse

Nachdem die US-Imperialisten am 25. Oktober 1983 Grenada überfallen und die Regierung beseitigt hatten, sind jetzt die Maßnahmen zur Konsolidierung der imperialistischen Herrschaft über die Insel im Gange. Strauß hat bei einem „Privatbesuch“ auf Grenada die westeuropäischen und BRD-Imperialisten aufgefordert, hier nicht zurückzustehen, und bereits Zusicherung für eine Beteiligung der BRD gegeben.

Truppen der USA sind entgegen ursprünglichen Zusicherungen immer noch da (rd. 2300 Soldaten). Die Polizeiaufgaben nehmen im wesentlichen Einheiten der sechs Staaten der Organisation Ostkaribischer Staaten wahr.

Offensichtlich um die Anwesenheit der US-Imperialisten auf Grenada auch für die Zukunft abzusichern, tritt jetzt eine „Bürgerinitiative“ auf, bei der ca. 6000 Grenader eine Resolution unterschrieben haben, in der der Überfall begrüßt und für die Zukunft eine Assoziation mit den USA gefordert wird. Das Commonwealth, dessen Mitglied Grenada ist, habe versagt gegen die kubanisch-sowjetische Infiltration. Die US-Truppen sollten fünf Jahre im Land bleiben und die für Ende 1984 vorgesehenen Wahlen verschoben werden. Bis jetzt hat sich die US-Regierung nicht direkt dazu geäußert. Sicher ist, daß die US-Imperialisten versuchen, die Zeit der Interimsregierung zu nutzen, um ihnen genehme Bedingungen auf Grenada zu erzwingen. Die staatlich unterstützte US-Entwicklungshilfeorganisation „Peace-Corps“, die jetzt den US-Truppen nach Grenada folgt, soll die Umstrukturierung vorantreiben.

Selbstverständlich soll auch die allgemeine Besserstellung der Bevölkerung Grenadas ein Ende haben, denn der vormalige Premierminister Bishop habe „allgemeine Wohltaten“ eingeführt, die sich „das Land schon damals nicht leisten konnte“ (FAZ, 31.12.83). Das war z.B. freie Milch für Schulkinder und Berufsausbildung für Plantagenarbeiter.

Die staatliche Entwicklungshilfeorganisation der USA, Agency of International Development (AID), wirbt jetzt für die „interessanten Geschäftsgelegenheiten in großer Anzahl“ in Grenada. Auf einer Konferenz von rund 125 Konzernvertretern machten diese deutlich, unter welchen Umständen sie an ein „Grenada-Geschäft“ denken würden: Umwandlung der Wirtschafts- und Infrastruktur, Repri-
vatisierung des staatlichen Wirtschaftssektors, Orientierung des grenadischen

Außenhandels an US-Bedürfnissen. Schritte dahin hat die US-Regierung bereits eingeleitet. Der US-Kongress hat 15 Mio. \$ Wirtschaftshilfe für Grenada bewilligt, um den privaten Dienstleistungs- und Wirtschaftssektor zu beleben und die Infrastruktur kapitalistischen Anforderungen anzupassen (allein 700000 \$ wurden vorab für Straßenbau bereitgestellt). So kann die USA gleichzeitig den Ausbau der Insel zum Militärstützpunkt über Mittel- und Südamerika betreiben.

Quellenhinweis: Wireless Bulletin from Washington, 21.12.83; UZ, 28.12.83; FAZ, 24. u. 30.12.83; Archiv der Gegenwart, 46-48/83 – (cog)

Jugoslawien Schulreform gescheitert?

„Die Schulausbildung bei uns ist zunächst obligatorisch, dann ein wenig orientiert, um schließlich völlig ungewiß zu werden.“ Mit diesen ironischen Worten leitete die Zeitung „Politika“ im Dezember 1982 eine kritische Bestandsaufnahme der seit 1974 durchgeführten Schulreform in Jugoslawien ein. Ziel der Reform war es, die traditionelle Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit abzubauen. Dazu wurden die ehemaligen Gymnasien, Handels- und Berufsschulen abgeschafft. An ihre Stelle traten Ausbildungszentren der berufsorientierten Bildung, die die Schüler nach der einheitlichen achtklassigen Grundschule besuchen. Die Absolvierung der ersten Phase (9. und 10. Klasse) stellt die Voraussetzung für fast alle Berufe dar. Ca. fünf Stunden pro Woche werden die Schüler direkt in die Produktion eingewiesen. In der zweiten Phase (11. und 12. Klasse) erfolgt die eigentlich berufsspezifische Ausbildung. Sie ist auch Voraussetzung für den Besuch einer Hochschule.

Wie nun mehrere Politiker in „Politika“ feststellen, wurden die Ziele der Reform nicht erreicht. Die Verbindung von Unterricht und Ausbildung in der Produktion scheitert oft daran, daß die Betriebe auf ihre Ausbildungsfunktion nicht vorbereitet seien. Deshalb erlernen die Schüler ihre praktischen Fähigkeiten v.a. in den Ausbildungszentren. Jedoch sind z.B. in Serbien nur 38% dieser Zentren mit eigenen Werkstätten ausgestattet. Dazu „Politika“:

„Es hat sich gezeigt, daß die Schüler nach dem Abschluß der berufsbezogenen Ausbildung etwas mehr Allgemeinbildung und fachlich-theoretisches Wissen besitzen, jedoch unfähig sind, dieses Wissen auch praktisch anzuwenden. Es fehlt ihnen an den notwendigen praktischen Fähigkeiten, um

sich in den Arbeitsprozeß einzugliedern ... Die Erklärung ist einfach: Es gibt zu wenig Stunden praktischen Unterrichts. Dazu wird ein Teil der Stunden schlecht oder überhaupt nicht genutzt, weil es an Lehrern, Unterrichtsräumen, Schulwerkstätten, Laboratorien oder Gerät fehlt.“



Die Mehrheit der Fachschulabsolventen will nicht in die Produktion.

Deshalb konnte bisher auch der Akademikerüberfluß nicht gestoppt werden. Etwa 60% aller serbischen Schüler schreiben sich nach Abschluß der berufsorientierten Ausbildung in Hochschulen ein, weil die Ausbildung sie nicht ausreichend für einen Beruf befähigt und weil Facharbeiter im Vergleich zu den begehrten „Kanzleiberufen“ immer noch schlecht bezahlt sind. Ab 1983 wurden Verbesserungen der praktischen Ausbildung beschlossen. U.a. sollen die Unterrichtsstunden in Produktionsarbeit erhöht werden und den Schüler zu einfachen Arbeitsoperationen in seinem Fach befähigen.

Quellenhinweis: Südost-Europa 2/83; Politika 17.-26.12.98 – (lsc)

UdSSR Andropow fordert höhere Arbeitsleistungen

Am 26. und 27.12. beriet das ZK der KPdSU den Wirtschaftsplan 1984 und billigte die vom Ministerrat der SU vorgelegten Planentwürfe einstimmig. Generalsekretär Andropow erläuterte in seiner dem ZK vorliegenden Rede:

„Der Plan ist in höherem Maße als bisher auf die Steigerung der Effektivität der Produktion orientiert. Stärker ist seine soziale Ausrichtung. Vorgesehen ist alles, was erforderlich ist, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes auf dem gebührenden Niveau aufrechtzuerhalten.“

Andropow schlägt zur Steigerung der Effektivität unter anderem vor:

„Wir sollten sowohl die Bewegung für die Erhöhung des Schichtkoeffizienten der Ausrüstungen als auch die für die Erreichung der projektierten Arbeitsaufwendigkeit wiederbeleben.“ Er beklagt am Beispiel der Charkower Traktorenfabrik, daß von 1980-82 „der Bestand an Werkzeugmaschinen in diesem Betrieb um neun Prozent gewachsen“, die Schichtarbeit aber abgenommen habe.

Tatsächlich können die Betriebsleitungen nur beschränkt die Schichtarbeit ausdehnen. Die Arbeitsgesetzgebung der UdSSR verlangt, daß die Arbeitszeiten in den Kollektivverträgen festgelegt werden, die die Betriebsleitungen mit den Betriebskomitees der Gewerkschaften abschließen. Somit muß die Betriebsleitung bei Einführung oder Ausdehnung z.B. von Wechselschicht die Zustimmung der Gewerkschaft haben. Die Einführung von Dreischicht-Betrieb wird durch das Arbeitsgesetz erschwert: Es verbietet Nachtarbeit (von 22 bis 6 Uhr) für Jugendliche unter 18 Jahren generell. Für Frauen ist sie „untersagt, mit Ausnahme jener Volkswirtschaftszweige, in denen sie durch besondere Notwendigkeit bedingt ist und nur als zeitweilige Ausnahme gestattet wird“ (Art. 69). Für männliche Arbeiter ist die tägliche Arbeitszeit bei Nachtarbeit um eine Stunde verkürzt.

Die gesetzlichen Mindestlöhne und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die einen Wechsel des Betriebes erleichtern, verhindern weitgehend, daß die Betriebsleitungen durch materiellen Zwang mehr Arbeiter in die Schicht treiben können.

Die KPdSU scheint die Betriebsleitungen mit der von Andropow angekündigten „Verbesserung der Wirtschaftsleistung“ gegenüber den Gewerkschaften stärken zu wollen. Andropow lockt die Arbeiter und das Leitungspersonal: bei einer höheren Arbeitsleistung komme die „stärkere soziale Ausrichtung“ des Plans 1984 zur Geltung mit einer Steigerung und qualitativen Verbesserung der Konsumgüterproduktion und des Systems der Dienstleistungen.

Schließlich erinnert Andropow in seinem Appell an die Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse mit dem Imperialismus:

„Angesichts der durch aggressive imperialistische Kreise verschuldeten jähren Zuspitzung der internationalen Lage wird die strikte Erfüllung des Staatsplanes nicht nur eine Aufgabe, sondern auch eine patriotische Pflicht jedes Sowjetbürgers, jedes Arbeitskollektivs ...“

Quellenhinweis: Nowosti, Dokumente, 27.12.83; Das politische und gesellschaftl. System der UdSSR, Quellenband, Pahl Rugenstein – (alk)

Neuwahlen in Dänemark Gewerkschaften unterstützen Sozialdemokraten

Am 10.1.1984 soll in Dänemark ein neues Parlament gewählt werden. Die rechte Minderheitsregierung (bestehend aus vier bürgerlichen Parteien) hatte Neuwahlen ausschreiben lassen, weil der Haushalt 1984 keine Mehrheit erhielt. Der rechten „Fortschrittspartei“, die vorher die Sparmaßnahmen mitgetragen hatte, waren die neuen Beschneidungen der öffentlichen Ausgaben noch zu gering: weitere 10 Mrd. Kr. wollte sie einsparen. Zugeständnisse an die Sozialdemokraten lehnte die Regierung ab, weil sie mit einer Stärkung durch die Wahlen rechnete.

Der Gewerkschaftsverband LO unterstützt die Wahl der Sozialdemokraten. Diese sind unter der Parole „sozialer Wiederaufbau“ angetreten. Sie fordern hauptsächlich: 1. Alle Einschränkungen von Maßnahmen, die die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen, sollen aufgehoben werden. 2. Aufhebung der sog. „Armenhilfe“, Wiedereinführung von Sozialhilfe. 3. Kein Einfrieren des Arbeitslosen-, Kranken- und Rentensatzes. Anpassung an die Lohnsteigerungsrate. 4. Abschaffung des Karenztages.

Damit treten die Sozialdemokraten für Schranken ein, wieweit am Lebensstandard gestrichen werden kann. „Sie sollen schlicht und einfach bessere Lebensbedingungen haben“, ist die Begründung für die Forderung nach Abschaffung der sog. „Armenhilfe“, von der ca. 70000 Dänen (überwiegend Langzeitarbeitslose und alleinstehende Mütter) leben müssen. Bezahlen wollen sie dies aus höherer Besteuerung.

Problematisch ist, daß die Sozialdemokraten, unterstützt von den Gewerkschaften, „eine ... sozial gerechtfertigte Einkommenspolitik, die die Konkurrenzlage stärkt“, fordern sowie „einen viel stärkeren direkten Einsatz für die Produktion und Investition in neue Arbeitsplätze“. Damit ist die Arbeiterbewegung wehrlos gegen Maßnahmen, die die Arbeiter betreffen und nicht nur Kranke und Arbeitslose. Außerdem wird sicher vielen Wählern der Widerspruch in der sozialdemokratischen Unterstützung der Arbeiter und Kapitalisten klar werden. Die Kapitalisten fordern: Senkung des Lohns, Aufhebung aller automatischen Lohnregulierungen und Senkung der sozialen Ausgaben im öffentlichen Dienst. – Eine Stärkung durch die Wahl wird die Konservativen zu weiteren reaktionären Maßnahmen anspornen.

Quellenhinweis: Politiken lfd. Nr.; LO-Bladet Nr. 25/15.12.1983; LO-Bladet, Sondernummer Folketingsvalg 1984 – (wiw)

Kapitalisten wollen Niedriglohnzone auch in der großen Industrie

Kurz vor Weihnachten haben die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsbünden, Industriellenverband und Regierung über die Entwicklung der „Arbeitskosten“ begonnen. Nach einer Unterbrechung sollen die Gespräche am 12. Januar weitergehen. Ob es dazu überhaupt kommt, ist durch eine freche Provokation der Regierung in Frage gestellt. Arbeitsminister De Michelis hatte versprochen, während der Verhandlungspause keine Steuern und Tarife zu erhöhen. Trotzdem hat die Regierung am 28. Dezember die Mineralölsteuer heraufgesetzt. Der Benzinpreis steigt dadurch um 105 Lire (17,3 Pf.) pro Liter. Warnstreiks in vielen Betrieben waren die Antwort. Der größte Gewerkschaftsbund CGIL verlangt die Rücknahme der Erhöhung oder einen Ausgleich als Vorbedingung für die Fortsetzung der Verhandlungen.

Ursprünglich sollten die Spitzengespräche nur einer „Überprüfung“ der Lohn- und Preisentwicklung seit der Vereinbarung vom 22. Januar letzten Jahres dienen. Damals hatten die Gewerkschaften unter anderem einer Kürzung der Inflationszuschläge nach der „Scala mobile“ (s. Kasten) zugestimmt und Eckdaten für die Tarifverträge vereinbart. Die Vereinbarung unterstellte konstante Reallöhne bei einer geplanten Inflation von 13% für 1983 und unter 10% für 1984. Falls die Löhne hinter den Preisen zurückblieben, sollten bei der jährlichen Überprüfung Ausgleichsmaßnahmen (z.B. bei der Steuer) erörtert werden.

Seit Monaten machen die Kapitalisten keinen Hehl daraus, daß mit der Fiktion konstanter Reallöhne Schluß gemacht werden soll und unverhüllte Lohnsenkung angesagt ist. Der Vorsitzende des Industriellenverbandes hat zum Verhandlungsziel erklärt, mit den Inflationszuschlägen müsse „endgültig und strukturell“ aufgeräumt werden: „Diejenigen, die noch immer das alte und überholte Tabu der Scala mobile verteidigen, müssen geschlagen werden.“

Die Regierungsparteien, voran die Christdemokraten, stoßen ins gleiche Horn. Mit Blick auf die imperialistische Konkurrenz verkündete Minister Andreatta (DC): „Entweder Scala mobile oder Europa!“ Dabei hat sich die „Konkurrenzfähigkeit“ der italienischen Kapitalisten in den letzten Jahren bereits erheblich verbessert, wenn man z.B. die Rekordzuwächse der Arbeitsproduktivität zum Maßstab nimmt. Die Sozialistische Partei des

Ministerpräsidenten Craxi stimmt, wenn auch noch etwas verhaltener, ein: Ihr Minister De Michelis hat die Verhandlungen mit dem „Vorschlag“ eröffnet, die Inflationszuschläge 1984 auf die Hälfte zu kürzen, da sonst – wie er durch windige Berechnungen zu „beweisen“ versuchte – die Löhne auch bei einer Inflation von 10% um 12% steigen würden, eine nationale

einzig substantielle Gegenleistung war eine Lohnsteuersenkung, durch die die Progressionsschraube um etwa ein Jahr zurückgestellt worden ist: die Nettolöhne stiegen 1983 etwa gleich stark wie die Bruttolöhne. Aber während die Kürzung der Inflationszuschläge definitiv ist, muß über weitere Lohnsteuersenkungen jährlich neu verhandelt werden, mit ungewissem Ausgang.

Die drei Richtungsgewerkschaften haben zwar gemeinsam – und erfolgreich – gefordert, daß auch die dramatische Entwicklung der Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung soll. Aber in der entscheidenden Lohnfrage haben sie sich noch immer auf keine gemeinsame Linie geeinigt. Der größte



Der Vereinbarung vom 22. Januar ging eine große Streikbewegung gegen Kürzungen der Sozialausgaben und für neue Tarifverträge voraus.

Katastrophe! Wenn sich die Gewerkschaften nicht bis zum 31.1. „freiwillig“ fügen, will die Regierung „von sich aus handeln“.

Der CGIL-Sekretär Garavini sieht in den neuerlichen Angriffen auf die Inflationszuschläge einen Beweis, daß die Gewerkschaften mit der Vereinbarung vom 22. Januar die „Scala mobile“ wirksam verteidigt hätten. Die Tatsachen deuten eher darauf hin, daß die Kapitalisten beim Essen noch mehr Appetit bekommen haben. Die Bilanz jener Vereinbarung ist nämlich ziemlich trübe:

Statt wie geplant um 13% sind die Preise um fast 15% gestiegen. Statt daß die Inflationszuschläge um 15% „gedämpft“ worden wären, wie es vor einem Jahr hieß, ist 1983 eine Kürzung um 21% herausgekommen. Die Tariflöhne haben zwar mit der Inflation gerade Schritt gehalten, die Effektivverdienste sind jedoch mit 13,3% Steigerung real gefallen, u.a. eine Folge der mitvereinbarten Aussetzung betrieblicher Zusatztarife für 18 Monate. Die

Gewerkschaftsbund CGIL lehnt neue Verhandlungen über die „Scala mobile“ prinzipiell ab, hat aber in letzter Zeit Bereitschaft zu einem befristeten Preis- und Lohnstopp erkennen lassen. Die katholische CISL will die Inflationszuschläge für das ganze Jahr vorab – und das heißt vermutlich gegenüber dem Index zu niedrig – vereinbaren. Die sozialdemokratische UIL will zusätzlich dazu die Zuschläge wieder nach Lohngruppen staffeln, was ihrer besserverdienenden Mitgliedschaft zugute käme.

Dabei haben die Arbeiter wirklich andere Sorgen, als wie sie durch Lohnverzicht zur Inflationsbekämpfung beitragen könnten. Zwar haben die ordentlich beschäftigten Lohnabhängigen den Reallohn in den letzten Jahren einigermaßen gehalten. Aber der Lohn ist niedrig genug. Ein Metall-Facharbeiter z.B. verdient tariflich rund 970000 Lire (1600 DM) brutto im Monat. Hinzu kommen etwa 150000 Lire (245 DM) Zuschläge, die größtenteils ebenfalls kollektiv (betriebstariflich)

abgesichert sind. Für Steuern und Sozialabgaben sind je nach Familienstand 20–25% abzuziehen, so daß man netto auf umgerechnet 1380 bis 1475 DM kommt.

Unter diesen Umständen versuchen viele Arbeiter, zersplittert und oft auch individuell irgendwie auf einen besseren Lohn zu kommen. Die KP-Zeitung „Unità“ veröffentlichte kürzlich Interviews mit Mailänder CGIL-Vertrauensleuten. Eine Supermarkt-Verkäuferin: „Ich verdiene 800000 Lire im Monat. Scala mobile? Sollen sie sie ruhig für die oberen Lohngruppen ändern. Aber kann ich vielleicht mit weniger als 800000 Lire auskommen? Wir haben eine Betriebsvereinbarung geschlossen, und jetzt wird an sechs Tagen in Schichten von 6:40 Stunden gearbeitet.“ Eine Metallarbeiterin: „Die AMF ist eine amerikanische Fabrik für Relais. Wir sind 400, und ich arbeite dort seit elf Jahren. Wir haben eine Akkordvereinbarung abgeschlossen. Die Sätze haben sich mehr als verdoppelt.“ Ein Gewerkschaftssekretär berichtet über eine große Halbleiterfabrik: „Jetzt wird in fast allen Abteilungen auch samstags gearbeitet, aber gleichzeitig haben wir eine Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt. Und man geht von einer Schicht zu zwei Schichten über, mit einer Vereinbarung, daß Frauen auf freiwilliger Basis auch Nachtschicht machen können.“

Unterhalb dieser durch Tarif und Gewerkschaft noch einigermaßen „gesicherten“ Arbeiter dehnt sich das Riesenheer der Schwarz-, Heim- und Saisonarbeiter, die in der „untergetauchten Wirtschaft“, meist ohne Tarif und Sozialversicherung und zu Niedrigstlöhnen beschäftigt sind. Ihre Zahl wird auf vier bis fünf Millionen geschätzt.

Den ungeheuren Druck, der von dieser Elendsschicht ausgeht, wollen die Kapitalisten jetzt auf das Lohnniveau in der „offiziellen Wirtschaft“ umsetzen. Ohnehin droht immer mehr entlassenen Industriearbeitern, in die „untergetauchte Wirtschaft“ abgedrängt zu werden. Die ebenfalls in der Vereinbarung vom letzten Januar enthaltene – und von den Gewerkschaften ohne nennenswerten Widerstand hingenommene – Befristung des Kurzarbeitergelds, praktisch der einzigen funktionierenden Arbeitslosenunterstützung, wird dazu beitragen. Bisher hatten die Arbeiter der großen Industrie die Ausbildung einer Niedriglohnzone auch dort verhindern können. Die „Scala mobile“ hat das erleichtert. Daher die wütenden Angriffe der Kapitalisten. Werden die untereinander zerstrittenen Richtungsgewerkschaften ihnen standhalten können?

Quellenhinweis: l'Unità Dez./Januar; Rassegna Sindacale, Jg. 1983; Banca d'Italia: Jahresbericht 1983, Bollettino Economico 1/83; Annuario Statistico – (ulg)

Stichwort: Inflationszuschläge – Scala mobile nutzt vor allem den unteren Lohngruppen

Die Inflationszuschläge – in Italien volkstümlich „scala mobile“, Rolltreppe, genannt – wurden während der starken Nachkriegsinflation 1946 durch zentralen Tarifvertrag zwischen dem Gewerkschaftsbund und dem Industriellenverband eingeführt. Bis heute sind die Zuschläge außer im öffentlichen Dienst durch – jährlich kündbare – Tarifverträge zwischen den Spitzenverbänden geregelt.

Der zugrundegelegte Preisindex wird nach einem seit 1951 unveränderten Warenkorb, der z.B. Benzin, Haushaltsgeräte und Telefongebühren *nicht* enthält, vom Statistischen Zentralamt ermittelt. Der Index verlief lange parallel zum allgemeinen, regelmäßig aktualisierten Index der Lebenshaltungskosten. In den letzten Jahren ist er dahinter um etwa ein Zehntel zurückgeblieben, unter anderem, weil die Regierung Mineralölsteuerrhöhungen als probates Mittel zur Plünderung der Lohnabhängigen ohne Ausgleich durch die Scala mobile „entdeckte“.

Eine gemischte Kommission stellt vierteljährlich fest, um wieviel Punkte der Index gestiegen ist. Die abgerundete Punktzahl (bis Anfang 1983 wurde auf- oder abgerundet) wird dann mit einem festen Punktwert (zur Zeit 6800 Lire) multipliziert, um die zusätzlichen monatlichen Zuschläge für das nächste Quartal festzulegen. Von Mai/Juli auf August/Oktober 1983 stieg der Index z.B. von 109,82 auf 112,41 (Aug./Okt. = 100; Lebenshaltungskostenindex: 113,5), abgerundet von 109 auf 112, also um drei Punkte. Die Inflationszuschläge stiegen ab 1. November um $3 \times 6800 = 20000$ Lire.

Bis nach 1975 waren die Punktwerte nach Lohngruppen und Alter – bis 1960 auch nach Geschlecht und bis 1972 nach Regionen – differenziert (im Verhältnis von 100 : 255 zwischen der niedrigsten Lohn- und der höchsten Gehaltsgruppe). Zwischen 1975 und 1977 wurden die Punktwerte schrittweise auf dem Niveau der höchsten Gehaltsgruppe vereinheitlicht. Seit dem 1. Februar 1977 werden für alle gleiche Festgeldzuschläge gezahlt. Die seitdem aufgelaufenen Zuschläge von insgesamt 540000 Lire machen fast die Hälfte des Durchschnittslohns und etwa zwei Drittel des niedrigsten Tariflohns in der Industrie aus. Die Scala mobile „schiebt“ also die Lohnverteilung von unten zusammen.

Durch die Spitzenvereinbarung vom 2. Januar 1983 wurde die Basis

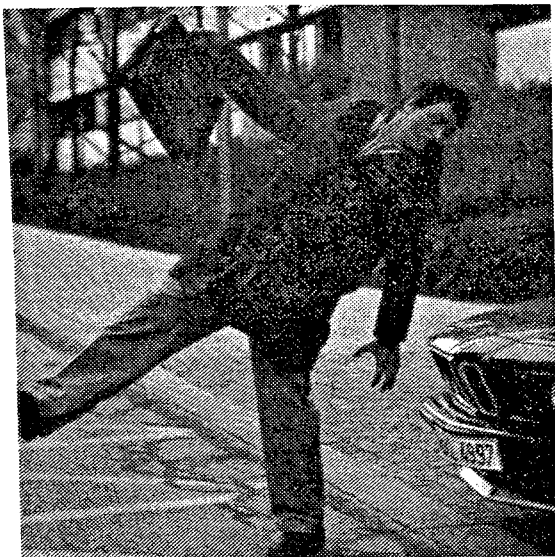
des Index umgestellt (Aug./Okt. 1982 jetzt = 100 statt = 334,83. Der Punktwert wurde aber nicht entsprechend auf das 3,3483fache, sondern statt auf 8000 nur auf 6800 Lire erhöht, also um 15% zu wenig. Weitere Verluste entstehen durch die neuen Rundungsregeln, wobei die Dezimalstellen wegen der Basismstellung mehr ins Gewicht fallen. Die Kapitalisten wollten sogar die abgerundeten Stellen auch bei der Fortschreibung des Index nicht mehr berücksichtigen, konnten sich damit aber nicht durchsetzen. Insgesamt haben die Lohnabhängigen 1983 21% weniger Zuschläge gekriegt als nach den alten Regeln.

Kaufkraftverluste des Bruttolohns werden – abgesehen von den Tücken des Index – voll ausgeglichen nur für Löhne, die nicht höher sind als Indexstand mal Punktwert, gegenwärtig also $112 \times 6800 = 761600$ Lire. Die niedrigsten Tariflöhne liegen bei 835000 Lire (1420 DM), der durchschnittliche Effektivlohn in der Industrie lag 1983 bei 1,17 Mio. Lire (1926 DM). 1974 – vor der Vereinheitlichung des Punktwerts – deckten die Inflationszuschläge durchschnittlich nur 44,1% des Kaufkraftverlustes, 1977 dagegen fast 90%. Wegen der Mängel des Index und auch durch Reallohnsteigerungen sank der durchschnittliche Deckungsgrad bis 1982 auf rund 67%. Infolge der Änderungen vom Januar 1983 ist er jetzt unter 60% – netto wegen der Steuerprogression noch weniger – gefallen.

Quellenhinweis: Jahresbericht 1982 der Banca d'Italia; Rassegna Sindacale 46 – 47/1982



Generalstreik am 25. Juni 1983 gegen die Kündigung des Tarifs über die Scala mobile durch die Kapitalisten.



Gerhard Polt und Hanns Christian Müller: Kehraus Böse Kritik an alltäglichen rückständigen Verhaltensweisen und Meinungen

Die Handlung des Films, in dem Gerhard Polt selber mitspielt, (außerdem u.a. Gisela Schneeberger und Dieter Hildebrandt), ist nicht sehr umfangreich. Ferdinand Waitel unterschreibt dem Versicherungsvertreter von Mehling sieben Versicherungsverträge. Kaum ist von Mehling gegangen, sagt Ferdinand sich: „Was soll ich mit Feuer und Wasser, wo ich doch zu Miete wohne.“

Er nimmt sich am Faschingsdienstag einen Tag Urlaub, um zur „Fidelitas Assekuranz“ zu gehen. Er verdient 1680 DM netto, müßte nun aber 700 DM mtl. für seine Versicherungen zahlen. Doch die Angestellten von Abteilung 6 der „Fidelitas“ helfen alle von Mehling sich zu verleugnen. Annerose, Sekretärin in der Abteilung, eine Eierkur machend und ewig telefonierend, schickt ihn weiter zum Vorstand.

Beim Vorstand werden gerade Entlassungen beschlossen, und über Videokameras werden die Abteilungen des Hauses überwacht. Die Abteilung 6 erzählt Witze, ißt Krapfen („Berliner“) und telefoniert. Ferdinand findet auch beim Vorstand kein Gehör. Als er Annerose anschließend von der Existenz der Videokameras erzählt und ihr hilft, sie mit einem Krapfen zuzukleben, kann er bei ihr auf eine gewisse Gegenliebe rechnen. Jedenfalls erzählt sie ihm, daß am Abend

alle auf dem Ball „Traumpolice“ sind.

Der Faschingsball: Lifeszenen vom Münchner Fasching 1983. Bei von Mehling erreicht Ferdinand nichts: „Sie haben ein Sicherheitspaket mit Vermögensvorteil und Steuervorteil.“ Nachdem Annerose von ihrem Chef bei Damenwahl einen Korb bekommen hat, freut sie sich über einen Tanz mit Ferdinand, und sie duzen sich.

In der Bar wollen sie auf ihre Freundschaft einen Sekt trinken. Dort amüsiert sich der „Fidelitas“-Vorstand mit Bar-mädchen und verkündet, die Abteilung 6 werde wegen „chronischem Leistungsmangel“ aufgelöst und allen gekündigt. Ein junger Nazi der Abteilung (er trägt im Büro ein Buch in der Tasche „Sei wie er“) zieht seine Pistole und schießt, bis ihm die Patronen ausgehen. Alle Leute verlassen den Ball. Annerose und Ferdinand gemeinsam: Jeder redet über sein Problem, sie über die Kündigung, er über seine vielen Versicherungen. Das mit dem Nazi wird nicht weiter beachtet. Allerdings versichert sie ihm zum Schluß, sie werde das Problem mit den Verträgen für ihn lösen, indem sie die Verträge nicht in die EDV eingibt.

Das Gewicht des Films liegt in der Darstellung der einzelnen Szenen. Sie sind voller Kritik an sozialen Verhältnissen und rückständigen Ansichten,

Spießigkeit. Manche Szenen überspitzt komisch. Makaber, aber die Argumentation der Versicherungen treffend, die Anfangsszene. Als Ferdinand die Unfallversicherung unterschreibt, fragt von Mehling: „Was sind sie?“ Ferdinand: „Staplerfahrer. Machen gerade Kurzarbeit.“ Von Mehling: „Ein ausgelaufenes Auge, ein steifer Arm, und sie sind ein gemachter Mann. Hahaha!“

Eine andere Szene: Der Nazijunge übt zu Hause schießen auf Tauben. Der Nachbar schaut empört, als seine Scheibe dabei zerbricht, sagt aber nichts.

Auf dem Ball ist ein Versicherungsvertreter, der sich nicht besäuft, sondern nur Mineralwasser trinkt. Das ist nicht normal. Von Saalräumen wird er die Treppe hinuntergeworfen und getreten. Annerose und Ferdinand zunächst erstaunt, dann aber gleich rechtfertigend: „Ja, es gibt schon so Gestalten! Irgendwas wird er schon angestellt haben!“

Der älteste Angestellte der Abteilung, der „Opa“, bekommt Schnaps in sein Bier geschüttet, Senf und Wurst wird hineingeworfen, dann muß er trinken. Zum Ende des Balls heißt es abfällig: „Jedes Jahr dasselbe mit dem Opa.“

Der Film übt böse Kritik an herrschenden Meinungen und Verhältnissen, und es ist ein Spaß, es auf den Punkt gebracht zu sehen. – (mav)

Die erste Umseglung der Welt

„Im Anfang war das Gewürz.“ So umreißt Stefan Zweig das Evangelium der christlichen Auftragsgeber des Portugiesen Magellan, dem es mit seiner Mannschaft als erstem gelang, von einem Punkt der Erde aus in immer gleicher Richtung zu segeln und am Ausgangspunkt wieder anzukommen. Wenn auch Zweig die ökonomischen Triebfedern des spanischen Königs, des späteren Kaisers Karl V., ebenso wenig unterschlägt wie die großen Opfer an Menschenleben, so läßt er doch solche Widersprüche einfach stehen und befaßt sich mit der Würdigung seines Helden. Er schreibt eine Art Novelle, eine wahre unerhörte Begebenheit, deren Fortgang nur von Magellans Idee geleitet wird, den kurzen Seeweg nach Indien zu finden, Indonesien, die geheimnisvollen Gewürzinseln, zu entdecken und um die Erde ganz herumzufahren. Der Nachweis, daß ein Seeweg zwischen Südamerika und Feuerland existiert und daß die Erde rund ist, gelingt ihm, obwohl Gewährsleute, Karten und astronomische Berechnungen sich als falsch erweisen. Damit ist die von der katholischen Kirche verteidigte Lehre, die Erde sei eine Scheibe, praktisch erledigt. Zweig, getaufter Jude aus Österreich, schildert einen Helden, der Vaterland, Glück, Leben und Ruhm verliert, aber seiner Idee beharrlich treu bleibt. Er schrieb das Buch 1937, ein Jahr, nachdem in Deutschland seine Bücher aufgrund der „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ beschlagnahmt worden waren.

Stefan Zweig, Magellan, Der Mann und seine Tat, Fischer TB 5356, 10,80 DM – (anl)

Impressionen Scholl-Latours

1981 hat P. Scholl-Latour den jetzt als Taschenbuch erhältlichen Bildband „7 Gesichter Chinas“ herausgegeben und kommentiert. Scholl-Latour gibt sich eingangs den Anstrich der Objektivität: „Eine brüske Abwendung von den kollektiven Wirtschaftsformen würde die Bauern wieder der existentiellen Unsicherheit ausliefern.“ Es ist aber nicht so, daß Scholl-Latour die Darstellung dieser Wirtschaftsweise besonders am Herzen läge, vielmehr verwendet er seinen Platz in diesem und im nächsten Abschnitt auf die Darstellung der „bescheidenen Fortschritte“ von „privater Betätigung“,

bei der sich „plötzlich die kaufmännische Urveranlagung der Chinesen“ entfalte. „Urveranlagung“ ist überhaupt eine häufige Eigenschaft „der Chinesen“, so „bei der Versenkung im Spiel“. Auf alle Fälle weist Scholl-Latour den Weg für westdeutsche Interessenten am China-Geschäft: „Die Japaner sichern sich die Zukunftspositionen und bauen systematisch ihre Marktchancen in einem Land unbegrenzter Bedürfnisse aus.“ Immer diese Japaner! In mehreren Bildern wird erläutert, wie „ordinäre Werbung“ jetzt Bilder der „Propheten des Regimes“ Stalin, Lenin und Marx ersetzt. Nur der „erstarrte Mao“ stünde noch. Doch: „Wie lange weist er noch den Weg?“ Studenten „sind die ideologische Phrasendrescherei endgültig satt“, Professoren können endlich wieder richtig verdienen („mehr als ein Minister“), und daran stört sich auch keiner, denn „die Studentenschaft“ sucht nach „westlichen Inspirationen“. In der Kultur erfreue sich das Publikum sichtlich an „der Wiederbelebung der feudalen Vergangenheit“. Die letzten Abschnitte verwendet Scholl-Latour auf die Behauptung, daß tiefgreifende Änderungen der Gesellschaft Chinas in der Vergangenheit und in Zukunft an der Mentalität „der Chinesen“ scheitern würden. Zum Ende ein Appell an die katholische Kirche, sich in China stärker zu engagieren. Der Bildband hat den Anspruch, „charakteristische Impressionen des gegenwärtigen Chinas“ zu entwerfen. Es sind Impressionen eines Scholl-Latours aus imperialistischer Weltsicht.

P. Scholl-Latour, J. Kaufmann, 7 Gesichter Chinas, Ullstein TB 34 160, 9,80 DM – (cog)

Die Reisen Marco Polos

Die Reisen des venezianischen Kaufmanns Marco Polo in den fernen Osten im 13. Jahrhundert werden in zwei jüngst erschienenen Taschenbüchern beschrieben. Der Kaufmann soll seine Erlebnisse einem französischen Mönch diktieren haben, von diesem Diktat sind zwei, zum Teil unterschiedliche Fassungen vorhanden. Diese Berichte sind die Grundlage für beide Bücher. Das im Heyne-Verlag erschienene Buch „Die Reisen des Venezianers Marco Polo“ ist eine Neuauflage der 1963 von H.E. Rübesamen erstellten neuen Übersetzung der Originalberichte. Ärgerlich an die-

ser Ausgabe ist, daß sie lediglich die Anmerkungen Rübesamens über die geographische Richtigkeit des Originalberichts und einige historische Richtigstellungen enthält. Der gesamte andere Anmerkungsapparat, der sowohl die exakten Quellen wie auch andere Hinweise auf Originalquellen aus der Zeit der Reisen enthält, ist in dem Buch nicht enthalten. Bei Bastei-Lübbe ist eine Übersetzung eines im Auftrag des italienischen Fernsehens erstellten amerikanischen Romans erschienen, der sich auf die Originalquellen stützt.

Aus dem Originalbericht geht hervor, daß Marco Polo seine Reise in den Fernen Osten, die ihn bis an den Hof des Mongolenherrschers Kublai Khan in Peking führte, als Kaufmann unternommen hat. In knappen Kapiteln beschreibt er zahlreiche Regionen und Ortschaften. Er berichtet vor allem über die möglichen Handelsgüter, die er vorfindet, besondere landwirtschaftliche Produkte, welche Arten von Stoffen hergestellt werden usw. Im von den Mongolen eroberten und besetzten China tritt er in die Dienste des Herrschers und bereist in seinem Auftrag zahlreiche Provinzen und Städte, um Steuerschätzungen vorzunehmen. Er findet eine im Vergleich mit Venedig fortgeschrittenere Produktionsweise, in manchen Städten sind schon die feudalen Zunftbeschränkungen erleichtert, Manufakturen entstehen, den Besitzern ist erlaubt, Verwalter als Betriebsleiter einzusetzen und selber nicht zu arbeiten. Als Zahlungsmittel existiert Papiergeld. Die mongolischen Besatzer erheben milde Steuern von diesen Klassen und sind vor allem darauf bedacht, die vorhandenen Produktionsstrukturen nicht zu zerstören, solange sich kein Widerstand gegen die Besatzung regt.

Der Roman gibt einzelne Episoden des Originals getreu wieder, ausgeschmückt mit anderen, aus dieser Zeit bekannten Tatsachen, greift allerdings bekannte Klischees vom Mongolenherrscher, der aus beleidigtem Stolz vor nichts zurückschreckt, auf. Für den Gang des Romans eher lästig ist die Darstellung Marcos Polos als in christlicher Mission reisenden Kaufmannssohns, dessen Streben vor allem der Erkenntnis und dem Wissen gilt.

Die Reisen des Venezianers Marco Polo, hg. v. H.E. Rübesamen, Heyne-TB Nr. 7239, 7,80 DM; K. Miles/D. Butler, Marco Polo, Bastei-Lübbe Nr. 10324, 7,80 DM – (uld)

Spider Murphy Gang

Weiß-blauer Rock'n Roll mit einem Schuß missionarischem Eifer

Nach zwei ausverkauften Konzerten im Münchner Circus Krone schrieb im September 1981 die Presse hoffnungsvoll, daß die Spider Murphy Gang sich nun angeschiedigt hat, „die neue hausgemachte Wunder-Popband der Nation zu werden“. Nach mehreren Jahren des Tingelns durch GI-Clubs und Münchner Musikknipen, mit einem Repertoire, das die amerikanischen und englischen Hitparaden rauf und runter ging, engagierte sie im Oktober 1978 Georg Kostya, Funk- und Fernsehmoderator beim Bayerischen Rundfunk, für die neue Radio-Sendung „Rockhouse“ als Hausband. Die Profilaufbahn der Spiders hatte begonnen.

Günther Sigl, Bassist und Sänger: „Der Kostya hat die Idee mit dem Bayern-Rock gehabt. Weil mir echte Bayern san.“ In Stil und Thematik blieb man beim Rock'n Roll, aber in den Texten sollten Alltagsprobleme, „über die sonst kaum jemand spricht, geschweige denn singt“, zur Sprache gebracht werden. Das sollte ein erfolgversprechendes Konzept werden, in Liedern Kritik an der bürgerlichen Moral und Prüderie zu führen und das mit einer Portion bayerischer Schlitzohrigkeit, die auch die Grenze zur Zote überschreiten kann. Begünstigt durch die „Neue Deutsche Welle“ und durch die steigende Popularität der Mundart-Rockmusik 1980/1981, auch durch die Teilnahme am Familienprogramm des Fernsehens, wurde die Spider Murphy Gang zur bekanntesten Rock'n Roll Band.

Obwohl sie in verschiedenen Texten Alltagsprobleme behandeln, beziehen sie zu diesen Problemen keinen Standpunkt. Die Interpretation lassen sie offen, helfen auch nicht, daß man einen Standpunkt zu diesen Verhältnissen entwickeln könnte. Mit der Politik „hamma net vui im Sinn, aber die ‚Rosi‘ ist doch ganz schön kritisch ... Mein Gott, mir ham hoit d'Augen offen.“

Skandal im Sperrbezirk: „In München steht ein Hofbräuhaus / doch Freudenhäuser müssen raus / damit in dieser schönen Stadt / das Laster keine Chance hat / doch jeder ist gut informiert / weil Rosi täglich inseriert / und wenn dich deine Frau nicht liebt / wie gut, daß es die Rosi gibt / und draußen vor der großen Stadt / steh'n die Nuten sich die Füße platt / Skandal – Skandal im Sperrbezirk / Skandal – Skandal um Rosi“.

Völlig daneben ist hingegen die neue „Hitsingle“, eine Auskoppelung aus der im September erschienenen „Live“-LP „Mir san a bayrische Band“. In dem Text geht es darum, daß offenbar die Spider Murphy Gang auf Tour ist und just auf dem Weg nach München ein junges „hey Baby“ aufgabelt, es regnet und der Bandbus bleibt stecken, so daß jetzt alle diesen Bus nach München schieben müssen. Und das 3 Minuten 20 Sekunden lang zu einer abgedroschenen Schlagzeugfigur und Boogie-Gitarrenriffs, die man garantiert auf derselben LP schon einmal gehört hat. Es kommt offensichtlich darauf an, daß es sich um eine bayerische Band handelt, die alle Hürden nimmt, um ans Ziel zu gelangen. Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack.

Die „Live“-LP bringt einen Überblick der Spider-Hits. Schön sauber aufgenommen, Streckenweise etwas tempoverlustig. Die Musik ist altbackener Rock'n roll, dabei so glatt geschliffen, daß von der Rebellion, die die Musik durch ihre schnellen Riffs und Solos ausmacht, nicht mehr viel übrigbleibt. Man greift auf die 25 existierenden Rock'n Roll-Figuren zurück, kopiert Chuck Berrys Gitarrensolo auf den Ton genau. Neu ist der Sound der Spider Murphy Gang nicht. Es gibt verschiedentlich zeitgenössische Ausflüge in den New Wave, auch das Keyboard setzt nicht nur Rock'n Roll Akzente, doch dann reißt der Refrain das Stück abgrundtief in den deutschen Schlagerkitsch hinein.

Bis Ende November hatten die Spiders von der LP „Live“ 100000 Stück verkauft, von der Single 80000. Das ist nicht zu messen mit der Single „Skandal im Sperrbezirk“ (800000), LP „Dolce Vita“ (850000). Die Spider Murphy Gang ist damit zum Abräumer unter den Hitparaden-Stürmern geworden. Im Januar sind sie für die nächste LP im Studio. Das, was 1981 gemutmaß wurde, ist Ende dieses Jahres eingetreten: Die Spider Murphy Gang ist die umsatzstärkste und erfolgreichste Rockband Westdeutschlands.

Um den Erfolg noch zu untermauern, wurde ein Film gedreht, in dem sie der Verzerrung ihrer Geschichte grinsend zuschauen.

Der Film lief im September in den Kinos an. Im Oktober war eine Europatournee, die auch acht Station in der DDR, inclusive DDR-Fernsehen, beinhaltete, angesagt.

Die Kulturverantwortlichen in der DDR waren von den Konzerten der Spider Murphy Gang nicht begeistert, weil sie die Texte inhaltlich schwach fanden. Da hat die DDR mit der Gruppe „Karat“ in der Tat Besseres zu bieten. Den Spiders ging es auch in der DDR darum, Volksnähe zu demonstrieren. Ganz nach dem Vorbild westdeutscher Politiker, man läßt sich Briefchen zustecken und verteilt Autogramme, Langspielplatten, Aufkleber und Buttons. Ein 16jähriger Tischlerlehrling sagte: „Die Texte sagen unheimlich viel über das System bei euch ... Einiges davon wollen wir gar nicht haben.“ Begleitet wurden sie dabei von einem Troß von 40 Rundfunk-, Fernseh- und Zeitungsjournalisten, die alles ablichteten und aufschrieben, um es nachher im Fernsehen und in den Zeitungen zu verbraten, wie die DDR-Jugend doch nach richtigem deutschen Rock'n Roll lechzt, und der kommt nun mal aus Bayern. Der Spider Murphy Gang soll die Tournee einen Verlust von 20000 DM gebracht haben.

Quellenhinweis: Audio, 7 u. 12/82; Süddeutsche Zeitung, Okt. 1983; Abendzeitung, 30.9.83, 9.3.83; Europa nebenan; Bayerisches Fernsehen; Münchner Stadtzeitung 9 u. 10/83; Spider Murphy Gang, Live, Dolce Vita, EMI, Köln – (thg)

VR China

Thesen zur Veränderung der Klassenverhältnisse und -bündnisse

Nach der putschartig vollzogenen Entmachtung des Flügels um die sog. „Viererbände“ im Herbst 1976 leitete die Führung der KP Chinas eine Politik ein, die eine weitgehende Abkehr von dem von Mao Zedong entwickelten und jahrzehntelang verfolgten Konzept des sozialistischen Aufbaus bedeutete und die gesellschaftlichen Verhältnisse in der VR China umwälzte. Im Folgenden soll versucht werden, die sozialen Triebkräfte dieses Prozesses zu erfassen und die Entwicklungsaussichten für die VR China anzudeuten. Zunächst eine Skizze der Veränderungen:

Während Mao Zedong das Land vor allem durch die Mobilisierung der Massen und der eigenen materiellen Ressourcen entwickeln wollte und die VR China bis in die Mitte der siebziger Jahre weitgehend vom Weltmarkt abgeschottet blieb, sind heute die Tore des Landes geöffnet für Importe von Investitions- und Konsumgütern und für westliche Investoren, sind ganze Industrien auf den Export ausgerichtet. Die 1958 gegründeten landwirtschaftlichen Volkskommunen als Einheiten kollektiver Produktion, Reproduktion und politischer Selbstverwaltung sind praktisch aufgelöst, die Bauernhaushalte wirtschaften wieder auf eigene Rechnung, und die soziale Differenzierung unter der Landbevölkerung nimmt rapide zu. In der verstaatlichten Industrie sind wieder Antreibersysteme in Kraft, die die Belegschaften in der Kulturrevolution bekämpft hatten; die entwickelten Formen der Betriebsleitung durch die Produzenten sind liquidiert; die Betriebe haben größere Selbständigkeit im Rahmen des Staatsplanes, was zu Disproportionalitäten in der Entwicklung der einzelnen Industriezweige, zu willkürlichen Preissteigerungen etc. geführt hat. Aufgrund der Inflation, einer früher unbekannten Erscheinung, sind die Einkommen der Arbeiter und Angestellten in den Städten nach chinesischen Presseberichten teilweise sogar gesunken. Da nutzt es wenig, daß sich das Angebot an Konsumgütern deutlich verbessert hat. Das traditionell bestehende Entwicklungsgefälle zwischen den fruchtbaren, industrialisierten Gebieten in Nordostchina, an der Küste und in den Tälern der großen Ströme und dem wenig erschlossenen, gebirgigen Hinterland hat sich wieder verschärft, weil die Staatsführung vorrangig dort investiert, wo die Voraussetzungen für Exportproduktionen gegeben sind. Im Bildungswesen dominiert das Eliteprinzip; den Kindern von Arbeitern und Bauern sind weiterführende Bildungseinrichtungen praktisch versperrt; auf dem Lande nimmt der Analphabetismus wieder zu.

Welche sozialen Interessen stehen hinter dieser Entwicklung, warum konnten sie sich zu dem Zeitpunkt in der VR China durchsetzen, und wie wurde diese Kursänderung begründet?

Gewinner dieser Entwicklung ist nicht das Industrieproletariat, dessen soziale Lage sich nicht verbessert hat, das nicht auf die Gestaltung der Produktion und der Produktionsbedingungen und auf die Politik der Partei und des Staates Einfluß nehmen kann

und dessen gesellschaftliche Stellung sich gegenüber der Kulturrevolution verschlechtert hat. Gewinner sind auch nicht die chinesischen Bauern in ihrer Gesamtheit: einem Teil von ihnen droht erneut das Schicksal von besitzlosen Landarbeitern; die Entwicklungsmöglichkeiten der Landgebiete sind durch eine Wirtschaftspolitik bedroht, die vorrangig die Städte, die wirtschaftlich entwickelteren Regionen und nicht das Hinterland fördert, die die ländliche Kleinindustrie (Landmaschinen, Verarbeitung von agrarischen Rohstoffen) einschränkt zugunsten einer Versorgung der Landgebiete durch die Zentren; zudem ermöglicht die Liquidierung der Volkskommunen die Zentralisierung der bisher bei den Kollektiven verbliebenen Akkumulationsfonds.

Gewinner sind aber die Bauern, die durch die Reprivatisierung reich geworden sind aufgrund vieler Arbeitskräfte in der Familie und einer Spezialisierung der Produktion auf teure Agrarprodukte (nicht Getreide) oder auf Nebengewerbe (Fischzucht, Handwerk). Bauernhaushalte mit Einkommen von mehr als 10000 Yuan, etwa dem Zehnfachen des Jahreseinkommens eines Industriearbeiters, sind keine Seltenheit mehr. Diese Haushalte können inzwischen Arbeitskräfte beschäftigen und ihr Kapital in Wasserbau- oder Kraftwerksprojekte stecken. Reiche Bauern nehmen wieder bevorzugt politische Führungsfunktionen in den Landgebieten ein und werden von der Parteiführung hofiert nach der Devise: „Wer reich wird, ist klug, wer arm bleibt, ist ein dummer Bär.“ Es ist schwierig, die Größe dieser Klasse reicher Bauern zu quantifizieren, für ihre Herausbildung sprechen aber zahlreiche Belege. Gewinner ist ebenfalls die Intelligenz, die nicht nur wieder zahlreiche materielle Privilegien genießt, sondern in der Partei, in den Staatsorganen und in der Wirtschaft Führungspositionen einnimmt. Die Zusammensetzung der höchsten Parteigremien mit altgedienten Funktionären und Revolutionsgenerälen mag zwar darüber hinwegtäuschen, aber die Besetzung wichtiger Funktionen mit „Fachleuten“ ist offizielle Parteipolitik. „Die Erfahrungen ... beweisen, daß Laien auf Leitungsposten ... nichts anfangen können. Fachleute hingegen sind in der Lage, ... geeignete Entscheidungen zu treffen.“ (Beijing Rundschau 51/79) Keine Rede mehr von der notwendigen Umerziehung der Intelligenz, von praktischen Schritten zur Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit.

Die These ist, daß die Politik der KPCh gegenwärtig bestimmt wird von einer Koalition aus reichen Bauern und der Intelligenz. Sie hat das Bündnis der Phase der sozialistischen Revolution, das im Kern aus dem Industrieproletariat und den armen Bauern bestand und das mit der Kollektivierung der Landwirtschaft begann, abgelöst. Die gemeinsame Interessensgrundlage dieses neuen Bündnisses läßt sich vielleicht am ehesten mit dem Begriff des Eigentums fassen. Der reiche Bauer hat Interesse am Schutz seines Eigentums, seiner Produktionsmittel, seines erworbenen Wohlstands, und an sicheren Akkumulationsbedingungen. Die Intelligenz wünscht materiellen Wohlstand, zumal die Öffnung zum Westen ihren „Nachholbedarf“ in pto. Konsumgütern gezeigt hat, und sie braucht dazu Verfügungsgewalt über das sozialistische Eigentum als Bedingung ihres Wohlstands.

Die Ursachen, daß dieses Bündnis entstehen und in der zweiten Hälfte der 70er Jahre den Kurs der KPCh bestimmen konnte, liegen in der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion in China. Als Mao Zedong 1949 erklärte: „Nur der Sozialismus kann China retten“, gab es bis auf Nordostchina und Shanghai keine nennenswerte Industrie, lag die noch halbfeudal verfaßte Landwirtschaft darnieder, war das gesellschaftlich verfügbare Mehrprodukt gering, gab es keine nennenswerte technisch-wissenschaftliche Intelligenz. 25 Jahre später hatte sich mit dem Aufbau der Industrie und der Entwicklung der Landwirtschaft die gesellschaftliche Arbeitsteilung vertieft und war die stoffliche Masse des gesellschaftlichen Reichtums so groß geworden, daß nicht mehr die Sicherung der nackten Existenz im Vordergrund stehen mußte und daß der Gedanke an materiellen Wohlstand und auf dem Lande an bäuerliches Eigentum naheliegend war, zumal in den Landgebieten jetzt auch die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine lohnende bäuerliche Privatproduktion gegeben waren. Die Kulturrevolution hatte – letztlich vergeblich – die Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung revolutionär zu überwinden versucht.

Die zur Begründung der Kursänderung der KPCh entwickelten theoretischen Positionen liefern Belege für die oben behaupteten sozialen und politischen Umwälzungen; bis in die Erkenntnistheorie drückt sich der Interessenstandpunkt des Bündnisses von Intelligenz und reichen Bauern aus. 1978 erschien ein Grundsatzar-

tikel mit dem Titel „Ein Grundprinzip des Marxismus“ (BR 28-29/78), der unter den Stichworten „Die Praxis ist das einzige Kriterium der Wahrheit“, „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“ und „Das Denken befreien“ zur Überprüfung und Kritik der von Mao Zedong formulierten Theorien und Grundsätze für den Aufbau des Sozialismus aufrief. Der Artikel stammt aus der Feder von Mitgliedern der Parteiführung, die Deng Xiaoping politisch nahe stehen, der denn auch ausgiebig zitiert wird mit der Schlußbemerkung: „Wie klar er das ausgedrückt hat!“ Der Artikel ist deswegen von besonderem Interesse, weil er für die weitere Auseinandersetzung in der VR China um den Kurs der Partei eine entscheidende Rolle gespielt hat.

In dem Artikel wie auch in den theoretischen Publikationen der Folgezeit werden die bislang verfolgten Ziele der KPCh, also zunächst Aufbau des Sozialismus, nicht in Frage gestellt. Es wird Kontinuität in den Zielen behauptet und nur die Überprüfung der bisher angewandten Mittel, der Linie und Politik der KPCh verlangt unter dem Motto: „Nur die Praxis, d.h. die revolutionäre Praxis der Massen, kann die objektive Wahrheit dieser Linie beweisen.“ Dennoch, in der Bestimmung der Ziele, auf die hin die Brauchbarkeit der bislang verfolgten Politik und ihrer theoretischen Grundlagen überprüft werden soll, ist der Artikel auffallend vage. Den einzig konkreten Anhaltspunkt liefert folgende Passage: „1963 sagte der Vorsitzende Mao, aufgrund seiner Rückständigkeit sei China in den letzten hundert Jahren immer wieder von den ausländischen Mächten angegriffen worden. Wir müßten die Überlegenheit des sozialistischen Systems zur Geltung bringen und von der Möglichkeit ausgehen, daß man uns wieder angreift; daher müßten wir alles tun, um in einer nicht allzu langen Zeit den Zustand unserer ökonomischen und technischen Rückständigkeit zu ändern.“ Ein modernes, starkes China ist das einzige konkret genannte Ziel, von der Beseitigung jeder Form von Ausbeutung und Unterdrückung oder von der Einengung des Widerspruchs von Kopf- und Handarbeit ist nicht die Rede. In dieser Einseitigkeit entspricht das Ziel eines starken, modernen China den Interessen der wiedererstandenen Kleingewerbetreibenden und der Intelligenz.

Die im Zentrum des Artikels stehende Forderung, alle Theorien, Grundsätze und Linien zu überprüfen, erweist sich als Kriterium, nach dem in der Praxis nur das Bestand haben soll, was zu quantifizierbaren Erfolgen führt. Nicht zufällig zieht der Artikel

als Beispiele für die Überprüfung einer Theorie in der Praxis das wissenschaftliche Experiment und die Qualitätskontrolle in der Fabrik heran und betont wiederholt, daß die Wahrheit in den Tatsachen gesucht werden müsse. Der Begriff der Tatsachen wiederum bleibt vage, und dem Praxisbegriff fehlt jede Bezugnahme auf die Produktion, die Arbeit, die Erfahrungen der arbeitenden Klassen. Damit wird aber eine Erkenntnistheorie propagiert, die nicht mehr davon ausgeht, daß allein das Proletariat als die historisch fortschrittliche Klasse die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung erkennen kann, daß alle Erkenntnis in der Praxis gemessen werden muß am Klasseninteresse des Proletariats. Es läuft auf Objektivismus hinaus, der nach der Devise verfährt: Viel Reis ist besser als wenig, statt zugleich zu fragen: Wer ißt den Reis, und wer hat ihn produziert?

Es ist der Standpunkt des akkumulierenden Eigentums, der in dem ausschließlichen Interesse an quantifizierbaren Resultaten, an gesteigerten Planziffern, an stofflicher Gütervermehrung durchschlägt, der nicht mehr nach der Verteilung der Güter fragt und nicht prüft, ob z.B. eine dezentralisierte Wirtschaftsentwicklung den Aufbau des Sozialismus nicht langfristig eher fördert als die schnelle Resultate versprechenden Investitionen in den Wirtschaftszentren. Zu welchen Resultaten dieser Objektivismus führen kann, zeigt die Politik des chinesischen Staates gegenüber ausländischen Kapitalisten. China hat z.B. sog. besondere Wirtschaftszonen geschaffen, in die ausländische Investoren mit Niedrigstlöhnen, Zollfreiheit und geringster Steuerbelastung gelockt werden. Zur Begründung wurde u.a. angeführt, daß durch ähnliche Maßnahmen in Südkorea, Sri Lanka etc. die Modernisierung der Länder beschleunigt werden konnte.

Welche Entwicklung wird China unter Führung dieses Bündnisses aus Intelligenz und reichen Bauern nehmen? Das Ziel dieses Bündnisses ist nicht kapitalistische Restauration, die das Land mit Sicherheit zur erneuten Beute der Imperialisten machen und die soziale Stellung dieser Klassen untergraben würde. Deswegen auch die energischen Maßnahmen gegen Wirtschaftskriminelle und Kompradoren, die Beschränkungen für ausländisches Kapital. Es ist eher der Versuch der Orientierung an osteuropäischen Entwicklungsmodellen, allerdings bei unterschiedlichen, viel beschränkteren Voraussetzungen.

Quellenhinweis: Horst F. Vetter, Chinas neue Wirklichkeit, Frankfurt 1983; Joachim Schickel, Im Schatten Mao Tse-Tungs, Fischer-TB 3473 - (wom)

Kunst aus Azania



Caiphas Nxumalo, „Prison Labour“ (Gefangenen-Arbeit), Linolschnitt 30 × 52 cm

Am Beispiel des Haushaltsplans der Stadt Hannover: Das vorgesehene Volumen für Einkommenserhöhungen in 1984 reicht nicht einmal für 1,5% mehr.

Anhand der Haushaltsentwicklung der Stadt Hannover sollen Anhaltspunkte für die Absichten und Ziele des Dienstherren in der kommenden Einkommensauseinandersetzung gegeben werden. Auf Grundlage des Tarifabschlusses 1983, dessen Auswirkungen durch die 18-monatige Laufzeit weit in das Jahr 1984 zu spüren sein werden, und Vorgaben aus der mittelfristigen Finanzplanung hat der Verwaltungsausschuß der Stadt Hannover folgende Mehrkosten aus Einkommenserhöhungen für 1984 einkalkuliert:

0,5% mehr f. Arb. u. Ang. 03-08/84	+ 1,6 Mio. DM
3,5% mehr f. Arb. u. Ang. 09-12/84	+ 5,0 Mio. DM
3,5% mehr f. Beamte 07-12/84	+ 2,5 Mio. DM
Summe Entwurf Verw. Aussch. f. 84	= 9,1 Mio. DM

Da dieser Haushaltsansatz des Verwaltungsausschusses nur die mittelfristige Finanzplanung fortschreibt, aber weder die Haushaltsbeschlüsse des Bundestages noch die weitergehenden Absichten der Reaktion in Punkto Lohnsenkung berücksichtigt, wurde dieser Haushaltsansatz durch den Stadtrat noch einmal drastisch zusammengestrichen, u.a. folgende Haushaltsposten:

Haushaltsposten	Entwurf in Mio.	Stadtrat in Mio.	Änderung in Mio.
Bezüge planm. Beamte	86,014	85,692	-0,322
Bezüge Beamte z.A.	5,016	4,990	-0,026
Vergütung Angestellte	192,822	190,995	-1,827
Löhne f. Lohnempf.	103,774	103,073	-0,701

Da der Stadtrat keine Stellenstreichungen über die vom Verwaltungsausschuß beantragten hinaus beschlossen hat, müssen sich die Kürzungen überwiegend auf die Planvorgaben bezüglich der Einkommenserhöhungen beziehen. Da die "Erläuterungen zur Sammelnachweisübersicht - Personalausgaben" noch nicht fertiggestellt sind, handelt es sich bei der nun folgenden Aufstellung um eine Schätzung. Ausgehend von den gekürzten Personalausgaben wird rückgeschlossen auf die Plandaten bezüglich der Einkommensentwicklung: Einkommenserh. f. Arb. u. Ang. im Entwurf: 5,000 Mio. Kürzung "Vergütung Angestellte" : -1,827 Mio. Kürzung "Löhne f. Lohnempfänger" : -0,701 Mio. Einkommenserh. f. Arb. u. Ang. laut Rat : =2,470 Mio. 2,470 Mio. DM entsprechen einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 1,73% für den Zeitraum 09-12/84.

Besoldungserhöhung f. Beamte im Entwurf: 2,500 Mio. Kürzung "Bezüge planmäßige Beamte" : -0,322 Mio. Kürzung "Bezüge Beamte z.A." : -0,026 Mio. Einkommenserh. f. Beamte laut Rat : =2,152 Mio.

2,152 Mio. DM entsprechen einer Besoldungserhöhung von 2,15% für den Zeitraum 07-12/84. Da mit dem Bundeshaushalt 1984 und seinen Begleitgesetzen die nächste Besoldungserhöhung in das Jahr 1985 verlagert wurde, ist die Gefahr groß, daß diese 2,152 Mio. DM durch einen Ergänzungshaushalt auch noch gestrichen werden. Nimmt man jedoch den Fall an, zumindest diese 2,152 Mio. DM werden verteidigt, ergibt sich folgendes Volumen für Einkommenserhöhungen in 1984: 0,5% mehr f. Arb. u. Ang. 03-08/84 1,6 Mio. DM Einkommenserh. f. Arb. u. Ang. laut Rat 2,47 Mio. DM Einkommenserh. f. Beamte laut Rat 2,152 Mio. DM Summe des Volumens: 6,222 Mio. DM

Aus den oben angegebenen Zahlen (daß eine 3,5%ige Erhöhung für die Monatsgehälter und Löhne 9-13/84 5,0 Mio. DM kostet und eine 3,5%ige Erhöhung der Bezüge 7-13/84 2,5 Mio. DM kostet) ergibt sich, daß eine Besoldungserhöhung von 1% ca. 102.041 DM im Monat kostet und die Erhöhung von Löhnen und Gehältern um 1% ca. 285.714 DM im Monat. Das ergibt als Summe 387.755 DM pro Monat und für die 11 Monatsgehälter 03-13/84 4.265.305 DM. Oder mit den 6,222 Mio. DM, die im Haushalt der Stadt Hannover für Einkommensverbesserungen ausgewiesen sind, ließe sich eine gleichartige Erhöhung der Löhne, Gehälter und Bezüge für den Zeitraum von 03/83 bis 12/83 von gerade 1,46% finanzieren.

Quellen: Haushaltsentwurf des Verwaltungsausschusses der Stadt Hannover 1984; Haushaltsplan 1984 - gec/kar

Entwicklung der Planstellen der Stadt Hannover

Vergütungsgruppe	1978	1984	Änderung
Besoldungsgruppe B			
Summe	13	12	92,31%
A 16	25	23	
BAT I, Übertarifl., Festverg.	41	41	
Summe	66	64	96,97%
A 15	65	62	
BAT Ia	47	53	
Summe	112	115	102,68%
A 14	76	68	
BAT Ib	243	270	
Summe	319	338	105,96%
A 13	117	114	
BAT IIa/IIb	76	79	
Kr. XII/XI	1	1	
Summe	194	194	100,00%
A 12	173	168	
BAT III	187	193	
Kr. X	3	4	
Summe	363	365	100,55%
A 11	240	230	
BAT IVa	271	291	
Kr. IX/VIII	14	16	
Summe	525	537	102,29%
A 10	227	285	
BAT IVb	500	593	
Kr. VII	33	32	
Summe	760	910	119,74%
A 9/A9Z	332	300	
BAT Va/Vb	643	693	
Kr. VI	178	188	
Summe	1153	1181	102,43%
A 8	187	214	
BAT Vc	646	586	
Kr. V	471	557	
BMT G 7	439	500	
Summe	1743	1857	106,54%
A 7	287	303	
BAT VIa/VIb	862	829	
Kr. IV/III	979	950	
BMT G 6	380	364	
Summe	2508	2446	97,53%
A 6	78	86	
BAT VII	1154	958	
Kr. II	0	0	
BMT G 5	549	459	
Summe	1781	1503	84,39%
A 5	42	27	
BAT VIII	455	341	
Kr. I	1	1	
BMT G 4	417	392	
Summe	915	761	83,17%
BAT IXa	19	15	
BMT G 3	1095	934	
Summe	1114	949	85,19%
BAT IX/X	57	33	
BMT G 2/G 1	1442	1275	
Summe	1499	1308	87,26%
Insgesamt	13.065	12.540	95,98%
davon:			
Arbeiter	4.322	3.924	90,79%
Krankenpflegepersonal	1.680	1.749	104,11%
Angestellte	5.201	4.975	95,65%
Beamte	1.862	1.892	101,61%

Quellen: Haushaltsplan der Stadt Hannover 1978, Haushaltsentwurf des Verwaltungsausschusses der Stadt Hannover für das Jahr 1984. Als Summe zusammengefaßt sind jeweils die Beamten-, Angestellten-, Krankenpflege- und Arbeiterstellen, die von der Tätigkeit und der Einkommenssituation her vergleichbar sind.

Arbeitsintensität steigt durch Verkürzung der Verweildauer

Zur Personalbemessung im Krankenhaus wird zumeist die sogenannte "Eichhorn-Formel" benutzt. Sie geht davon aus, daß für 16-stündige Betreuung eines Patienten 101 Pflegeminuten benötigt werden. Durch analytische Arbeitsplatzbewertung ist gemessen worden, daß sich diese 101 Minuten aufteilen in 57% (57,57 Min.) "fixe", von der Dauer der Liegezeit unabhängige Bestandteile der Arbeit und in 43% (43,43 Min.) "proportionale" Bestandteile der Arbeit, die mit der Dauer der Liegezeit wachsen. Dieses Ergebnis wurde unter den Bedingungen einer durchschnittlichen 16-tägigen Liegezeit gefunden.

Arbeitsaufwand pro Patient u. Tag (16 Stunden) bei einer Liegezeit von 16 Tagen:
 $16 \times 57,57 \text{ Min} = 921,12 \text{ Min}$ "fixer" Arbeitsanteil
 $16 \times 43,43 \text{ Min} = 694,88 \text{ Min}$ "proportionaler Anteil"
 Aufwand insg.: 1616,00 : 16 = 101 Min. pro Tag

Beträgt die Liegezeit im Durchschnitt 14,2 Tage, wie an den hannoverschen Akutkrankenhäusern 1978, dann ergibt sich folgende Rechnung:

Arbeitsaufwand pro Patient u. Tag (16 Stunden) bei einer Verweildauer von 14,2 Tagen:

$14,2 \times 43,43 \text{ Min} = 616,71 \text{ Min}$ "proport." Anteil
 unverändert 921,12 Min. "fixer" Anteil
 Aufwand insg.: 1537,83 Min : 14,2 = 108,3 Min Tag

Bis 1981 wurde die Liegezeit an den hannoverschen Akutkrankenhäusern weiter auf 13,1 Tage im Durchschnitt gesenkt:

Arbeitsaufwand pro Patient und Tag (16 Stunden) bei einer Verweildauer von 13,1 Tagen

$13,1 \times 43,43 \text{ Min} = 568,93 \text{ Min}$ "proport." Anteil
 unverändert 921,12 Min. "fixer" Anteil
 Aufwand insg.: 1490,05 Min. : 13,1 = 113,74 Min/-Tag

So hat sich der Arbeitsaufwand von 1978 auf 1981 an den hannoverschen Akutkrankenhäusern um 5,03% pro Patient/pro Tag erhöht. In den drei städtischen Akutkrankenhäusern wurden 1978 504.976 Verpflegungstage gezählt und 1981 501.990. Das ergibt einen Pflegeaufwand von:

1978: $504.976 \times 108,3 \text{ Min.} = 54.688.900 \text{ Min.}$

1981: $501.990 \times 113,74 \text{ Min.} = 57.096.342 \text{ Min.}$

Trotz Senkung der Verpflegungstage hat sich damit der Arbeitsanfall allein durch die Senkung der Liegezeiten um 4,4% vermehrt. Das Krankenpflegepersonal wurde an diesen Akutkrankenhäusern in demselben Zeitraum von 985 auf 1.113, also um 13% aufgestockt. Ein Drittel dieser Personalaufstockung wurde damit allein durch die Verkürzung der Liegezeiten wieder entwertet.

Müllabfuhr: Jahrelange Steigerung der Arbeitsintensität plus Stellenabbau

Wie aus der Tabelle (unten) zu ersehen ist, zwingt der Dienstherr den Beschäftigten beim Fuhramt Hannover seit Jahren Steigerungen der Arbeitsintensität auf. So stieg von 1978 bis 1983 die Fahrleistung der Müllfahrzeuge um 7,1%. Die Anzahl der Entleerungen von Müllbehältern mit 1,1 cbm Fassungsvermögen erhöhte sich um 22,2%, der mit 4,4 u.m. cbm Fassungsvermögen um 20,6%. Die pro Beschäftigten beseitigte Müllmenge hat in diesem Zeitraum um 9% zugenommen.

Zusätzlich verschärft hat der Dienstherr die jahrelange Steigerung der Arbeitsintensität mit den durch die Haushaltspläne 1983 und 1984 beschlossenen Streichungen von 21 Stellen. Gekürzt wurde im wesentlichen bei den Arbeitern von 752 auf 737 (-15), und bei den Angestellten von 112 auf 105 (-7). Bei den Beamten wurde eine zusätzliche Stelle eingerichtet (von 10 auf 11). Die für 1984 vorgesehenen 853 Stellen beim Fuhramt entsprechen dem Stand von 1979.

Weitere Rationalisierungen sind durch die Stadtver-

waltung geplant. Aufgrund einer vergleichenden Studie über die Müllabfuhr in westdeutschen Großstädten sollen die Müllarbeiter "20 bis 30% mehr Arbeitsleistung" erbringen. Weiter sollen die Mülltonnen durch Müllbehälter ersetzt werden und der Fuhrpark von derzeit Zwei- auf Dreiachser-Müllwagen umgestellt werden. Das ermöglicht, so der Dienstherr, weitere Freisetzung von Arbeitskraft bei gleichzeitiger Steigerung der Intensität für die Verbleibenden.

Schon heute sind die körperlichen Belastungen der Müllarbeiter ruinös. 20 km laufen sind keine Seltenheit, die schweren Müllbehälter müssen von den Abstellplätzen herangeschleppt, entleert und zurückgeschleppt werden. Die hohe Arbeitsintensität und die schwere Arbeit bewirken, daß die Unfallrate bei den Müllarbeitern mit die höchste unter allen Berufsgruppen ist. Durchschnittlich erleidet jeder fünfte Müllarbeiter jährlich einen Unfall.

Jahr	Fahrleist. Müllwagen		Entleeren Mülltonne		Entleeren Müllbehälter 1,1 cbm.		Entleerung Müllcont. 4,4cbm u.m.		Haus-und Straßenmüll in Tsd		Beschäft- tigte		
	in Tsd.km	%	in	Tsd.	%	inTsd.	%	inTsd.	%	Tonnen		%	
1978	1.362,7		5.125,9			568,3		21,8		269,4		843	
1979	1.389,7	+ 2,0	5.112,7	- 0,3		598,9	+ 5,4	21,4	- 1,9	296,0	+ 9,9	852	+ 1,1
1980	1.397,4	+ 0,6	5.128,1	+ 0,3		641,5	+ 7,1	22,8	+ 6,5	301,3	+ 1,8	859	+ 0,8
1981	1.400,9	+ 0,3	5.142,0	+ 0,3		662,4	+ 3,3	23,8	+ 4,4	325,2	+ 7,9	865	+ 0,7
1982	1.435,3	+ 2,5	5.101,8	- 0,8		686,3	+ 3,6	25,7	+ 8,0	315,9	- 2,9	874	+ 1,0
1983(1)	1.459,4	+ 1,7	5.101,4	0,0		694,6	+ 1,2	26,3	+ 2,3	298,0	- 5,7	855	- 2,2
78-83		+ 7,1		- 0,5		+22,6			+20,6		+10,6		+ 1,4

(1) Für 1983 mußten die Zahlen, bis auf die Beschäftigten, auf Grundlage des Halbjahresergebnisses 1983 geschätzt werden. Quellen: Statistische Vierteljahresberichte der Stadt Hannover; Fuhramt: Aufbau, Aufgaben, Leistungen; Haushaltspläne der Stadt Hannover von 1978 - 84.

EG-Wahlen

Propaganda der Reaktion: großdeutsch-großeuropäisch



Europa müsse in der Sicherheitspolitik endlich gemeinsam handeln, brauche endlich eine Verfassung, müsse wirtschaftlich eine Großmacht bleiben, vor allem: nur „europäisch“ sei die „deutsche Frage“ zu lösen – fünf Monate vor den EG-Parlamentswahlen entfaltet die bürgerliche Reaktion ihre expansionistische Propaganda. Die CDU hat als ihr Emblem eine Flaggenkombination aus Europa-Fahne und schwarz-rotgoldener Fahne festgelegt.

Arbeitszeitgesetz

Blüm legt Entwurf nach Wunsch der Kapitalisten vor

Blüm will mit einer Neuregelung der Arbeitszeitordnung den Kapitalisten freie Bahn verschaffen, damit sie alle Schranken des Normalarbeitstages niederreißen können. Der Ausnahmekatalog des geltenden Gesetzes, das die Faschisten zur Mobilisierung der Arbeitsfront erlassen hatten, wird von der Unionsregierung in ihrem Gesetzentwurf erweitert. Die besonderen Schutz-

vorschriften für Arbeiterinnen – etwa das Verbot der Arbeit auf dem Bau – werden durchlöchert oder ganz beseitigt. Die Kapitalisten kündigen an, wie sie die Neugestaltung des Arbeitszeitgesetzes nutzen wollen: In ihrem Angebot gegen die Forderung nach 35-Stunden-Woche verlangen sie flexible Arbeitszeit zur Vernutzung der Arbeitskraft je nach Geschäftsgang.



Krankenhäuser

Flexible Arbeitszeiten und flexible Stellenplannutzung



Gegenwärtig wird in den Krankenhäusern aller Bundesländer die Personaldatenerfassung mit Fehlzeitstatistik und Leistungserfassung eingeführt. Es gibt Kliniken, die dies schon Jahre betreiben und jetzt beginnen, daraus Konsequenzen zu ziehen. Es geht um Senkung des Personalkostenanteils, der durchschnittlich um 80 Prozent liegt. Mit der Personaldatenerfassung wird die Arbeitsleistung und die Fehlzeit des Einzelnen und der Abteilung über den Arbeitstag, das ganze Jahr hinweg, transparent gemacht. Mit verschiedenen Methoden werden die Zeiten, in denen die Arbeit in Ruhe erledigt werden kann, gekappt und ein Zustand hergestellt, in dem ständig volle Leistung erbracht werden muß.

tenerfassung wird die Arbeitsleistung und die Fehlzeit des Einzelnen und der Abteilung über den Arbeitstag, das ganze Jahr hinweg, transparent gemacht. Mit verschiedenen Methoden werden die Zeiten, in denen die Arbeit in Ruhe erledigt werden kann, gekappt und ein Zustand hergestellt, in dem ständig volle Leistung erbracht werden muß.

USA

AFL-CIO: Festlegungen gegen Kapitalisten und Regierung

Die US-Kapitalisten führen heftige Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen. Sie versuchen, die Gewerkschaften aus den bisher organisierten Bereichen hinauszudrängen. Die Regierung sichert mit Kürzungen im Sozialbereich die Herausbildung einer Elendsschicht, die zu Arbeit unter den schlechtesten Bedingungen gezwungen ist. Welche Festlegungen hat der Gewerkschaftsbund AFL-CIO dagegen getroffen?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Postscheckkonto Köln,

Konto-Nr. 10419-507,

Bankleitzahl 37010050